

169
Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Franz Michler.**
Wien, 1., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 2. Mai 1917. Nr. 169.

Eröffnung des städtischen Wohnungsnachweises.

Heute vormittags fand die Eröffnung des neugeschaffenen Wohnungsnachweises der Gemeinde Wien 8. Bezirk Schmidgasse 18 statt. Hierzu hatten sich eingefunden: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Geheimer Rat Dr. von Wittek und Dr. Frey vom Wirtschaftlichen Hilfsbüro der Gemeinde Wien, die Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, die Gemeinderäte Branneiß, Roth und Dr. Stich, Obermagistratsrat Pawelka, die Magistratsräte Formanek und Dr. Loderer, der Vorstand Hofer des Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes und der sozialpolitische Beirat der Stadt Budapest Dr. Ferenczi. In seiner Ansprache betonte der Vorstand des Wohnungsamtes Magistratsrat Dr. Sagmeister, daß das Wohnungsamt bestrebt sein werde, in steter Fühlungnahme mit Hausbesitzer- und Mieterschaft an der Verbesserung der neuen Einrichtung zu arbeiten. Die Wirkung auch des besten Wohnungsnachweises sei durch die Lage des Wohnungsnachweises bedingt, es können nur Wohnungen vermittelt werden, die vorhanden sind, es können aber keine geschaffen werden. Der Wohnungsnachweis könne aber ein verlässliches Bild über die Lage des Wohnungsmarktes liefern. Bisher wurden 4574 Wohnungen und 6550 Geschäftslokalitäten angemeldet.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankte dem Vorstand und seinen Mitarbeitern für die Vorarbeiten, welche getroffen wurden, damit der neue Wohnungsnachweis sofort seine Tätigkeit aufnehmen könne. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß sowohl Mieter als auch Vermieter sich der neuen Einrichtung bedienen werden, welche geschaffen wurde, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfassen und ihnen Rechnung zu tragen. Der Bürgermeister gedachte schließlich der opferwilligen Mitarbeit des wirtschaftlichen Hilfsbüros, welches dazu beigetragen habe, daß die Wohnverhältnisse der Stadt Wien im Kriege ohne Erschütterungen und ohne schwere Schädigung der Vermieter und Mieter sich gestalteten. Mit dem neuen Amte, schloß der Bürgermeister, werde ein neues Glied sozialer Einrichtung in den großen Apparat der Gemeinde eingefügt.

Namens des wirtschaftlichen Hilfsbüros dankte Geheimer Rat Dr. von Wittek dem Bürgermeister für die Anerkennung und wünschte der Entwicklung des neuen Amtes das beste Gedeihen.

Gemeinderat Roth begrüßte namens der Hausbesitzerschaft die neue Einrichtung und gab der Erwartung Ausdruck, daß sie zum Wohle der Gesamtbevölkerung dienen werde. Er wünschte ferner, daß die Kosten, welche erforderlich sein werden, nicht den Hausbesitzern allein aufgewälzt werden.

Zum Schlusse erkundigten sich die Herren eingehend über die Einrichtung des Amtes und besichtigten die Amtsräume.

Der Wohnungsnachweis wurde heute 11 Uhr vormittags für den Parteienverkehr eröffnet. Die Geschäfte des Wohnungsnachweises werden für die Bezirke 1, 3 bis einschließlich 9 in der Zentrale des Wohnungsnachweises 8. Bezirk Schmidgasse 18, für die übrigen Bezirke in Filialen geführt, als welche die Dienstvermittlungsstellen des Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes der Stadt Wien verwendet werden. Diese Filialen befinden sich: Für den 2. Bezirk Kleine Sperlasse 2 b; für den 10. Bezirk Eugeplatz 9; für den 11. Bezirk Simmeringer Hauptstraße 30; für den 12. Bezirk Schönbrunner Straße 259; für den 13. Bezirk Am Platz 2; für den 14. Bezirk Lehnergasse 4; für den 15. Bezirk Gasgasse 8; für den 16. Bezirk Yppenplatz 7; für den 17. Bezirk Hornayrgasse 9; für den 18. Bezirk Kutschkerergasse 33; für den 19. Bezirk Döblinger Hauptstraße 90; für den 20. Bezirk

Jägerstraße 2-4; für den 21. Bezirk Am Spitz (Amtshaus).

Die Zentrale des Wohnungsnachweises und die Filialen in den Bezirken 2, 10 bis 20 sind an Wochentagen von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends geöffnet. Die Filiale für den 21. Bezirk ist an Wochentagen von 8 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags geöffnet. Während dieser Stunden werden in den genannten Geschäftsstellen die An- und Abmeldungen leerstehender oder bloß gekündigter Wohnungen entgegengenommen und den Mietern Einsicht in die aufliegenden Meldelisten und Meldeblätter gewährt. Die Hauseigentümer oder deren Vertreter werden ersucht, vom Tage der Eröffnung des Wohnungsnachweises die An- und Abmeldung der Wohnungen und Geschäftsräume nicht mehr bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission, sondern stets unmittelbar bei der Nachweisestelle des Bezirkes, in welchem der gemeldete Raum gelegen ist, zu erstatten. Für schriftliche Meldungen werden in der Zentrale und in den Filialen Formulare ausgefolgt.

Zur Verhütung von Irrtümern sei noch mitgeteilt, daß die anlässlich der Errichtung des Wohnungsnachweises mit Magistrats-Kundmachung festgesetzte Meldepflicht für leere Wohnungen und Geschäftslokalitäten mit der an die Steuerbehörde zu erstattenden Leerstehungsanzeige in keinem Zusammenhange steht.

Erste österreichische Sparkasse. Bei der Ersten österreichischen Sparkasse wurden im April d.J. von 29.582 Parteien K 21,887.349 eingelegt und an 20.055 Parteien K 13,619.062 rückgezahlt. Ende des Monats belief sich der Einlagenstand auf 638,007.486 K. Hypothekendarlehen wurden und zwar ausschließlich zur Zeichnung 5. Kriegsanleihe K 129.774 zugezählt, dagegen K 973.251 zurückgezahlt, der Stand der Hypothekendarlehen stellt sich am 30. April auf K 326,283.342. Die Pfandbrief-Darlehen beliefen sich am 30. April auf K 18,550.776, an 60jährigen Pfandbriefen waren K 18,668.000 im Umlaufe. Wechsel wurden K 11,545.707 eskomptiert und K 17,964.508 inkassiert; der Stand des Wechsel- und Salinen-Portefolles betrug am 30. April K 52,274.150.

Kommunalsparkasse Döbling. Bei der Kommunalsparkasse Döbling wurden im April d.J. von 1073 Parteien K 953.333 eingelegt und von 1072 Parteien K 926.281 behoben. Ende des Monats betrug der Einlagenstand K 12,984.554, der Stand der Hypothekendarlehen K 8,218.188.

Kunstdünger-Abgabe an Kriegsgemüsegeärtner. Die Gemeinde Wien bringt unentgeltlich Kunstdünger an Kriegsgemüsegeärtner zur Verteilung. Bezugsberechtigt sind jene Pächter von Grundlosen, welche von der Magistrats-Abteilung 3 bzw. von der städtischen Lebensmittelversorgung Stelle 6 mit einer Pachtkarte oder mit einer Bescheinigung über ihr Pachtverhältnis beteiligt worden sind. Die Abgabe findet in der Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags und 2 bis 5 Uhr nachmittags im städtischen Reservergarten 2. Bezirk Vorgartenstraße statt. Die Abgabe ist nach den Anfangsbuchstaben der Namen der Pächter gemgelt und erfolgt für die Buchstaben: A, B, C am 3. Mai, D, E, F am 4. Mai, G, H am 5. Mai, I, J, K am 7. Mai, L, M, N am 8. Mai, O, P, Q, R am 9. Mai, S am 10. Mai und T bis Z am 11. Mai. Nebst der Pachtkarte oder Bescheinigung über das Pachtverhältnis ist ein Behälter (Sack oder Kübel) mitzubringen. Behufs Düngung des Feldes ist der fein zerriebene Kunstdünger gleichmäßig auf die Anbaufläche zu verstreuen und 10 bis 15 cm tief einzuharken.

Todesfall. Gestern nachmittag ist die Mutter des Gemeinderates Paulitschke, Frau Marie Paulitschke, Hausbesitzerin, gestorben. Das Leichenbegängnis findet Freitag 4 Uhr nachmittags vom Trauerhause 6. Bezirk Mariahilfer Straße 121 a statt, die Einsegnung erfolgt in der Pfarrkirche St. Aegydt, die Beerdigung am Ottakinger Friedhof.

Gemeindevermittlungsamter. Bei den Gemeindevermittlungsamtern Mariahilf, Neubau und Josefstadt finden im Mai an jedem Mittwoch, d.i. am 2., 9., 16., 23. und 30. Mai vormittags Verhandlungen statt.

Todescostiftung. Die Gemeinde Wien hat einige wenige Plätze zur Pflege im Todescostiftungshause in Baden an mittellose Kurbedürftige christlichen Glaubensbekenntnisses zu vergeben. Gesuche um einen solchen Stiftungsplatz sind, versehen mit dem Heimatschein und dem armenärztlichen Gutachten, ohne Verzug bei der Magistratsabteilung 11 einzureichen.

170

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michalek,
Wien, 1., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, 3. Mai 1917. Nr. 170.

Die feierliche Angelobung des Schülerhilfskorps. Im Festsaal des Rathauses fand vor kurzem die feierliche Angelobung des Schülerhilfskorps der Wiener Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten für den Dienst der Beförderung verwundeter und kranker Krieger statt. Das Schüler-Hilfskorps, das berufen ist, auf dem West-, Ost- und Südbahnhofen den Dienst zu versehen, ist in 24 Kolonnen geteilt, die jede unter der Führung ihrer Professoren steht. Als der n.-ö. Landesschulrat an die Schüler der Wiener Mittelschulen und Zöglinge der Lehrerbildungsanstalten den Aufruf erließ, sich für den Dienst zur Verfügung zu stellen, dem meldeten sich, von jugendlicher Begeisterung getragen, 2500 freiwillige Helfer für diesen Dienst. Am 1. Mai erfolgte die Dienstesübernahme und dieser ging nun die feierliche Angelobung im Festsaal des Rathauses vor aus. Das gesamte Schülerhilfskorps war zu dieser Feier bereits mit seinen nun sicherlich bald in Wien populär werdenden Dienstkappen, die mit dem Zeichen und Wappen des Oesterr. Roten Kreuzes geschmückt sind, ausgerückt. Zahlreiches Publikum aus offiziellen Kreisen und aus dem Kreise der Angehörigen der Schüler wohnte dem feierlichen Akte bei. Man sah den Präsidenten der Oesterr. Gesellschaft vom Roten Kreuze Graf Traun, die Präsidentin des Wiener Bahnhoflabedienstes Gräfin Aglaia Kinsky, Frau Hofrat Oser vom Nordbahnlbedienst, vom n.-ö. Landesschulrate war Hofrat Dr. Karl Rieger mit dem Referenten der Aktion im Landesschulrate Landesschulinspektor Dr. Karl Vrba und den übrigen Landesschulräten anwesend. Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, Magistratsrat Formanek und Stadtrat Hermann vertraten die Gemeinde Wien. In Vertretung des Kriegsministeriums war der Vorstand der 14. Abteilung Generalstabsarzt Dr. Johann Frisch und Oberstabsarzt Dr. Kapriva erschienen, von der Zentraltransportleitung Oberstleutnant Meister. Der Stadtkommandant von Wien Generalmajor von Mossig war persönlich anwesend. In Vertretung des Unterrichtsministeriums erschien Landesschulinspektor Pietsch, für das Polizeipräsidium Chefarzt Regierungsrat Dr. Merta, für die Wiener freiwillige Rettungsgesellschaft Chefarzte stellvertreter Dr. Hein, für die Unter St. Veiter freiwillige Rettungsgesellschaft (Rettungskolonne der Oesterr. Gesellschaft vom Roten Kreuz) Kommandant Mittermüller. Ferner waren anwesend die 6 Kreis-Direktoren, die die Aufsicht im Namen des Landesschulrates führen, Regierungsrat Dr. Rebhann, Regierungsrat Kukutsch, Regierungsrat Dr. Lekusch, Regierungsrat Hornich, Direktor Hödl, Direktor Latzke. Vom Referate für Lokalkrankentransport waren anwesend: Vorstand Kommerzialrat Czermack, Vorstand stellvertreter Regierungsrat Pilsz, Hauptmann Hanika und Kolonnenarzt Dr. Porges. Die Ausrückung stand unter dem Kommando des Linien-Delegierten Troger und der Delegierten Stepper und Süsz, die auch die Ausbildung des Schülerhilfskorps durchgeführt hatten und der übrigen Delegierten des Referates für Lokalkrankentransport der Oesterr. Gesellschaft vom Roten Kreuze: Tellheim, Uhlig, Neuroth und Konopatsch.

Erzherzog Anton, der im Namen des Schülerhilfskorps dann die Angelobung leistete, war mit seinem Bruder Erzherzog Franz Josef und seinen Erziehern erschienen.

Der Bundespräsident der Gesellschaft vom Roten Kreuze Graf Traun eröffnete die Feier mit einer Ansprache, in der er vorerst dem Landesschulrate für die Unterstützung beim Zustandekommen der Aktion und dem Bürgermeister für seine Anteilnahme und Ueberlassung des Saales

herzlichst dankte. Er verwies dann in seiner Ansprache auf die Schwere und Verantwortlichkeit des Dienstes und forderte die Schüler auf, in der Erfüllung der selbstübernommenen Pflicht treu auszuhalten. Mit warmen herzlichen Worten begrüßte Bürgermeister Dr. Weiskirchner seine „lieben jungen Freunde“ im Bürgerpalaste der Stadt Wien und gab seiner stolzen Befriedigung Ausdruck, daß Alt und Jung in Wien eins sei, wenn es gilt die Leiden des Krieges zu mildern und Hand anzulegen bei Werken der Nächstenliebe. Hofrat Dr. Karl Rieger, der im Namen des Landesschulrates sprach, betonte mit schwunghaften Worten wie bisher schon das Schülerhilfskorps sich zu verschiedenen Malen in den Diensten der Allgemeinheit gestellt habe und forderte mit väterlichen Worten sämtliche Teilnehmer auf, sich des in sie gesetzten Vertrauens würdig zu zeigen und den Dienst, den sie für die fehlenden Männer in die Bresche tretend auf sich genommen haben, voll und ganz mit Ernst und Eifer zu versehen. Im Namen des Referates für Lokalkrankentransport, dem das Schülerhilfskorps in dienstlicher Beziehung zugewiesen ist, ergriff nun Vorstand Kommerzialrat Czermack das Wort: Von des Dichters Worten ausgehend „Ans Vaterland ans Teure schließ Dich an, das halte fest mit Deinem ganzen Herzen“ führte er seinen nunmehrigen Arbeitsgenossen den Teilnehmern am Schülerhilfskorps, das Hehre ihrer Aufgabe vor Augen. Er betonte, daß keine Arbeit groß genug sei, um unseren Helden, die für uns bluten und kämpfen, zu danken. Jeder müsse in diesen schweren Zeiten im Dienste der Allgemeinheit arbeiten. Dann forderte er den Schüler des Staatsgymnasiums im 3. Bezirk Erzherzog Anton auf, als Vollmachtsträger aller seiner Wiener Kollegen die Angelobung in die Hand des Bundespräsidenten zu leisten.

Vortretend verlas nun Erzherzog Anton mit fester und feierlicher Stimme die Angelobungsformel, in der sich alle Teilnehmer zur treuen Pflichterfüllung und Ausharren auf dem selbstgewählten Posten verpflichteten. Mit Handschlag in die Hand des Präsidenten bekräftigte der Erzherzog seine Worte. Ein tausendstimmiges „Wir geloben“ bekundete, daß die Teilnehmer des Schülerhilfskorps willens sind, der Angelobung getreu dem Roten Kreuze und damit der Allgemeinheit zu dienen. Graf Traun ergriff nun abermals das Wort und dankte den Teilnehmern des Schülerhilfskorps für ihre Opferwilligkeit und schloß mit einem Hoch auf Kaiser Karl, in das alle Anwesenden begeistert einstimmten, die erhebende Feier.

Vom Wohnungsnachweis. Zur Ueberprüfung der Vollständigkeit und Richtigkeit der Wohnungsanmeldungen dient der Außendienst des Wohnungsnachweises. Die Angestellten des Wohnungsamtes sind mit einer, mit Photographie ausgestatteten Legitimation versehen und berechtigt, die erforderlichen Auskünfte einzuholen. - Die Hausinhabungen werden ersucht, bei dieser Gelegenheit auch für gekündigte, noch nicht leerstehende Wohnungen die vollständig unentgeltlichen Dienste des Wohnungsnachweises in Anspruch zu nehmen.

Zur Freibrot-Aktion. Es wurde die Wahrnehmung gemacht, daß in den Kreisen der Bäcker und des Publikums die Meinung besteht, das für Rechnung des Komitees „Freibrot für die Armen Wiens“ ausgegebene Brot unterliege nicht der Verbrauchsregelung. In einem Falle wurde bereits konstatiert, daß ein Bäcker in Unkenntnis dieser Umstände größere Brotmengen auf Anweisungen des Komitees ohne Einziehung der Brotmarken und an nicht-rayonierte Kunden abgegeben hat. Die Genossenschaft der Bäcker wurde daher eingeladen, ihre Mitglieder in geeigneter Weise unverzüglich und nachdrücklichst darauf aufmerksam zu machen, daß das sogenannte

„Freibrot“ nur auf Grund der Brotbezugskarte an rayonierte Kunden und gegen Abtrennung der erforderlichen Brotkartenabschnitte verabfolgt werden darf. Die von dem Komitee ausgegebene Freibrotmarke berechtigt lediglich zum unentgeltlichen Bezuge von Brot im Rahmen der allgemeinen Brotverbrauchs- und Bezugsvorschriften. Vom Standpunkte des Brotlieferanten ist die Freibrotmarke daher lediglich ein Zahlungsmittel.

Vom Marktamt wird mitgeteilt: Häuptelsalat als Kochsalat. Es beginnen nun schon durch den Eintritt der wärmeren Witterung begünstigt die Zufuhren von Häuptelsalat sowohl von den Gärtnern als auch aus Ungarn. Nun handelt es sich um die bestmögliche Verwendung des Salates in der heutigen Küche. Bei der Knappheit an Speiseölen, Essig und Gewürzen würde es sich recht dringend empfehlen, die Blätter des Häuptelsalates zur Bereitung von Kochsalat zu verwenden, umso mehr als dadurch ein ausgiebigeres und bekömmlicheres Gemüse hergestellt werden kann. Ueberhaupt möchte auch für die künftige Zeit den Hausfrauen ans Herz gelegt werden, Gemüse, das aus Garten, Wiesen und Wald kommt, und in der Zeit des Friedens zur Salatbereitung gedient hat, nur mehr durch Einbrennen als Zuspeise herzustellen.

Verlegung der Sommerferien. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des Stadtrates Tomola den Bürgermeister als Vorsitzenden des Bezirksschulrates zu ersuchen, an maßgebender Stelle die erforderlichen Schritte zu unternehmen, daß die Hauptferien an den Wiener Volks- und Bürgerschulen auf die Zeit vom 1. Juli bis 31. August 1917 verlegt werden.

Förderung der Notimpfungen. Nach einem Antrage des StR. Dr. Haas beschloß der Stadtrat, jenen Hausbesorgern, die sich bei Durchführung der Notimpfung in den Häusern anlässlich des Auftretens neuer Blatternherde besonders verdient gemacht haben, Prämien von je 2 bis 4 K im kurzen Wege auszahlen zu lassen.

141

WIENER VOLKSZEITUNG
Wien, Donnerstag 3. Mai 1917 abends Nr. 171.

Abgabe von Saatkartoffeln an die Kriegsgemüsegärtner.

Mit der Abgabe von Saatkartoffeln an die Kriegsgemüsegärtner wird die Gemeinde am Samstag, 5. d. M. beginnen. Bezugsberechtigt sind jene, welche von der Magistrats-Abteilung 3, bzw. der städtischen Lebensmittelstelle C mit einer Pachtkarte oder einer Bewocheinigung über ihr Pachtverhältnis betitelt worden sind. An jede Partei gelangt die gleiche Menge von 20 kg gegen Bezahlung eines Preises von 24 h per kg an Abgabe. Nach der Lage des Kriegsgemüsegartens sind ^{die} die Parteien folgenden drei Abgabestellen zugewiesen: Die Kriegsgemüsegärten des 2., 3., 5., 10., 11. und 12. Bezirkes dem Straßenbahnhof Simmering (Simmeringer Hauptstraße, Zugang durch die Fackaya- und Lorystraße); jene des 13., 14., 15., 16. und 17. Bezirkes dem Kuffnerkeller (19. Bez. Hardtgasse 24) und jene des 18., 19., 20. und 21. Bezirkes dem Kartoffellager im Hernauer Schlachthause (17. Richthausenstraße 2). Die Abgabe ist nach den Anfangsbuchstaben der Namen der Kriegsgemüsegärtner geregelt und findet statt: am Samstag, 5. Mai für die Buchstaben A bis J, Sonntag 6. Mai K bis L, Montag 7. Mai E bis S, Dienstag 8. Mai S bis U, Mittwoch 9. Mai V bis Z. Die Kartoffeln werden gegen Vorweisung der Pachtkarte, bzw. der Pachtbescheinigung sowie der Mehlibezugskarte in der Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags und 2 bis 6 Uhr nachmittags abgegeben. Am Sonntag 6. Mai erfolgt die Abgabe nur vormittags.

201/11

Der Bürgermeister beim Großwesir. Bürgermeister Dr. Weiskirchner besuchte heute den Großwesir Talaat-Pascha, um ihn namens der Stadt Wien zu begrüßen, auf die Sympathien Wiens für das tapfere ottomanische Heer hinzuweisen und der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß ein baldiger ehrenvoller Friede das Waffenbündnis in ein starkes Friedensbündnis verwandeln möge. Der Bürgermeister bemerkte, daß der Name des Großwesirs in Wien wohl bekannt sei und daß von dem hohen Staatsmanne die Vertiefung der Beziehungen des ottomanischen Reiches zur österreichisch-ungarischen Monarchie und insbesondere zur Reichshaupt- und Residenzstadt Wien erwartet werde.

Seine Hoheit erklärte auf die Begrüßung des Bürgermeisters, daß er sich außerordentlich durch den Besuch des Stadtoberhauptes von Wien geehrt fühle und dies umso mehr, als er seit langem eine besondere Sympathie für die wunderschöne Stadt an der blauen Donau hege. Im Verlaufe des Gespräches meinte der Großwesir; Unsere beiden Reiche sind ja direkt auf ein ander angewiesen und ich bin überzeugt, daß sich nach dem Kriege unsere bereits gefestigte Freundschaft noch nach zwei Seiten hin weiter entwickeln wird. Wir sind ein landwirtschaftlich produktives Land, während Oesterreich-Ungarn eine hochentwickelte Industrie besitzt. Wir können einander gegenseitig sehr viel nützen. Auf die Mitteilung des Bürgermeisters, daß die ~~Stadt~~ Gemeindevertretung von Wien beabsichtige, gleich nach dem Kriege einen Besuch der Türkei und ihrer Hauptstadt abzustatten, sagte der Großwesir: Ich freue mich schon heute auf diesen Besuch. Seien Sie überzeugt, daß mit mir ganz Konstantinopel sie mit offenen Armen empfangen wird, wir haben ja überdies so viel von Ihnen zu lernen und ich werde schon jetzt in dem schönen Album, das sie mir übergeben haben, fleißige Studien machen, zum Nutzen unserer noch in der Entwicklung begriffenen Metropole. Ich rechne nach dieser Richtung hin auf Exzellenz und der Stadtvertretung Rat.

27. Jahrg. Wien, Freitag, 4. Mai 1917. Nr. 172.

Ankauf einer großen Uhrensammlung. Der Stadtrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung nach einem Antrage des Gemeinderates Panosch den Ankauf der Kaftan'schen Uhrensammlung. Die Sammlung umfaßt rund 10.000 Uhren, bezw. Uhrwerke, außerdem eine Reihe von interessanten Uhrbestandteilen und eine Anzahl von Büchern, die sich auf die Entwicklung der Uhr beziehen. Es sind fast alle Arten der Räderuhr vertreten und der Eigentümer der Sammlung Gymnasialsupplent Rudolf Kaftan hat das Hauptgewicht bei seiner Sammeltätigkeit stets auf das Uhrwerk gelegt und alles gesammelt, was ihm geeignet erschien, die technische Entwicklung der Uhr zu veranschaulichen. In der Sammlung befinden sich 234 Holzuhren verschiedenster Konstruktionen aus der Zeit von 1680 angefangen, ferner 12 große Turmuhren verschiedener Systeme aus der Zeit vom 15. Jahrhundert bis zum Beginn der Großindustrie, 412 Wand- und Tischuhren, darunter eine Anzahl mit Glockenspiel, 1456 Spindeluhren, 970 Zylinder- und Remontoiruhren, rund 800 Ankeruhren, ferner 5500 Werke der verschiedensten Systeme. Die Sammlung ist derzeit im 19. Bezirk Billrothstraße 69 untergebracht. Um über den Wert der Sammlung ein festes Urteil zu gewinnen, erfolgte eine Ueberprüfung und Schätzung durch Sachverständige, welche erklärten, daß die Sammlung zur Darstellung des Entwicklungsganges der mechanischen Uhren vorzüglich geeignet sei und in technischer Beziehung nur wenige Lücken aufweise. Die Sammlung wurde von ihnen mit 200.000 Kronen bewertet. Dem Gemeinderate wurde empfohlen, beim Ankauf nachfolgende Bestimmungen festzusetzen: Die Sammlung wird den städtischen Sammlungen angegliedert, bildet jedoch für sich eine eigene Abteilung, das „Uhren-Museum“. Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, Rudolf Kaftan zum Leiter der Sammlung gegen ein Jahresgehalt von 6000 Kronen zu bestellen und ihm sofort einen Betrag von 20.000 Kronen und nach Ablauf eines Jahres durch 20 Jahre hindurch je 5000 K zu bezahlen.

Verkauf von Sandalen durch die Gemeinde Wien. Zur Schonung der Lederschuhe während der warmen Jahreszeit und zu deren Sparung für den nächsten Winter hat die Fürsorge-Zentralstelle im Rathause aufgefordert, und zur Erreichung dieses Zweckes 300.000 Paar Holzsandalen mit beweglicher Sohle heimischen Erzeugnisses sichergestellt. Der Verkauf findet in der Volkshalle, Eingang von der Felderstraße an allen Wochentagen von 8 bis 11 Uhr vormittags, Montag, Mittwoch und Freitag außerdem von 2 bis 5 Uhr nachmittags statt. Mit der Abgabe wird Montag, den 7. d.M. begonnen. Die Preise bewegen sich je nach der Größe zwischen K 2,90 bis K 5,80. Den städtischen Beamten wurde eröffnet, daß sie mit den Sandalen auch in das Amt kommen können, um so nicht nur den Minderbemittelten, sondern auch den Wohlhabenderen mit gutem Beispiel voranzugehen.

Versuchsteiche für Fischzucht. Der städtische Oberingenieur Doppelreiter hat dem Bürgermeister eine Denkschrift über die Kehr- und Abwasser-Verwertung in Fischteichen mit besonderer Berücksichtigung der Wiener Verhältnisse überreicht. Der Bürgermeister, der die Denkschrift mit Interesse zur Kenntnis nahm, hat den Auftrag erteilt, ihm Vorschläge über die Durchführung des Projektes im Wiener Gemeindegebiete zu unterbreiten. Oberingenieur Doppelreiter hat bereits eine Fischzuchtanlage in Königsbrunn errichtet und auf Grund der daselbst gewonnenen Erfahrungen wurde nun das Projekt für eine Fischzuchtanlage in Albern ausgearbeitet.

Die Kosten beziffern sich mit 30.000 Kronen und der Zweck, der erreicht werden soll ist hauptsächlich, neue Produktionswege zu erschließen, um eine bessere künftige Versorgung mit Lebensmitteln zu sichern. Mit der Anlage der Fischteiche soll später auch eine Kleintierzucht (Enten und Kaninchen) verbunden werden. Im Zusammenhang mit der Anlage von Zuchtteichen steht auch die Frage, ob und in wie weit Straßenkehricht sich zur Teichdüngung eignet. Vizebürgermeister Hierhammer berichtete in der gestrigen Stadtratssitzung über diese Angelegenheit und wird heute dem Gemeinderate den Antrag vorlegen, die Errichtung einer Anlage von Versuchsteichen für Fischzucht in Albern zu genehmigen, für die Herstellung der Anlage die Gründe in Albern und Kaiser Ebersdorf zur Verfügung zu stellen und behufs richtiger wissenschaftlicher und praktischer Ausführung des Projektes ein Komitee einzusetzen.

Linien-Verlängerung. Von morgen Samstag angefangen wird die Linie V der städtischen Straßenbahnen über die Innstraße und den Handelskai bis zur Vonwiller'schen Mühle weitergeführt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mitzgen,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, 4. Mai 1917. Nr. 173.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 4. Mai 1917.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner

macht folgende Mitteilungen:

Gespendet haben: Dr. Bruno Pollack von Parnau 1000 K für Arme; Eduard Tomann den Erlös eines Konzertes im Betrage von 441 K für Arme des 4. Bezirkes.

Die Gemeinderäte Dr. Hemala, Ullreich und Genossen stellen folgende Anfrage: In den Nummern 86 und 87 des „Abend“ vom 28. und 30. April d. J. wird der Gemeinde Wien der Vorwurf gemacht, daß sie Kohlenhändler, die im Laufe des Februar d. J. beschlagnahmte Kohle zugewiesen erhalten haben, auf Kosten der Verbraucher bereichere. Es soll nach dieser Zeitungsnote ein Rechenfehler geschehen sein, indem seinerzeit die Kohle zu hoch berechnet worden sei. Jetzt sei aber den Kohlenhändlern eine Summe, die in die Hunderttausende geht, zurückerstattet worden. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt, dem Gemeinderate den Sachverhalt mitzuteilen? Was gedenkt der Bürgermeister gegen die Verbreitung solcher die Bevölkerung aufreizende Nachrichten zu tun?

In derselben Angelegenheit liegt folgende Anfrage des Gemeinderates Neustädter vor: Eine Tageszeitung vom 28. April d. J. enthielt unter der Spitzmarke „Ein Rechenfehler der Gemeinde Wien“ die Mitteilung, daß die Gemeinde die kleinen Kohlenhändler auf Kosten der Verbraucher bereichert. Die Magistratsabteilung V soll angeblich die bei den Großhändlern beschlagnahmte Kohle in den Vorortebahnhöfen an die kleinen Kohlenhändler um K 5,50 für 100 kg verkauft und diese sie demgemäß um K 6,20 an die Verbraucher weiterverkauft haben. Vor wenigen Tagen soll die obgenannte Magistratsabteilung den Kohlenhändlern K 1,05 für 100 Kilogramm rückerstattet haben, demnach sich der Kohlenpreis auf K 4,45 stellte, während die Verbraucher K 6,20 bezahlten, was einem Verdienste von 40 % gleichkommt, der in einer so schweren und teuren Zeit nicht scharf genug gerügt werden kann. Es wird gefragt: 1. Beruht dieser Bericht auf Wahrheit? 2. Warum wurde der rückerstattete Betrag, der von rechtswegen den Verbrauchern gehört und die selbstverständlich schwer zu ermitteln sind, nicht im Einvernehmen mit den Kohlenhändlern einem wohltätigen Zwecke zugeführt?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich könnte mir die Sache sehr einfach machen und beide Interpellanten auf die amtliche Berichterstattung hinweisen, welche gestern über Verlangen des Magistrates im „Abend“ enthalten war. Ich halte es aber auch für notwendig, daß in die Akten des Gemeinderates aufgenommen werde, wie sich der Sachverhalt darstellt, damit die Bevölkerung erfährt, welche Lügen und welche Gehässigkeit gegen die Gemeinde verbreitet werden.

Der Bürgermeister verliest nun einen umfangreichen Bericht des Magistratssekretärs Dr. Fastenbauer, dem wir folgendes entnehmen: Als im Februar infolge des Frostes außerordentliche Verkehrsschwierigkeiten aufgetreten waren, wurde die Gemeinde Wien befragt, ob sie Kohle, welche rasch entladen werden müsse, übernehmen wolle. Der Vertreter des Magistrates hat sich hiezu sofort bereit erklärt, da die Kohle sonst sicher für die notleidende Wiener Bevölkerung verloren gewesen und der Heeresindustrie und den Bahnen zugefallen wäre.

Es wurde nun rasch die Aufteilung der Kohle durchgeführt, die Kohlenhändler wurden telephonisch verständigt und angewiesen, die Kohlen in kleinen Mengen entweder direkt an die Bevölkerung abzugeben oder fuhrweise an Kleinhändler. Eine Schwierigkeit bot die Preisfrage. Die Bestimmung eines festen Uebernahmepreises hätte den Nachteil gehabt, daß bei zu niedrigem Ansatz die Gemeinde den Schaden, der Händler den Nutzen hätte. Falls der Uebernahmepreis zu hoch angesetzt würde, mußte die Gemeinde den Vorwurf einer unnötigen Verteuerung der Kohle riskieren. Bei Bestimmung eines einheitlichen Verkaufspreises konnten die verschiedenen Regien nicht berücksichtigt werden. Es wurde daher den Kohlenhändlern die Weisung gegeben, die Kohle zu den ortsüblichen Preisen abzugeben und zur Deckung der Gemeinde wurde von den Händlern eine Sicherstellung für den kreditierten Kaufpreis verlangt. Das Marktamt über und wurde beauftragt, für die Durchführung des Verkaufes/die von den Händlern verlangten Preise zu berichten. Daraus ist zu entnehmen, daß einzelne Händler, obwohl die Kohle nirgends um einen übermäßigen Preis verkauft wurde, bei dem sich ergebenden Durchschnittspreis einen über das übliche Maß reichenden Nutzen erzielen würden. Der Bürgermeister erteilte den Auftrag, diese Händler zur Rechtfertigung über die Preisstellung aufzufordern. Sie rechtfertigten sich damit, daß sie mit höheren Gestehungskosten der Kohle zu rechnen gewohnt seien und erklärten sich ohne jede Aufforderung bereit, einen angemessenen Teil ihrer Nutzens zu Gunsten der Armen zu erlegen. Auf Grund der Abrechnung wird selbstverständlich den Händlern jener Teil der Sicherstellung, der durch Forderungen der Gemeinde nicht in Anspruch genommen wird, rückerstattet werden. Die aus den erlegten Sicherstellungen zurückzuzahlende Summe wird rund 7000 K betragen.

Aus vorstehendem Berichte wolle entnommen werden, daß es bei der herrschenden Kohlennot im Interesse der Bevölkerung gelegen war, die Kohle unter allen Umständen zu übernehmen, daß bei der raschen Durchführung der Beschlagnahme und des Umsatzes der Kohle eine Kalkulation der Kosten vollständig ausgeschlossen war, daß die Beschlagnahme mit einem großen Risiko für die Gemeinde verbunden war und daß die Bevölkerung die dringend benötigte Kohle mit keinem höheren Preise bezahlt hat, als sie die Kohle sonst bezahlen mußte. Wenn das Ergebnis schließlich für die Gemeinde keinen finanziellen Nachteil gebracht hat, so liegt das in verschiedenen Umständen und nicht zuletzt in dem Entgegenkommen, das die ursprünglichen Eigentümer der Kohle bei der Preisstellung erwiesen haben.

GR. Kunschek stellt folgende Anfrage: Seit längerer Zeit wird in Niederösterreich Butter und Schweinefett von den Bezirkshauptmannschaften im Wege der Gemeinde, bei den Landwirten requiriert. Das requirierte Fett wird von den Gemeinden wohl gesammelt, aber, wie ich von verschiedenen Seiten höre, nicht mit der gebotenen Raschheit abgeführt, sondern in den Gemeinden längere Zeit liegen gelassen.

Die Behandlung der requirierten Fettmengen und auch deren Aufbewahrung soll vielfach eine vollkommen unfachgemäße sein; die requirierten Fettmengen werden in unreinen Fässern oder Bottichen gesammelt und diese werden oft in ungeeigneten Räumen (dumpfen Kammern, Presshäusern, u. s. w.) ab. Infolge dieser nicht fachgemässen Behandlung und Aufbewahrung sollen bedeutende Mengen Fettes für den menschlichen Konsum unrettbar verloren gegangen sein.

Ich erlaube mir daher an Seine Exzellenz dem Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen, ob ihm von diesen Vorgängen etwas bekannt ist und er in der Lage ist, Abhilfe zu schaffen.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert: Es ist richtig, dass auf Grund der Statthaltereiverordnung vom 22. Februar i. J. und der Ministerialverordnung vom 11. Jänner a-o., Butter, Butterschmalz und Schweinefett in Niederösterreich von den Bezirkshauptmannschaften im Wege der Gemeinden

denen bestimmte Lieferungskontingente auferlegt worden sind, requiriert wird. Soweit mir bekannt ist, erfolgt jetzt diese Requisition in der Weise, dass Landfleischhauer oder andere Personen, die bisher den Butter- und Fetthandel betrieben haben, mit dem gemeindeweißen Sammeln der requirierten Fettmengen betraut wurden.

Auch bei mir sind in jüngster Zeit bereits Klagen darüber eingelaufen, dass die bezeichneten Fettsorten wohl eingesammelt, aber nicht rechtzeitig an die Verbrauchsorte, insbesondere nicht nach Wien abdisponiert werden, sodass sie wochenlang in den Requisitionsorten liegen bleiben und beträchtliche Fettmengen infolge der vom Herrn Interpellanten bereits geklagte nicht fachmännischen Behandlung, sowie schlechten Lagerung verdorben sein sollen. Wenn mir bisher auch noch nicht konkrete Fälle bekannt gegeben worden sind, so zweifle ich doch nicht daran, dass diese Klagen, da sie zum Teile auch von sonst verlässlichen Seiten erhoben werden, zumindestens bis zu einem gewissen Grade auf Tatsachen beruhen.

Abhilfe kann ich selbst leider nicht schaffen; ich werde aber, da bei der heftigen Fettnot das Verdorben selbst der geringsten Fettmenge verhindert werden muss, diese Interpellation der Statthalterei mit dem Ersuchen vorlegen, sie wolle die Bezirkshauptmannschaften anweisen, dass sie für die rascheste Abfuhr der requirierten Fettmengen, sowie für deren sachgemäße Behandlung und zweckmäßige Lagerung zu sorgen haben.

GR. Dr. Mittler interpelliert über den Ankauf von Zuckerrüben von Baron Thavonat und stellt folgende Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, seine Erklärung, dass er Rüben oder andere Versorgungsartikel im Notfalle um jeden Preis kaufen werde, zurückzunehmen oder richtig zu stellen?

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, auch gegenüber dem Rübenverkäufer die berechtigten Ansprüche der Gemeinde eventuell im Rechtswege geltend zu machen?

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dem Gemeinderat fortlaufend über den Verlauf der Angelegenheit bis zu der vollständigen straf- und zivilrechtlichen Erledigung der Angelegenheit Bericht zu erstatten?

Bgm. Dr. Weiskirchner: Was den letzten Teil der Anfrage anbelangt, weist der Interpellant, dass Baron Thavonat die Selbstanzeige gemacht und die Untersuchung beim Landesdivisionsgericht anhängig ist. Ich bin also nicht in der Lage hierüber dem Gemeinderat Mitteilungen zu machen, da ich von dort keine Auskunft erhalte. Was die Anfrage 1 anbelangt, so bedauere ich nicht die Äusserung, die ich getan habe, und die nur von parteigehässigen Gegnern missverstanden werden können. Ich habe damals sinngemäss erklärt, wenn für die Gemeinde eine schwere Zeit anbricht, so werde ich Lebensmitteln unter allen Umständen zu verschaffen trachten. Eine Bemerkung, mit der ich mich in vollem Einverständnis mit den Obmännern der Konferenz GR. Dr. Hein und Gemeinderat Reumann befinde. Diese meine Äusserung ist also nichts anderes, als die einmütige Anschauung der Obmänner-Konferenz, für unsere Bevölkerung um jeden Preis vorzusorgen, und hat mit der Affäre Thavonat nichts zu tun. Im Uebrigen lehne ich die weitere Beantwortung der Interpellation ab. (Lebhafter Beifall).

GR. Völkl stellt folgenden Antrag:

Der Stadtrat wolle beschliessen, dass solchen Armen, welche laut ärztlichen Befundes vollkommen erwerbsunfähig sind und welche Anverwandte besitzen, bei welchen selbe Wohnung und Verpflegung erhalten können, für die Zeit der abnormen Teuerung ein Erhaltungsbeitrag bis zur Höhe von 60 Kronen zu gewähren sei und von diesem Beschlusse die Armeinstitute zu verständigen.

GR. Herold stellt einen eingehend begründeten Antrag, einen alljährlichen Weipmarkt in grossem Stile im Wr. Rathause zu veranstalten.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Vize-Bgm. Hierhammer beantragt, zur Gewährung ausnahmsweiser Geldunterstützungen an hilfsbedürftige Tuberkulose im Rahmen der von der Gemeinde Wien eingeleitete Tuberkulosefürsorge-Aktion einen Kredit von 50.000 Kronen zu bewilligen.

Gr. Reumann führt aus, dass sich in der Tuberkulosefürsorge Momente ergeben werden, welche ein sofortiges Eingreifen mit entsprechenden finanziellen Mitteln erfordern. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, dass ein Fond für derartige augenblickliche Unterstützungen angesammelt werden sollen, er glaube, dass diese 50.000 Kronen sich reichlich verzinsen werden und er bittet deshalb ebenfalls den Antrag anzunehmen.

Die Anträge des Referenten werden hierauf einstimmig genehmigt.

Vize-Bgm. Hierhammer berichtet über die Anlage von Versuchsteichen für Fischzucht in Albern.- Dem Referentenantrag wird zugestimmt.

Nach einem Antrage des Vize-Bürgermeisters Hoss wird dem Vereine der Beamten der Stadt Wien wie in den Vorjahren eine Subvention von 2500 Kronen bewilligt.

Gr. von Steiner berichtet über die Ausgestaltung des Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes der Stadt Wien zu einem Arbeiterfürsorgeamt. Er führt aus:

Die von der Regierung zu Anfang des Krieges mit den besten Absichten ins Leben gerufene Kriegsorganisation der Arbeitsvermittlung, die einen Zusammenschluss der bestehenden Arbeitsvermittlungsanstalten zuerst in Niederösterreich und später im ganzen Reiche sowie den Austausch zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage zum Ziele hatte, ist gescheitert. Die Gründe dieses Mißerfolges sind in erster Linie in nationalen und politischen Schwierigkeiten zu suchen.

Es wird nunmehr die Ausgestaltung des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes zu einer modernen, den Einrichtungen anderer Großstaaten entsprechenden Institution in Angriff genommen werden und erfüllt die Gemeinde eine soziale Pflicht von großer Bedeutung, wenn schon jetzt alle Vorkehrungen getroffen werden, daß die heimkehrenden Krieger die Stelle kennen, wohin sie sich im Bedarfsfalle zu wenden haben.

Dieses neue Arbeiterfürsorgeamt wird auch dazu berufen sein, vorläufig für Wien und später auch für ganz Niederösterreich die Zentralstelle der Arbeitsvermittlung zu bilden. Es ist daher jetzt schon die Pflicht der Gemeinde, für die Zeit der Demobilisierung zweckdienliche Vorbereitungen zu treffen und es dürfte gewiß notwendig werden, daß sich vor allem in Wien die größten Arbeitsvermittlungsinstitute zu gemeinsamer Tätigkeit vereinigen, um im Bedarfsfalle Arbeitsangebot und Nachfrage auszugleichen.

In Deutschland hat seit Ausbruch des Krieges der Gedanke der Zentralisierung und der Zusammenarbeit der in den einzelnen Orten und Bezirken bestehenden nicht gewerksmäßigen Arbeitsvermittlungsstellen immer mehr und mehr an Boden gewonnen, so daß die Reichsregierung und die Landesregierungen nach Kräften bestrebt sind, eine Zentralisierung der Arbeitsvermittlung herbeizuführen.

Die neue Einrichtung beinhaltet einen bedeutenden Fortschritt auf dem Gebiete der sozialen Einrichtungen der Gemeinde. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Arbeitslose, die Beschränkung des Zuzuges Arbeitsloser zur Großstadt und manches andere wird eine eingehende Behandlung erfahren. (Beratung: Heranziehung eines tüchtigen gewerblichen Nachwuchses, Lösung der Frage betreffend die Frauen, die während des Krieges beruflich an Stelle der eingerückten Männer getreten sind und durch die rückkehrenden Männer ihre Stelle verlieren; Fürsorge für die aus dem Kriege heimkehrenden Männer, die ohne invalid zu sein, infolge Erschöpfung oder Erkrankung zur Ausübung ihres früheren Berufes nicht mehr fähig sind

und eine leichtere Beschäftigung abstreben u. s. w.)

Der Mangel an Lebensmitteln, an Stoffen und Leder, der aller Voraussicht nach dem Kriegsende nicht sofort behoben werden kann, wird schliesslich auch die öffentliche Verwaltung veranlassen, der Ausspeisung Arbeitsloser und der Beteiligung der aus dem Felde heimkehrenden Arbeiter mit Kleidern und vor allem mit Schuhen, ihr Augenmerk zuzuwenden, damit die betreffenden Personen überhaupt in den Stadt gesetzt werden, einen Arbeitsplatz anzunehmen. Hier wird in erster Linie auf die Mitwirkung der Militärverwaltung zu rechnen sein, dass dieselbe aus ihren, nicht mehr benötigten Vorräten entsprechende Mengen Material zur Verfügung stellt; hier wird aber auch die gesamte Bevölkerung miltätig sein müssen, damit sie an Spenden in Natura und Geld die Hilfsaktion nach besten Kräften fördert. Auch auf diesem Gebiete wird das Arbeiterfürsorgeamt zur Mitarbeit berufen sein.

Es werden aber auch alle Konsequenzen des Krieges für Arbeitssuchende in das Bereich der Tätigkeit des Arbeiterfürsorgeamtes fallen, zu dessen Geschäftsführung ein Beirat bestimmt ist, in welchen nicht nur die Vertreter der Gemeinde und deren Organe, sondern auch die Vertreter der k. k. Behörden, der Industrie, des Handels und Gewerbes sowie der Arbeiterschaftsind und der dann auf Grund seiner Zusammensetzung segensreich wirken kann.

Ich habe in meinen Ausführungen zu dem eingangs erwähnten Antrage auch die Schaffung eines Beirates in Anregung gebracht, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätische Vertretung finden und die Richtlinien der Tätigkeit der städtischen Arbeiterfürsorge festlegen sollen.

Im Zusammenhange mit der Ausgestaltung des Wirkungskreises des Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes dürfte es gewiss am Platze sein, auf diese Anregung einzugehen und damit eine Frage zu erledigen, die bereits wiederholt die Öffentlichkeit und auch den Wiener Gemeinderat beschäftigte. Nach den günstigen Erfahrungen, welche die Gemeinde Wien mit ihren Kommissionen und Ausschüssen gemacht hat und im Hinblick auf die Erfolge, die auch der Staat mit ähnlichen Einrichtungen erzielte, es wolle hier nur auf das Kuratorium der amtlichen Landesstelle der Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide verwiesen werden- glaube ich dem Gemeinderate die Bestellung eines gemeinderätlichen Beirates für das Arbeiterfürsorgeamt in Vorschlag bringen zu sollen, damit in Hinkunft den Vertretern aller Parteien des Gemeinderates Gelegenheit geboten ist, in wichtigen Angelegenheiten, welche die Arbeiterfürsorge betreffen, beratend mitzuarbeiten und so auch die kommunale Institution nach besten Kräften zu fördern und zu unterstützen. Es bedarf wohl keiner Begründung, dass ein derartiger Beirat die Stellung des Arbeiterfürsorgeamtes in der Öffentlichkeit wesentlich festigen und seine Tätigkeit bedeutend erleichtern wird. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, endlich einmal eine Zentralisierung der Arbeitsvermittlung wenigstens in Wien anzubahnen und einen Austausch von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage zwischen den einzelnen Vermittlungsstellen - in Wien bestehen zirka 140 - zu ermöglichen.

Wir alle hoffen, dass das furchtbare Weltringen in kurzer Zeit sein Ende finden wird und uns recht bald ein dauernder Friede beschieden sein möge.

Es wird daher schon jetzt an der Zeit sein, auch hinsichtlich der Arbeitsvermittlung und der Arbeiterfürsorge Fürsorgevorbereitungen zu treffen und soll dieses Amt den sozialen Stoss, der sich aus den Konsequenzen des Krieges bei der Demobilisierung ergibt, auffangen und somit eine segensreiche Wirksamkeit entwickeln.

Gr. Reumann sagt, dass er nur gegen jenen Teil der Anträge als Kontraredner sprechen wolle, welcher die Wahl eines Ausschusses vorsieht, welcher seine Beratungsergebnisse dem Stadtrate zur Genehmigung

vorzulegen habe. Er müsse gestehen, dass aus dem ursprünglichen Antrage des Referenten, den er am 27. Juni 1916 eingebracht, verflucht wenig übrig geblieben sei. Dieser Antrag war einbegleitet mit den Worten: „Das Morgenrot einer neuen Zeit leuchtet uns entgegen.“ Nach diesen Fanfarenstößen, mit denen eine Reform des Arbeitsvermittlungsamtes verheissen ward, kommen jetzt einige Kindertrumpetenstösse heraus und es bleibt nichts übrig als eine Beirat, welcher blos eine beratende Stimme haben soll. Wenn der Referent von einer Beschränkung des Zuzuges Arbeitsloser nach Wien des weiteren in seinem Antrage spricht, muss ich sagen, dass alle bisherigen Versuche die Freizügigkeit der Arbeiter irgendwie zu beschränken, an dem geschlossenen Widerstande der Arbeiter gescheitert sind. Scheitern wird auch die Meinung, dass die Demobilisierung in einem gewissen Rahmen und einer vorher bestimmten Zeitfolge zu regeln sein wird. Eine fallweise Entlassung der Eingerückten wird an dem starken Willen, der seit so langer Zeit im Felde Stehenden endlich nach Hause zu kommen, scheitern. Ich bin daher immer dafür eingetreten, dass soviel Arbeit als irgend möglich, bereit zu stellen ist und bei den Friedensverhandlungen auf die möglichst umfangreiche Zufuhr von Rohprodukten gedrungen werden müsse. Die schönsten Berechnungen über eine stufenweise Heimsendung der Eingerückten werden an dem vorhandenen elementaren Bedürfnisse scheitern, welches diejenigen hegen, die in einer Zahl von Hunderttausenden bereits über das militärflichtige Alter hinausgegangen im Felde stehen. Ich bin daher in verschiedenen Konferenzen bei den staatlichen Stellen dafür eingetreten, dass die Unterhaltsbeiträge durch eine gewisse Zeit, wenigstens, aber ein halbes Jahr nach der Demobilisierung weiter gezahlt werden. Wenn ich neuerlich auf den beantragten Beirat zu sprechen komme, muss ich sagen, dass dieser das überflüssigste Ding der Welt ist. Schon im Jahre 1907 anlässlich der Budgetdebatte haben wir verlangt, dass die gesamte Verwaltung des Arbeitsvermittlungsamtes einem Beirat übergeben werde, welche paritätisch aus Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengesetzt ist. Von dieser unserer Forderung ist seither niemihr die Rede gewesen und wird diese auch in dem vorliegenden Antrage nicht erfüllt.

In dem städt. Arbeitsvermittlungsamte wird die Vermittlung hauptsächlich von nicht qualifizierten Arbeitern durchgeführt, während jene von qualifizierten Arbeitern von den Gewerkschaften besorgt wird. Es ist notwendig, dass Stellen, welche vom Arbeitsvermittlungsamte infolge Mangels an Arbeitern nicht besetzt werden können, an die gewerkschaftlichen Organisationen weitergegeben werden und so zur Besetzung gelangen. Aus diesen Gründen ist eine enge Verbindung des Vermittlungsamtes mit den gewerkschaftlichen Organisationen notwendig und diese Verbindung würde eben am besten der paritätische Ausschuss herstellen.

Gr. Rummelhardt: Auch der vorliegende Antrag des Stadtrates ist wieder eine Etappe für den Fortschritt der Gemeindeverwaltung auf wahrhaft sozialem Gebiete, ein Ehrenzeichen für die Gemeinde, die ein Amt schafft, in dem die Arbeiter all das finden, was sie von der Gemeinde verlangen können. Wenn die Forderungen des Vorredners erfüllt werden sollen, so ist dies nur auf dem Wege möglich, dass eine Reform des ganzen Magistrates stattfindet. Der vom Stadtrate vorgeschlagene Beirat wird sehr wohlthätig wirken, indem er die Initiative für so manche Betätigung geben, dadurch das Amt vor einer Bursau-

3
Eine Friedenskundgebung der Frauenhilfsaktion. Die Vorsitzende der Frauenhilfsaktion im Kriege Frau Berta Weiskirchner hat heute nachstehende Friedenskundgebung der Frauenhilfsaktion dem Minister des Aeußern Grafen Czernin übersendet: Der Zentraldamenbeirat der Frauenhilfsaktion im Kriege, fühlt sich berufen im Namen aller Organisationen den Friedenswillen der Frauen Wiens zu bekunden. Die verbündeten Staaten der Zentralmächte haben den Beweis erbracht, dass sie mit den Waffen nicht zu besiegen sind und den eisernen Willen und die Kraft haben durchzuhalten. Dieses nutzlose, furchtbare Vernichtungswüten zu beenden ist der sehnlichste Wunsch der ganzen Welt, aber ganz besonders der Frauen. Ergeben und stark tragen sie alle Kriegsleiden, es verursacht ihnen aber der Gedanke doppelten Schmerz, daß zweckloses Blutvergießen uns dem Kriegsende keinen Schritt näher bringt, sondern als Familienzerstörer Not und Armut über die schuldlosen verlassenen Frauen und Kinder bringt, sie der Ausbeutung durch Kriegswucher preisgibt und ganze Länder dem wirtschaftlichen Ruin entgegenführt.

Die Entartung und Verrohung der heranwachsenden Jugend, die der Erziehung und Führung der Eltern entbehren muß, weil der Vater im Felde steht und die Mutter dem Erwerbe nachgeht oder auf Lebensmittelsuche ist, macht sich heute schon fühlbar und die Teuerung richtet viele Familien, die vor dem Kriege gut versorgt waren, gänzlich zugrunde. Solange es notwendig sein wird, alle diese schweren Schäden zu ertragen, wird die Frauen Wiens weder Hunger noch schwere Arbeit oder andere Lasten veranlassen, um Frieden zu bitten, sie sind aber jederzeit bereit ihren Friedenswillen zu äußern, denselben zu vertreten und dafür Opfer zu bringen.

Abgabe von Saatkartoffeln an die Kriegsgemüsegärtner. Die Kriegsgemüsegärtner des 13., 14., 15., 16. und 17. Bezirkes erhalten das Saatgut in der Abgabestelle 17. Richtigshausenstraße 2 (Hernalser-Schlachthaus), die der Bezirke 18., 19., 20. und 21. im Lager 19. Hardtgasgasse 24 (Kuffnerkeller).

kratisierung bewahren wird, andererseits wird der Beirat eine gewisse Kontrolle ausüben. Der Redner spricht sodann über die Demobilisierung und erklärt, dass jeder im Saale wünsche, dass die Eingerrückten sofort nach Beendigung des Krieges alle ohne Unterschied wieder entlassen werden. Die qualifizierten Arbeiter werden gewiss bald wieder Arbeit finden. Wenn der Zufluss etwas eingeschränkt wird, so werde dies ein Segen sein für die Stadt Wien, aber auch für die qualifizierten und bodenständigen Arbeiter. Die neue Vnlage sei ein Beweis, dass die Gemeinde in der Friedensrüstung auf allen Gebieten bestens vorsorgt. Bezüglich der Ausgestaltung des neuen Amtes werden aus den Reihen der Gemeinderäte der Arbeiterorganisationen und der Unternehmer so viele Anregungen kommen, dass das Arbeiterfürsorgeamt sich ebenfalls zum Stolz der Gemeinde entwickeln wird. (Lebhafter Beifall)

GR. Dr. Hein: Die Versuche, den Strom der Rückkehrenden von der Gemeinde Wien abzuleiten, haben kaum Aussicht auf Erfolg, im Interesse der Reichshauptstadt sei aber auch eine Beschränkung der Freizügigkeit gar nicht zu wünschen. Der Redner setzt sich ebenfalls für die Schaffung eines Ausschusses anstatt eines Beirates ein und stellt einen diesbezüglichen Antrag. Soll dieser Antrag nicht die Mehrheit erlangen, so möge wenigstens der Stadtratsantrag dahin abgeändert werden, dass der Beirat das Recht erhält, unmittelbar an dem Gemeinderat seine Anträge zu stellen. Redner schließt: Der Referent hat von einem neuen Geiste gesprochen, von der Morgenröte einer neuen Zeit. Wenn das Arbeiterfürsorgeamt seine Aufgabe erfüllen soll, dann muss es frei sein

von jeder Engherzigkeit. Bahrfrei für jeden Tüchtigen, wird auch unsere Lösung sein müssen. Jede Arbeitskraft wird auszunützen sein, ohne Rücksichten auf die Anschauungen, die hier in der Gemeinde gelten, ohne Rücksichten auf Konfession und Stand. Nur unter diesen Voraussetzungen wird das Arbeiterfürsorgeamt seine segensreiche Aufgabe wahrhaft erfüllen.

VB. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

GR. v. Findenigg betont, dass die Arbeitslosenfrage vor allem durch zwei grosse Momente beherrscht werde und zwar durch die Beschaffung des Materials und die Bereitstellung von Verkehrsmittel. Dies aber seien Dinge, welche nicht die Gemeinde regeln könne, sondern wofür andere Faktoren massgebend sind, er möchte daher den Kollegen Reumann bitten, im ja nun bald zusammentretenden Reichsrat mit aller Energie dafür einzutreten, dass die vielen guten Anträge und Anregungen der Gemeinde von Seite der Regierung auch eine entsprechende Würdigung erfahren.

GR. Schlechter: Wir sind heute wieder im Begriffe auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge ein ausserordentliches Werk zu schaffen, welches beweist, von welchem Geiste der ganze Gemeinderat beseelt ist. Er verdient hiefür seine volle Anerkennung ohne Rücksicht darauf, ob derartige sozialpolitische Anträge von Seite der Mehrheit kommen oder nicht. Sie beweisen, dass der Gemeinderat in seiner heutigen Majorität nicht dahinstrebt, bloß mit Phrasen zu kämpfen sondern ernsthaft auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge für alle Schichten der Bevölkerung sein Möglichstes zu leisten.

Nach einem Schlussworte des Referenten GR. von Steiner werden seine Anträge angenommen.

GR. Dr. Haas berichtet neuerlich über die Ueberweisung eines Teiles der Steuerzuschläge zum Wr. Krankenanstaltenfond an die Gemeinde Wien.

GR. Reumann führt aus, dass die Fassung des Beschlusses wohl in einer einfacheren, leichter verständlichen Form hätte erfolgen können. Wenn schon eine Sanierung des Krankenanstaltenfonds durchgeführt wird, müsse man selbstverständlich gleichzeitig verlangen, dass ein Teil dieser Einnahmen dem Jubiläumsspital der Gemeinde zugeführt werde, das ja im eminentesten Sinne zur Behebung der Spitalsnot in Wien diene. Er selbst stehe auf dem Standpunkte, dass die Sanierung des Fonds eine unbedingt dringliche Angelegenheit gewesen sei, da man nicht fortwährend mit der Erhöhung der Verpflegskosten forwirtschaften konnte. Er spreche sich infolgedessen auch gegen den Passus in den Referentenanträgen aus, wonach abermals eine solche Verpflegstaxenerhöhung hätte versucht werden sollen. Weiters müsse der Gemeinderat fordern, dass die Verpflegskosten in sämtlichen Spitälern auch durch eine rationellere Wirtschaft in der Beschaffung der Verpflegsmaterialien herabgedrückt werden.

GR. v. Steiner führt aus, dass der Gemeinderat bereits das letzte Mal seiner Meinung Ausdruck gegeben habe, dass es nicht angehe, auf Grund des Paragraph 14 Zuschläge zu direkten Steuern einzuführen und zwar ohne Zustimmung der berufenen Faktoren, in diesem Falle der Landes-Ausschüsse. Er glaube auch nicht, dass mit diesen Zuschlägen, wie sie jetzt verfügt wurden, eine wirkliche Sanierung möglich sei. Die Krankenhausfrage sei die einzig ungelöste Frage seit dem christlich-sozialen Regime in der Gemeinde und dem Landtage und er glaube wohl sagen zu dürfen, dass sie schon lange geregelt wäre, wenn sie in die Kompetenz dieser Körperschaften fallen würde. Er stellt schliesslich folgenden Antrag:

Mit Rücksicht darauf, dass die öffentlichen Spitälern in Wien durch drei Instanzen verwaltet werden und zwar das Ministerium des Innern, den Krankenanstaltenfond und die Gemeinde, stellt der Gemeinderat die dringende Bitte, die Regierung möge behufs Neuregelung des gesamten Sanitätswesens, Uebernahme der Kliniken durch das Unterrichts-Ministerium, sowie der Verwaltung öffentlicher Spitälern in Wien sofort mit dem n.ö. Landes-Ausschüsse und der Gemeinde Wien in Verhandlung treten.

Gr. Dr. Loewenstein bespricht die Frage einer Regelung der gesamten Sanitätspflege in Oesterreich. Dieselbe, erklärt der Redner, befindet sich eigentlich in einem vollkommen desorganisierten Zustande. Das Reichssanitätsgesetz entspricht mit Rücksicht auf die Fortschritte in der Medizin durchaus nicht mehr den Anforderungen und ausserdem ist das ganze Sanitätswesen in Oesterreich zersplittert, weil jedes Ministerium seine Sanitätspflege im eigenen Wirkungskreise verwaltet. Dazu sind noch für die einzelnen Länder Gesetze geschaffen worden, welche nur in diesem Geltung haben, so dass auf dem Gebiete der Sanitätspflege äusserst ungesunde Verhältnisse entstanden sind. Gerade jetzt, wo wir die ganzen Fragen der sozial-hygienischen Vorkehrungen zu lösen haben, kann nur von einer einheitlichen Zentralstelle aus das gesamte Sanitätswesen geregelt werden. Weil eine solche Zentralstelle fehlt, werden auch die merkwürdigsten Bestimmungen erlassen, wie das Organisationsstatut der österreichischen Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose, das den Anschein erweckt, dass es der Regierung nicht ernst ist, Tuberkulosebekämpfung in jenem Masse durchzuführen, wie es im Interesse der Bevölkerung und im Interesse des Staates notwendig ist. Wohltätigkeitsfeste zu veranstalten um die Gesundung der Bevölkerung herbeizuführen, das ist nahezu eine Lächerlichkeit. Wir müssen aus diesem Kriege die Erfahrung schöpfen, dass wir unbedingt Mittel aufbringen müssen, aber nicht durch Vorstellungen und durch Legate oder andere Zufälligkeiten, sondern Mittel aus dem Staatsvermögen und da gibt es nur den einen Weg, der auf die Einführung einer Reichssanitätssteuer weist. Man spricht jetzt viel von der beabsichtigten Schaffung eines Ministeriums für soziale Fürsorge, hoffentlich wird man diesen Plan nicht wieder durchführen, ohne die Fachmänner gefragt zu haben, so wie das bei den Organisationsstatut für die Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose der Fall war. Der Redner stellt schliesslich den folgenden Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschliessen, die Regierung werde aufgefordert ein im Interesse des Staates, der Länder und Gemeinden unbedingt notwendige Reform des Reichssanitätsgesetzes ehestens vorzunehmen und eine Zentralstelle für das gesamte Sanitätswesen zu schaffen.

In seinem Schlussworte tritt der Berichterstatter für die Annahme der Anträge von Steiner und Dr. Loewenstein ein und betont, dass es der Gemeinde ferne gelegen sei, eine Erhöhung der Spitalskosten durchzuführen, wenn sie nicht dazu durch die dringendste Notwendigkeit gezwungen wird.

Hierauf werden die Anträge des Berichterstatters sowie die Anträge von Steiner und Loewenstein, erstere mit den in der Wechselrede beantragten Aenderungen des Motivenberichtes zum Beschlusse erhoben.

STR. Dr. Haas beantragt die Erhöhung der Gebühren für die supplierenden städtischen Aerzte.

GR. Dr. Loewenstein hebt die grossen Verdienste der Aerzteschaft in der Frage der Seuchenbekämpfung hervor und anerkennt die Leistungen des Stadtphysikates und seines ausgezeichneten Leiters Dr. Böhm. Er bittet auf die grosse Ueberbürdung der Aerzteschaft Rücksicht zu nehmen und diese so weit als möglich auszugestalten.

Hierauf wird der Antrag des Berichterstatters angenommen.

Vize-Bgm. Rain übernimmt den Vorsitz.

STR. Frass legt den Tätigkeitsbericht des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes vor.

GR. Bretschneider bezeichnet dies als einen Fortschritt, dass dieser Bericht nunmehr in öffentlicher Sitzung des Gemeinderates erörtert werde. Er beklagt es, dass infolge des Arbeitermangels die Arbeiterschutzbestimmungen ganz aufgehoben sind und dass die Arbeiter fast durchwegs Ueberstunden machen, und Sonntag arbeiten müssen, so dass sie ihre ganze Kraft verbrauchen. Er bespricht sodann die Notwendigkeit der Einführung einer Arbeitslosenversicherung und setzt sich für die Schaffung eines paritätischen Ausschusses ein.

GR. Reumann vermisst im heutigen Berichte die in den früheren Berichten enthaltene Uebersichtstabelle über die Löhne. Er wünscht, dass diese Tabellen in die künftigen Berichte wieder aufgenommen werden.
Nach dem Schlussworte des Referenten wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

4
StR. Zatzka : beantragt die Verpachtung ^{einer} ~~der~~ städt. Liegenschaft in Oberbaumgarten an Franz und Antonie Wieninger.

GR. Skaret ist gegen die lange Dauer der Verpachtung, die auf 40 Jahre erfolgen sollte, was man nicht anders als eine Gefälligkeit nennen könne. Mit Rücksicht auf die zu erwartende Entwicklung des Bezirksteiles werde der Umstand, dass der Grund ~~xxxx~~ 40 Jahre lang nicht verbaut werden könne für die Wohnungsfrage von grossem Nachteile sein. Er beantragt, die Rückverweisung des Antrages an den Stadtrat. Nach Ablehnung des Rückverweisungsantrages und dem Schlussworte des Berichterstatters in dem dieser den Ausdruck Gefälligkeit entschieden zurückweist, wird der Stadtratsantrag angenommen.

Stadtrat Zatzka : beantragt der österr. ungar. Automaten-gesellschaft Brüder Stollwerk & Co., städt. Gründe an der ~~xxxx~~ ^{Koll} ~~xxxx~~ ^{und} Hofbauergasse im XII., Bezirke im Ausmasse von rund 685 Quadratmetern um 75.000 Kronen zu verkaufen. Dieser Antrag wird ohne Debatte genehmigt.

Nach einem Antrage des Str. Heinar. Schmid wird die Schlussrechnung über das Kleinwohnungs-, Werkstätten- und Lagerkellergebäude auf der Freihaus-Realität im IV. Bezirk genehmigt.

GR. Panosch beantragt den Ankauf der Rudolf Kaftanschen Uhrensammlung.

GR. Skaret ist gegen den Ankauf und erklärt, wenn man eine Preisausschreibung mit noch so hohem Preise gemacht hätte, über die Frage, was der Gemeinde Wien noch fehle, so wäre sicherlich niemand auf die Idee einer Uhrensammlung verfallen. Die Sammlung habe einen ganz spezifischen Wert und ermögliche nur eine historische Erforschung im Uhrmachergewerbe. Nachdem sie nicht im Interesse der Allgemeinheit sei, werde er dagegen stimmen.

GP. Lohner hätte gewünscht, dass die Sammlung vom technischen Museum angekauft werde. Nachdem dessen Geldmitteln erschöpft seien, sei es allerdings im Interesse der Stadt Wien gelegen, die Sammlung hier zu erhalten, nachdem erfahrungsgemäss Sammlungen eine ganz bedeutende Anziehungskraft haben.

Bei der Abstimmung des Referentenantrages wird der Antrag genehmigt.

GR. Spalowsky berichtet über Abänderungen und Ergänzungen der Bestimmungen betreffend die Krankenversicherung der städtischen Arbeiter.

GR. Reumann erklärt, dass seine Parteigenossen selbstverständlich für den Antrag des Berichterstatters stimmen werden, ~~xxxx~~ doch sei es bedauerlich, dass die Gemeinde Wien in der Frage der Angehörigenversicherung gewissen Strömungen gegen dieselbe, die sich in der Aerzteschaft bemerkbar machten, Vorschub ^{geleistet} ~~gemacht~~ habe. Die Krankenkassen haben sich schon jetzt für die Angehörigenversicherung entschieden und werden deren Durchführung versuchen ohne mit den Aerzten in ein Ver-~~xxx~~tragsverhältnis einzugehen. Auch die Stadt Wien könnte sich einer solchen Form bedienen und auch der Frage der Schwangerschaftsunterstützung näher treten. Bezüglich der Stillprämien wünscht Redner deren Ausdehnung vom 12 Wochen betragenden Minimum auf 26 Wochen.

DR. Loewenstein erklärt, dass die Aerzteschaft gegen die Einführung der Familienversicherung auch während des Krieges keine Einwendungen erhebe. Der Kampf bezüglich dieser Versicherung bewegte sich bis jetzt zwischen den Krankenkassen und der Aerzteschaft um die Frage der freien Arztwahl und die Aerztekammer habe sofort nach der Verlautbarung des neuen Krankenkassengesetzes eine Fühlungnahme mit den Krankenkassen gesucht. Die Aerzteschaft werde sicherlich alles mögliche tun um ein Einvernehmen mit den Krankenkassen hinsichtlich der Familienversicherung zu erzielen.

Nach dem Schlusswort des Referenten wird der Stadtratsantrag genehmigt.

STR. Tomola beantragt die Herausgabe eines Gedankbuches an Kaiser Franz Josef I. für die Wiener Schuljugend, hierfür sei ein Betrag von 260.000 Kronen zu bewilligen.

174

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Samstag, 5. Mai 1917. Nr. 174.

Vermehrung der Stadtratsmandate. Der Statthalter hat an den Bürgermeister nachstehenden Erlaß gerichtet: „Seine k.u.k. Apostolische Majestät haben in Genehmigung des Beschlusses des niederösterreichischen Landesauschusses vom 2. Jänner 1917 allergnädigst zu gestatten geruht, daß bis zur endgiltigen Regelung der Stadtrat der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien aus dem Bürgermeister und den drei Vizebürgermeistern sowie aus dreißig Mitgliedern bestehe, die vom Gemeinderate aus seiner Mitte für die Dauer von sechs Jahren gewählt werden, sofern sie nicht mit Rücksicht auf den Zeitpunkt ihrer Wahl zu Gemeinderatsmitgliedern früher aus dem Gemeinderate auszuscheiden haben. Hievon beehre ich mich infolge Erlasses des k.k. Ministeriums des Innern vom 30. April 1917 Mitteilung zu machen. Die Kundmachung dieses Allerhöchst genehmigten Landesauschußbeschlusses in dem Landesgesetz- und Verordnungsblatt für Niederösterreich wird unter einem veranlaßt.“

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche Donnerstag und Freitag zu Sitzungen zusammen. - Freitag, den 11. d.M. 4 Uhr nachmittags findet die konstituierende Sitzung des Gemeinderatsauschusses zur Beratung einer Neuordnung der Gemeindeverfassung und des Gemeindevahlrechtes statt. - Donnerstag, den 10. d.M. wird der Bürgermeister dem Obmann-Stellvertreter des Armeninstitutes für den 13. Bezirk Leopold Blach und dem Oberlehrer i.R. Franz Krispin, welchen der Gemeinderat das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen verliehen hat, den Bürgereid abnehmen sowie Ehrenmedaillen für 40jährige treue Dienste und für Verdienste um das Feuerwehrewesen überreichen.

Auszeichnung. Marktamts-Oberinspektor Karl Philipp wurde durch die Verleihung des Ehrenzeichens 2. Klasse vom Roten Kreuz mit der Kriegsddekoration ausgezeichnet. Dem unermüdlchen und verdienstvollen Beamten obliegen neben seinen im Kriege doppelt schwierigen Geschäften als Leiter der Großmarkthalle auch die markt- und sanitätspolizeilichen Revisionen in den Kasernen und Spitälern.

Aus der vertraulichen Gemeinderats-Sitzung. Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen vertraulichen Sitzung nach einem Berichte des Vizebürgermeisters Hierhammer dem Magistratsrate Dr. Viktor Winkler in Anerkennung seiner vieljährigen hervorragenden Dienstleistung den Titel „Obermagistratsrat“ verliehen. Der Titular-Magistratsrat Dr. Alois Sagmeister wird in Anerkennung seiner fortgesetzt besonders hervorragenden Dienstleistung ad personam zum wirklichen Magistratsrate ernannt. In Anerkennung ihrer hervorragenden Dienstleistung während des Krieges wird den Magistrats-Sekretären Dr. Adolf Wanschura und Dr. Johann Fastenbauer der Titel „Magistratsrat“ und den Magistrats-Oberkommissären Dr. Josef Förster und Robert Jiresch der Titel „Magistrats-Sekretär“ verliehen. Dem Magistrats-Sekretär Josef Gold wird zu seinen Bezügen eine Personalzulage in dem Differenzbetrage zwischen seinen derzeitigen Dienstbezügen und den Grundbezügen der 6. Rangklasse bewilligt. Nach einem Berichte des Vizebürgermeisters Hoß wird dem Titular-Baurate Gustav B. Wärmer anlässlich der Versetzung in den bleibenden Ruhestand eine Ehrengabe zuerkannt. Dem Konstrukteur im Stadtbauamte Josef Lager werden die

Bezüge der 7. Rangklasse zuerkannt. Nach einem Antrage des Stadtrates Schmid wird der Magistrats-Oberkommissär Dr. Rudolf Jonas ad personam zum Direktionssekretär der städtischen Elektrizitätswerke und der Buchhaltung-Vorstand der städtischen Elektrizitätswerke Theodor Spitzer extra statum zum Oberinspektor ernannt. Der technische Beamte der städtischen Elektrizitätswerke Josef Schutja wird ad personam zum technischen Beamten 1. Klasse befördert.

Städtische Bäder. Das städtische Strombad bei der Augartenbrücke im 9. Bezirk wurde heute eröffnet. Die Eröffnung der übrigen städtischen Sommerbäder wird ebenfalls bereits in nächster Zeit erfolgen.

Landaufenthalt für Wiener Kinder. Alle Vereine, die auch heuer Wiener Kindern einen Landaufenthalt ermöglichen wollen, werden eingeladen, der Zentralstelle 1. Bezirk Neues Rathaus die Anzahl der Kinder, die Dauer des Landaufenthaltes und den hiezu unumgänglichsten Bedarf an Lebensmitteln bis längstens 19. Mai d.J. schriftlich bekanntzugeben. Um nach Möglichkeit fördernd eingreifen zu können, muß der Zentralstelle vorerst der notwendigste Bedarf an Lebensmitteln und zwar nach Menge und Gattung bekannt sein.

WIENER STADTRAT.

Sitzung vom 3. Mai.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die VB. Hierhammer, Hoß, Rain
VB. Hoß beantragt zur Durchführung des Baues der Kaiser Karl-Kriegerheimstätte die Errichtung einer Schleppliseanlage und zwar von der Linie Stadlau-Marchegg bis zum Bauplatz. Die Kosten werden vom Wiener Kriegerheimstättenfonds getragen. (Ang.)

Nach einem Antrage des Stadtrates Tomola werden Gleiserneuerungen u. zw. an der Ecke Johannesgasse - Heumarkt mit den Kosten von 20 000 K, auf der Markthallenbrücke im 3. Bezirk mit den Kosten von 30 000 K, an der Ecke Taborstraße - Nordbahnstraße und Ecke Nordbahnstraße - Dreednerstraße mit den Kosten von 51 000 K, in der Wiedner Hauptstraße zwischen Wimmergasse und Kompertstraße mit den Kosten von 54 000 K, in der Hugelgasse im 14. Bezirk mit den Kosten von 29 000 K und Ecke Favoritenstraße - Paulanerkirche und in der Wiedner Hauptstraße zwischen Paulanergasse und Mozartgasse mit den Kosten von 13 000 K und 22 000 K genehmigt.

StR Zatzka beantragt die Anlage eigener Gräber am Ottakringer Friedhof. (Ang.)

StR Dechant beantragt die Einrichtung der elektrischen Glühlampenbeleuchtung des sogenannten Pospischilweges zwischen der Sieveringer Straße und der Weinberggasse im 19. Bezirk. (Ang.)

Dem Verkauf städtischer Gründe an der Peter Jordanstraße im 19. Bezirk im Ausmaße von 35.18 m² um 850 Kronen zur Arrondierung einer Liegenschaft wird zugestimmt.

StR Zatzka beantragt für die Wasserversorgung der beim Wasserbehälter Breitensee gelegenen Liegenschaften die Verlegung eines 150 mm Rohrstanges vom Flötzersteige aus in der künftigen westlichen und eines anderen 100 millimetrischen in der südlichen Begrenzungsstraße dieses Wasserbehälters mit den Kosten von 15 000 K. (Ang.)

Für einen Kanalneubau in der Breitenseerstraße vom derzeitigen Vorkopf nächst der Altebergenstraße bis zur unbenannten Straße 21 östlich des Wasserbehälters Breitensee, sowie in dieser Straße und in der Neuen Gasse südlich des Wasserbehälters werden 33 800 K bewilligt.

Ehrenpreis. Der Gemeinderat hat nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hierhammer dem Wiener Trabrennverein wie in den Vorjahren für das inländischen Trabern reservierte Rennen mit dem Titel „Preis der Stadt Wien“ einen Ehrenpreis von 200 Dukaten bewilligt.

Subventionen. Vom Gemeinderate wurde nach einem Antrage des Stadtrates Tomola den Wiener Philharmonikern eine Subvention von 2000 K und der Architekten-Vereinigung „Wiener Bauhütte“ eine Subvention von 500 Kronen bewilligt.

Errichtung einer Kinder-Erholungsstätte. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des Stadtrates Poyer einen Grund in Hütteldorf nächst der Rieglerhütte im Ausmaße von ungefähr 5700 m² dem Arbeiterverein Kinderfreunde für Oesterreich, Landesverein Niederösterreich, zur Errichtung einer Kindererholungsstätte für 120 Kinder für die Zeit vom 1. Mai 1917 bis 31. Oktober 1922 zu verpachten. Der jährliche Pachtschilling beträgt 60 K und ist in vier Raten zu bezahlen.

Die Lebensmittelstelle des Vereines der Beamten der Stadt Wien 1. Bezirk Bartensteingasse 13 bleibt wegen Herstellungsarbeiten zur Vergrößerung der Verkaufsräume vorläufig Montag, den 7. Mai geschlossen. Dienstag wird der Verkauf wieder aufgenommen. Es wird weiter zur Kenntnis gebracht, daß aus demselben Grunde eine nochmalige Verkaufseinstellung im Monate Mai eintreten muß, welche rechtzeitig veröffentlicht werden wird.

175

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Wien, Samstag, 5. Mai 1917. Abends. Nr. 185.

Gemeindehäringe. Von Montag angefangen gelangen auf den Märkten Häringe zum Preise von 44 h per Stück gegen Vorweisung der blauen oder gelben Mehlbezugskarte zur Abgabe. Eine Partei erhält höchstens 2 Stück.

Abgabe von Ersatznahrungsmitteln statt Kartoffeln. Die Anbau-tätigkeit und die unbedingt nötige Vorsorge für Saatkartoffeln behindern noch immer die Zufuhren von Speisekartoffeln. Die Gemeinde ist daher nicht in der Lage nächste Woche Speisekartoffeln abzugeben. Es werden dafür Sauerkraut, Julienne, (Mischgemüse) und böhmischer Pflaumenmuß (gesüßter Powidl) auf die Märkte gebracht. Die genannten Waren werden gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte abgegeben. Die Preise stellen sich für Sauerkraut auf 70 Heller für 1kg, für Julienne auf 80 h für 10 dkg und bei Pflaumenmuß auf K 2,40 für ein Kilogramm. Es wird aufmerksam gemacht, daß Julienne nicht bloß als Zutat zur Suppe verwendet werden kann, sondern sich als Mischgemüse vollkommen zur Bereitung von Zuspisen eignen.

Den Bemühungen des Magistrates ist es gelungen, von der Regierung noch einige Waggons Haferreis zugewiesen zu erhalten. Dieser Haferreis dient zur Befriedigung jener Parteien, welche in der abgelaufenen Woche weder Kartoffeln noch Haferreis erhalten haben. Die Abgabe erfolgt an diese Nachzügler gegen Durchlochung des Buchstabens R des Wortes Residenzstadt der Mehlbezugskarte und zwar am Donnerstag an die Parteien mit den Anfangsbuchstaben des Zunamens A bis L, am Freitag M bis Z. bei den Kartoffelabgabestellen.

176

Wiener Rathaus Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Montag, 7. Mai 1917. Nr. 176.

Rückgabe der für Militärzwecke überlassenen Schulgebäude. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat am 10. April d.J. an den Ministerpräsidenten nachstehendes Ersuchen gerichtet: „Als in den Ferien des Jahres 1914 der Weltkrieg entbrannte, stellten die Gemeinde Wien und der Wiener Bezirksschulrat in Erkenntnis der Notwendigkeit, daß für die Unterbringung der mobilisierten Soldaten und in späterer Folge der Kranken und rekonvaleszenten Krieger in ausreichendem Maße und zweckmäßigster Weise Vorsorge getroffen werden müsse, eine namhafte Zahl von Schulgebäuden für Militärzwecke zur Verfügung. Trotz dieses Ausfalles von Unterrichtsstätten sollten die betroffenen Schulkinder auch nicht für kurze Zeit ohne Unterricht belassen werden und es wurde daher seitens der Schulfaktoren zu Notbehelfen gegriffen, um die Schuljugend wenigstens einige Stunden täglich in den für Unterrichtszwecke verfügbar gebliebenen Schulen zu sammeln, bzw. zu unterrichten. Die hiefür getroffenen Maßnahmen (Wechsel-, Halbtags-, Drittelunterricht) hätten für die anfänglich angenommene Kriegsdauer zur Not ausgereicht. Nun stehen wir aber bereits im 33. Kriegesmonate. Die Kinder aus den armen Bevölkerungsschichten sind, da die Väter zumeist eingezogen sind, die Mütter einem Erwerbe nachgehen oder sonst wie den Unterhalt für ihre Familien zu beschaffen suchen müssen, die ganze Zeit über, während welcher sie nicht in der Schule sind, sich selbst überlassen. Ein solcher Zustand ist geeignet, einen unheilvollen Einfluß auf Zucht und Sitte der Kinder auszuüben. Abgesehen von der bei einem Teil der Jugend zu Tage tretenden Verwilderung darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die ganze Schuljugend, die durch Jahre hindurch nicht mehr mit dem lehrplanmäßigen Wissen ausgestattet wird, eine nicht wieder gut zu machende Einbuße erleidet. Gemeinde und Bezirksschulrat ersehen nun kein anderes Mittel, um der Gefahr, die für die Zukunft der Kinder und der menschlichen Gesellschaft überhaupt einen immer bedrohlicheren Umfang annimmt, wirksam zu begegnen, als daß so bald wie möglich der volle Schulbetrieb wieder aufgenommen werde. Auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des k.k. Bezirksschulrates Wien richte ich daher an die hohe Regierung die Bitte, es wolle mit allem Nachdrucke auf die Militärverwaltung einwirken, daß mit aller Beschleunigung - wenn auch sukzessive - und unter Berücksichtigung der für die Wiederinstandsetzung bei den jetzigen Verhältnissen nötigen Zeit, derart rechtzeitig die Schulgebäude benützungsfähig zurückgegeben werden, damit der volle und ungestörte Schulbetrieb mit Beginn des kommenden Schuljahres (September 1917) aufgenommen werden könne.“

Anton Hlavacek. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat nachstehendes Schreiben an Maler Anton Hlavacek gerichtet: „Die kunstsinnige Bevölkerung Ihrer Vaterstadt begeht mit Ihnen zugleich das Fest Ihres 75. Geburtstages; aus Sie der Kunst und den Wienern gegeben haben im Laufe Ihres schaffensreichen Lebens, das kommt vergeltend zum Ausdruck in den innigen Wünschen, die Ihnen an diesem Gedenktage entgegengebracht werden. In aufrichtiger Dankbarkeit stehen wir vor Ihren Werken und bitten den Allmächtigen, daß er Sie weiter in seinen Schutz nehme und daß Sie der Kunst und Ihren Mitbürgern bis an die äußersten Grenzen menschlichen Lebens erhalte. Die

Stadt Wien, die mit Recht stolz ist auf ihren Sohn, hat wiederholt Gelegenheit gefunden, ihrer Anerkennung und Hochschätzung Ausdruck zu geben; möge es Ihnen vergönnt sein, in dem Sie verehrenden Kreise Ihrer Mitbürger noch viele Jahre des kommenden Friedens bei Kraft und Gesundheit genießen zu können.“

Einrückung von Landsturmpflichtigen. In Erwiderung einer gestellten Anfrage teilt das Landesverteidigungsministerium mit, daß die gewährte Frist von 48 Stunden für Landsturmpflichtige, die einzurücken haben und bis zu einem gewissen Termin enthoben sind oder abgewiesen wurden, als ein stillschweigendes Zugeständnis aufzufassen ist, wonach der Einrückungspflichtige nicht straffällig wird, wenn er in der Lage ist nachzuweisen, daß diese Zeit für die Regelung persönlicher Verhältnisse erforderlich war.

Kriegsfürsorgefonds des Infanterie-Regimentes Nr. 99. Auf Rechnung der Interessen des Kriegsfürsorgefonds des k.u.k. Infanterie-Regimentes Nr. 99 können bedürftige Waisen nach Mannschaftspersonen des Regimentes, die während der infolge des Krieges gestorben sind, mit Beträgen von 50 bis 300 Kronen beteiligt werden. Die Gesuche sind von der Mutter oder vom Vormund solcher in Wien wohnhafter Waisenkinder beim Wiener Magistrate Abteilung XI bis längstens 8. Juni d.J. einzubringen. Beizulegen ist ein in allen Rubriken genau ausgefülltes, vom Armenrate befürwortetes und von der Armeninstitutsverwaltung gefertigtes Mittellosigkeitszeugnis. Formularien sind beim Armeninstitute des Wohnortes erhältlich.

Armenlotterie. Im Stadtrate legte Stadtrat Wessely einen Bericht über das Ergebnis der Wiener Armenlotterie im Jahre 1916 vor. Die Lotterie brachte für die Armen ein Reinerträgnis von 144.174 K. Das gegen das Vorjahr bedeutend günstigere Ergebnis ist darauf zurückzuführen, daß der Losabsatz im Jahre 1916 sich bedeutend steigerte. Bemerkenswert ist, daß im Jahre 1916 die Lose zum ersten Male wieder ausschließlich mit deutschem Texte ausgegeben wurden. Der Bericht wurde vom Stadtrate genehmigt und den Mitgliedern des zur Durchführung der Lotterie berufenen Komitees sowie jenen Gemeindefunktionären und Personen, welche die Lotterie gefördert haben, der Dank ausgesprochen.

Eine Friedenskundgebung der Frauenhilfsaktion. Die Vorsitzende der Frauenhilfsaktion im Kriege Frau Berta Weiskirchner hat nachstehende Friedenskundgebung der Frauenhilfsaktion dem Minister des Aeußern Grafen Czernin übersendet: „Der Zentraldamenbeirat der Frauenhilfsaktion im Kriege fühlt sich berufen im Namen aller Organisationen den Friedenswillen der Frauen Wiens zu bekunden. Die verbündeten Staaten der Zentralmächte haben den Beweis erbracht, daß sie mit den Waffen nicht zu besiegen sind und den eisernen Willen und die Kraft haben durchzuhalten. Dieses nutzlose, furchtbare Vernichtungswüten zu beenden ist der sehnlichste Wunsch der ganzen Welt, aber ganz besonders der Frauen. Ergeben und stark tragen sie alle Kriegsleiden, es verursacht ihnen aber der Gedanke doppelten Schmerz, daß zweckloses Blutvergießen uns dem Kriegsende keinen Schritt näher bringt, sondern als Familienzerstörer Not und Armut über die schuldlosen verlassenen Frauen und Kinder bringt, sie der Ausbeutung durch Kriegswucher preisgibt und ganze Länder dem wirtschaftlichen Ruin entgegenführt. Die Entartung und Verrohung der heranwachsenden Jugend, die der Erziehung und Führung der Eltern entbehren muß, weil der Vater im Felde steht und die Mutter dem Erwerbe nachgeht oder auf Lebensmittelauche ist, macht sich heute schon fühlbar und die Teuerung richtet viele Familien, die vor dem Kriege gut versorgt waren, gänzlich zugrunde. Solange es notwendig sein wird, alle diese schweren Schäden zu ertragen, wird die Frauen Wiens weder Hunger noch schwere Arbeit oder andere Lasten veran

lassen, um Frieden zu bitten, sie sind aber jederzeit bereit, ihren Friedenswillen zu äußern, denselben zu vertreten und dafür Opfer zu bringen.“

Das Geburtsfest der Kaiserin. Am Geburtstage der Kaiserin werden die Mitglieder des Gemeinderates einer feierlichen Messe in der Stefanskirche beiwohnen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat verfügt, daß an diesem Tage die städtischen Gebäude einschließlich dem Rathause beflaggt werden.

Straßenbahnlinie nach Leopoldau. Mittwoch, den 9. d.M. wird vorbehaltlich des günstigen Ergebnisses der technisch-polizeilichen Prüfung die neubaute Straßenbahnlinie von Floridsdorf nach Leopoldau eröffnet und gleichzeitig der Automobilstellwagenverkehr Kagran-Leopoldau-Floridsdorf eingestellt; letztere Maßregel ist mit Rücksicht auf die Benzolknappeit notwendig geworden. Die neue Straßenbahnlinie zweigt von der Linie durch die Schloßhoferstraße bei der Franz Zieglergasse ab und führt durch die Leopoldauerstraße bis zum ehemaligen Gemeindehaus in Leopoldau. Sie wird vom Floridsdorfer Bezirksamt (Am Spitz) aus betrieben und erhält die Linienbezeichnung 117; sie ist eine Rundlinie, liegt außerhalb der Zoneengrenze 4/5 und besteht aus den zwei Teilstrecken: Floridsdorf Am Spitz - Töllergasse und von dort bis Leopoldau. Das Zugsintervall beträgt 24 Minuten; die Linie ist eingleisig mit Ausweichen und ist 3 Kilometer lang sie erschließt ein großes zur Verbauung bestimmtes Gebiet. Die Fahrzeit Floridsdorf-Leopoldau beträgt 14 Minuten. Anlässlich der Eröffnung dieser Linie wird daran erinnert, daß die Gemeinde während der Kriegszeit schon zwei neue Linien erbaut und eröffnet hat und zwar die Linie von Favoriten nach Ober Laa (Rothneusiedl) und die Linie über die verlängerte Hetzendorfer Straße und Flurschützgasse im 12. Bezirk.

Hausdiener im Alter von 18 bis 60 Jahren und nach Wien zuständig werden im Neuen Rathause von der Rathaus-Verwaltung aufgenommen.

Die Bezirksvertretung Neubau hält Donnerstag, den 10. d.M. um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Freibrot für die Armen Wiens. Bekanntlich hat das Präsidium der Aktion „Freibrot für die Armen Wiens“ den 9. Mai, den Geburtstag Ihrer Majestät der Kaiserin als den ersten Tag der unentgeltlichen Ausgabe von Brot an Unbemittelte ausersehen. Zufolge Verfügung des Bürgermeisters haben sich die Arbeitskomitees der Frauenhilfsaktion in den einzelnen Bezirken, deren reger Tätigkeit die glatte Durchführung schon vieler Fürsorgeaktionen zu verdanken ist, auch hier wieder in den Dienst der Sache gestellt und die Erhebung der mit „Freibrot“ zu beteilenden Personen, die Ausfertigung von Legitimationen und die Ausgabe der „Freibrotmarken“ übernommen. Um allfälligen Mißverständnissen vorzubeugen, wird ausdrücklich aufmerksam gemacht, daß es sich nicht um brotkartenfreies Brot, also nicht um einen Zuschuß über die Brotbezugskarte handelt; der von dem Frauenarbeitskomitee mit der Freibrotlegitimation Bedachte erhält gegen Vorweisung seiner gültigen Brotbezugskarte, der Freibrotlegitimation und der Freibrotmarken nur sein gesetzliches Brotquantum, dieses aber unentgeltlich. Die Abgabestellen nehmen die Freibrotmarke an Zahlungstatt an und lösen sie bei ihrem Lieferanten ein, der wieder mit dem Komitee der Aktion I. Bezirk Dorotheerstraße 5 abrechnet. Die dem Komitee dank dem Opfersinn weiter Kreise bisher zur Verfügung stehenden Mittel gestatten ihm, vorläufig 12.500 Personen das tägliche Brot umsonst zu verschaffen.

177

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Montag, 7. Mai 1917. Abends. Nr. 177.

Abgabe von Rollgerste anstatt Haferreis. Die Abgabe von Haferreis an jene Parteien, welche in der vergangenen Woche weder Kartoffeln noch Haferreis erhalten konnten, ist nicht möglich, da die erforderlichen Mengen der Gemeinde nicht zur Verfügung ~~ist~~ gestellt wurden. Die betreffenden Parteien erhalten dafür Rollgerste und zwar in der Menge von 1/4 kg pro Kopf zum Preise von 20 Heller einschließlich Papiersack angefolgt. Die Abgabe findet nur bei jenen Kartoffelverkaufsstellen statt, welche auf den offenen Märkten und in den Markthallen bestehen. Im 8., 13. und 19. Bezirke wird die Rollgerste bei allen Kartoffelverkaufsstellen abgegeben, da in diesen Bezirken weder Märkte noch Markthallen bestehen. Die Abgabe erfolgt bereits am Mittwoch an die Parteien mit den Anfangsbuchstaben des Zunamens A bis L, Donnerstag M bis Z, gegen Durchlochung des Buchstabens R des Wortes Residenzstadt der Mehlbezugskarte. Es wird neuerlich ausdrücklich aufmerksam gemacht, daß Haushaltungen, welche in der verflossenen Woche entweder Kartoffeln oder Haferreis bezogen haben, keine Rollgerste erhalten können.

Zur Regelung des Besuches von Kurorten und Sommerfrischen.

Nach der gestern verlautbarten Statthaltereiverordnung vom 5. Mai 1917 haben Personen, die heuer mindestens 4 Wochen in einem Kurort oder eine Sommerfrische übersiedeln wollen, bis längstens 1. Juni 1917 bei der politischen Behörde ihres ständigen Wohnortes ihre Abmeldung zu erstatten. Ueber die Art der Durchführung dieser Verordnung wird in den nächsten Tagen das Nähere bekanntgegeben werden. Es empfiehlt sich daher mit der Abmeldung bis zum Erscheinen dieser Verlautbarung noch zuzuwarten.

178

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Wien, Dienstag, 8. Mai 1917. Nr. 178.

Todesfall. Gestern ist der Gemeinderat Theodor Dolezal, Inspektor der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Melk gestorben. Er ist im Jahre 1856 in Wien geboren und wurde zum ersten Mal im Jahre 1904 vom 2. Wahlkörper des Bezirkes Landstrasse in den Gemeinderat entsendet und im Jahre 1906 und 1912 neuerlich gewählt. Er war ein guter Kenner der Approvisionierungsverhältnisse und erstattete als Mitglied des gemeinderätlichen Approvisionierungsausschusses wiederholt größere Referate im Gemeinderate. Er war auch Mitglied des Lagerhausauschusses und des Kuratoriums der landwirtschaftlichen Viehverwertungsstelle. Im persönlichen Verkehr von außerordentlicher Liebenswürdigkeit erfreute er sich in den Kreisen seiner Gemeinderatskollegen großer Beliebtheit. Auch im Schifferverband wirkte er sehr verdienstvoll im Interesse der Beamten und Angestellten. Er war längere Zeit krank und war infolgedessen schon seit mehreren Monaten den Gemeinderatssitzungen fern geblieben. Das Leichenbegängnis findet morgen (Mittwoch) halb 4Uhr nachmittags in Melk statt.

179

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, 1., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 8. Mai 1917. Nr. 179.

Zentralverein für Volksernährung. Im Stadtrats-Sitzungssaal wurde gestern unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Hof die sehr gut besuchte Generalversammlung des Zentralvereines für Volksernährung (Suppen- und Tee-Anstalt) abgehalten, zu welcher der Minister des k.k. Amtes für Volksernährung Höfer und Bürgermeister Dr. Weiskirchner erschienen waren. Ferner wohnten der Sitzung bei: Gemeinderat Melcher, Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, die Obermagistratsräte Dr. Mayr und Dr. Dont, Oberrechnungsrat Löffler, die Magistrats-Sekretäre Dr. Roßkopf und Plank, ferner Dr. Daum, Hofrat Schiff, der Personaladjutant des Ernährungeministers Hauptmann Greger, Frau Kolm, u.a. - Vereinspräsident kaiserlicher Rat Lichtenstadt machte der Versammlung Mitteilung von der Uebernahme des Ehrenschutzes durch die Kaiserin und sprach hiefür den ehrfurchtsvollsten Dank aus. Der Jahresereignisse gedenkend, gab der Präsident dem Schmerze über den Tod des Kaisers Franz Josef Ausdruck und verband damit das Gelöbnis der Treue und Anhänglichkeit für Kaiser Karl und Kaiserin Zita. Der Verein hat im abgelaufenen Jahre eine außerordentlich starke Tätigkeit entfaltet. Die Zahl der verabreichten Portionen ist von 15 Millionen auf 25 Millionen gestiegen. Es wurden täglich rund 30.000 Personen verköstigt, darunter mehr als 10.000 Personen im Auftrage der Zentralstelle der Fürsorge. Für diese außerordentlich große Menge mußten die Lebensmittel beschafft werden und hierin unterstützten den Verein insbesondere das k.k. Amt für Volksernährung und Bürgermeister Dr. Weiskirchner. Mit bestem Danke gedachte er der Energie des Bürgermeisters und sagte: Nur wer den Bürgermeister unmittelbar an der Arbeit gesehen hat, wer eingeweiht war in die vielen schweren Kämpfe, die er zu bestehen hatte, damit Wiens Bevölkerung keinen Mangel leide, nur wer Zeuge war, mit welcher Hingebung für das allgemeine Wohl er Tag und Nacht gesorgt hat, vermag das Wirken dieses Mannes gerecht zu beurteilen. Diejenigen, die ihm zur Last legen wollen, daß sie ihre Lieblings Speisen nicht genießen konnten, wissen es eben nicht, daß auch er abhängig war von anderen Faktoren, über die er nicht nach seinem Willen verfügen konnte. Wir aber, die mit ihm gearbeitet haben, müssen ihm Dank und Anerkennung zollen und müssen uns beglückwünschen, daß in so ernster Zeit ein Mann an der Spitze der Gemeindeverwaltung stand, der sich mit Herz und Kopf seiner Aufgabe gewidmet hat. Der Redner dankte sodann den Beamten der Stadt Wien für ihre werktätige Mithilfe, dem ungarischen Ministerpräsidenten, dem Ackerbauminister und dem Präsidenten des ungarischen Ernährungsamtes, schilderte dann die Schwierigkeiten der Kohlenbeschaffung und lobte dann die außerordentlichen Leistungen der Sicherheitsbehörde für die Regelung des Verkehrs in den Anstalten. Mit Nachdruck betonte kaiserlicher Rat Lichtenstadt die Bedeutung der Aufrechterhaltung des acht Heller-Preises für 1 Portion Gemüse oder Mehlspeise, welcher billigen Preis keine andere Organisation und keine andere Stadt kennt. Der Redner entwarf zum Schlusse ein Programm für die Zukunft, in welchem er insbesondere auf die Notwendigkeit des gemeinschaftlichen Lebensmittelankaufes für die öffentlichen Speisehäuser hinwies, ferner auf die Ausgestaltung der Gemeinschaftsküchen sowie auf das Bestreben, die Anstalten des Vereines in eigenen Häusern unterzubringen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner sagte: Gerne bin ich auch heuer in die Generalversammlung Ihres von mir hochgeschätzten Vereines gekommen, drängt es mich doch vom ganzen Herzen, Ihrem Präsidenten, meinem lieben Freunde Lichtenstadt und allen Damen und Herren, welche im Vereinsjahre eine so

außerordentliche Tätigkeit entfaltet haben, den besten Dank und die vollste Anerkennung der Gemeinde auszusprechen. Als ich im August des Jahres 1914 vor die Aufgabe gestellt wurde, die Kriegsfürsorge in unserer Vaterstadt vorzubereiten und durchzuführen, war ich mir vollbewußt, daß es der Gemeindeverwaltung allein nicht möglich sein werde, der großen durch die schwere Zeit gestellten Aufgaben gerecht zu werden und appellierte an die Wiener und Wienerinnen, der Gemeindeverwaltung werktätig zur Seite zu stehen. Die Ausspeisevereine leisteten meinem Rufe Folge und der Zentralverein für Volksernährung, das Kuratorium zur Speisung bedürftiger Kinder und der Zentralverein zur Beköstigung armer Schulkinder haben alle anderen Bestrebungen zurückgestellt und von wahrhaftem Gemeinsinn erfüllt, eine Korporation geschaffen, die sich in der Kriegszeit voll bewährt hat. Ich danke insbesondere dem kaiserlichen Rat Lichtenstadt, welcher mit seinen reichen Erfahrungen und seiner opferwilligen Tätigkeit mir zur Seite stand. Wenn wir zusammenfassen, was geleistet wurde, so kann man sagen, daß Wien die erste Stadt war, die auf diesem Gebiete vorbildlich gewirkt hat. Aber nicht die Größe der Ausspeisungsaktion allein ist es, die Bewunderung abringt, wir müssen auch die Zeitdauer des Krieges ins Auge fassen. Daß durch drei Jahre hindurch Frauen und Männer in uneigennütziger und selbstloser Weise im Dienste der Allgemeinheit tätig waren, bildet ein Ehrenblatt in der Kriegsgeschichte der Stadt Wien. Was die Not der Kriegszeit geschaffen, soll mit dem Kriegsschlusse nicht aus sein. Ohne die Autonomie der einzelnen Vereine zu schädigen, wollen wir alle Kräfte für eine zweckmäßige Organisation, für einen rationellen Betrieb zusammenfassen. Wir werden die Ausspeiseaktion ausbauen und erbitten uns hiezu die Unterstützung der Regierung. Die im Kriege durchgeführte Bewirtschaftung wichtiger und unentbehrlicher Lebensmittel wird mit Kriegsschlusse nicht unmittelbar verschwinden, sie wird durch eine Reihe von Jahren unter ähnlichen Verhältnissen weiterbestehen und deshalb sind wir auf die vollste Unterstützung der Regierung angewiesen. Ich beglückwünsche den Verein und seinen Präsidenten zu seinen Erfolgen und bitte ihn, auch weiterhin durch seine werktätigen sozialen Bestrebungen der Vaterstadt zu nützen.

Minister Höfer dankte für die Einladung und erklärte, daß sich das Ernährungsproblem nicht vom grünen Tisch aus mit kalter Vernunft lösen lasse, daß auch Herz und Verstand mitsprechen müssen. Nur der edlen Aufopferung vieler Frauen und Männer ist es zu danken, daß die Durchführung der von der Regierung beabsichtigten Maßnahmen ermöglicht wurde. Das Volksernährungsamt wird trachten, allen Forderungen des Vereines nach Möglichkeit zu entsprechen und ich wünsche dem Vereine weiter vollen Erfolg und des Himmels Segen für sein edles Werk.

Nach einigen Dankesworten des Vorsitzenden Vizebürgermeisters Hof und nach Erledigung der Tagesordnung wurde die Versammlung geschlossen.

+ + +

Im Interesse der Dienste, welche die Suppen- und Teeanstalten der Volksernährung zu leisten haben, bittet der Vereinsvorstand ergebenst um gütigen Abdruck der vorstehenden Notiz.

Gebarung mit den Zuckerkartenabschnitten durch Zucker-Kleinhändler.
Da mit 1. Mai d.J. die Abgabe von Zucker an Zuckerkleinhändler neu geregelt wurde, werden die in Betracht kommenden Gewerbetreibenden darauf aufmerksam gemacht, daß die Anordnung des Punktes 3 der Magistratskundmachung vom 10. März 1917 für sie außer Kraft getreten ist. Sie haben daher die von den unmittelbaren Verbrauchern abgenommenen Zuckerkartenabschnitte und die ihnen von Gast- und Schankgewerbetreibenden usw. übergebenen Zuckerbezugscheine nicht mehr an die magistratischen Bezirksämter, sondern an jene Stellen (Zuckerverteilungsstelle, Großhändler, Fabriken, usw.) in der vorgeschriebenen Weise abzuführen, von welchen sie ihrerseits den Zucker zu beziehen haben.

Wiener Sängerbund. Kriegsauszeichnungen erhielten weiters: Leitungsmitglied Löstrm-Ing. G.F. Schüle das Ritterkreuz des Franz Josef-Ordens mit der Kriegedekoration und des Schwertern, ausübendes Mitglied Oberleutnant H. Hajioek, Oberrevident im Eisenbahnministerium, das zweite (silberne) Signum laudis, das Eisernes Kreuz 2. Klasse und das Ehrenzeichen 2. Klasse vom Roten Kreuze; Leitungsmitglied Oberleutnant Franz Wilfort, Architekt, gleichfalls die letztere Auszeichnung; das ausübende Mitglied Oberleutnant Hans Orator, Kaufmann, das bronzene signum laudis und der 2. Tenor des Vereins-Quartetts Hans Kuchar, Beamter der städt. Gaswerke, das silberne Verdienstkreuz mit der Krone am Bande der Tapferkeits-Medaille.-Dem Dichter Franz Keim in Brunn a.Geb. wurde jüngst die schön ausgestattete Urkunde eines Ehrenmitgliedes des Bundes überreicht. Ihr Wortlaut preist Keim als großen vaterländischen Dichter, als Schöpfer unvergänglicher deutscher Bühnenwerke und als Meister sangbaren deutschen Wortes. Am 21. v.M., dem Tage, da vor 25 Jahren die Berliner Liedertafel nach Wien gekommen und auf dem Nordwestbahnhof vom Männergesangsverein, dem Schubertbund, dem Wiener Sängerbund und dem „Arion“ festlich empfangen worden war, sandte die Liedertafel einen Drahtgruß an den Sängerbund, dessen Verlesung stürmischen Beifall hervorrief. Die künstlerische Leitung des Bundes hat Tonkünstler Adolf Freiherr v. Wodiansky übernommen.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der letzten Sitzung der städtischen Amts- und Anstaltsärzte erstattete der Vorsitzende Oberstadtphysikus Obersanitätsrat Dr. Böhm nachstehenden Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien im Monate März d.J. :
Sie waren infolge der ungewöhnlichen Witterung minder günstig. Die Zahl der Zuwächse in die armenärztliche Behandlung betrug 11.882 gegen 12.388 im Vormonate und 11.968 im März des Vorjahres. Die Sterblichkeit war zwar geringer als im Vormonate, aber noch um vieles höher als dem Durchschnitte der letzten Jahre entspricht. Die größte Zahl der Todesfälle entfiel auf die Tuberkulose und Skrophulose mit 996 Todesfällen, gegen 782 im Vormonate, dann folgten die Erkrankungen der Atmungsorgane mit 736 Fällen, die Krankheiten der Kreislauforgane, die der Verdauungsorgane u.s.f. Ein ganz ungewöhnlich günstiges Bild bot hingegen die Verbreitung der Infektionskrankheiten. Von der Zivilbevölkerung wurden 768 Anzeigen gegen 1567 im März des Vorjahres erstattet. Sehr gering war die Zahl der Scharlach- und Diphtherie-Erkrankungen. Von 5 Blatternfällen und 11 Flecktyphusfällen betrafen je 3 Militärpersonen. Im Berichtmonate wurden 43 gerichtliche und 168 sanitätpolizeiliche Obduktionen vorgenommen.

Zum Schlusse der Sitzung berichtete der Vorsitzende über den Stand der Infektionskrankheiten in Wien und Oesterreich in der ersten Hälfte des Monats April.

180

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ.
Wien, Dienstag, 8. Mai 1917. Abends. Nr. 180.

Kohlenabgabe. Auf dem städtischen Kohlenlagerplatze Vorgartenstraße hat sich der gleiche Uebelstand gezeigt, der seinerzeit auf dem Verkaufplatze der Nordbahn, in der Innstraße aufgetreten ist, nämlich das Vordringen eines illegitimen Handels. Zur Bekämpfung dieses Uebelstandes hat sich die Gemeinde entschlossen, auf diesem Lagerplatze die Kohle nur gegen Vorweisung und Abtempelung der Mehlbezugskarte abzugeben. Auf eine Karte wird innerhalb eines Monats nur eine Menge von 250 Kilogramm verabfolgt werden. Diese Einführung ist bereits in Kraft. Man hofft durch diese Maßregel auch die unbegründete Hamsterei zu bekämpfen, da ein Entleihen der Karte zum Zwecke des Kohlenbezuges mit Rücksicht auf die damit verbundenen Straffolgen (die Mehlbezugskarte ist wie die übrigen Lebensmittelkarten unübertragbar) voraussichtlich nicht stattfinden wird.

Die Modeschau in Konstantinopel. Handelskammersekretär

Dr. Pistor richtete an Bürgermeister Dr. Weiskirchner aus Konstantinopel nachstehendes Telegramm: „Freue mich mitzuteilen, daß Modeschau und Deutschmeister wie im Westen auch hier im Osten durchschlagend Erfolg erzielt und dem Namen Wien im Zeichen der Freundschaft mit der Türkei Ehre gemacht haben.“ Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwiderte: „Ich gebe mir die Ehre, Euer Hochwohlgeboren für Ihre freundliche telegraphische Nachricht über den Erfolg der Modeschau und unserer Deutschmeister in Konstantinopel meinen besten Dank und zugleich meine aufrichtigen Glückwünsche für die Ihnen zuteil gewordene freundliche Aufnahme zu übermitteln.“

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

181
Herausgeber und verantm. Redakteur Franz Michler,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 9. Mai 1917. Nr. 181.

Städtische Auskunft für Sommerwohnungen. In der städtischen Auskunft für die Vermietung von Sommerwohnungen in Niederösterreich wurden im April d. J. insgesamt 136 Wohnungen angemeldet und 37 Wohnungen vermietet. Seit Eröffnung der Auskunft im Jänner d. J. wurden bisher 776 Wohnungen angemeldet und 79 Wohnungen vermietet. Die Auskünfte an Wohnungssuchende werden unentgeltlich erteilt, ebenso werden die Wohnungsanmeldungen unentgeltlich entgegengenommen.

Ausgabe von Petroleum. Auf Grund der Statthaltereiverordnung hat der Wiener Magistrat nachfolgendes angeordnet: Die bisher in Geltung stehenden Petroleum-Bezugskarten für Waschküchen-, Heimarbeiterwohnun-gen-bezw. Geschäftsbeleuchtung (blaue Karten), für Wohnungsbeleuchtung (rote Karten) und für Aftervermietungen (graue Karten) verlieren mit dem 12. d. M. ihre Giltigkeit. Es ist allen städtischen Petroleumabgabestellen sowie allen Abgabestellen der Konsumentenorganisationen strengstens untersagt, nach diesem Tage auf die Karten einen Petroleumbezug zu gewähren. Für die Beleuchtung des Flurs, des Hofes, der Gänge und Stiegen der Häuser, deren Beleuchtung einzig und allein auf Petroleum angewiesen ist, wird auch nach dem 12. Mai Petroleum ausgegeben. Die Wochenmenge wird auf 1/8 Liter Petroleum für jede Lampe eingeschränkt. Für Wohnungen, welche einzig und allein im Bezug auf ihre Beleuchtung auf Petroleum angewiesen sind, wird dieses nach dem 12. Mai abgegeben, wenn sämtliche Wohnräume gegen den Hof zu gelegen sind, wenn der Hof infolge seiner geringen Ausdehnung sehr ungünstige Beleuchtung aufweist und wenn die Wohnräume sich nicht in den zwei obersten Gescho-ben des Hauses befinden. Die Wochenmenge beträgt 1/8 l für jede Wohnung. Die Petroleumbezugskarten werden neu ausgegeben und zwar für die Buchstaben A bis G am 11., H bis Q am 12. und R bis Z am 14. Mai zwischen 8 Uhr früh und 4 Uhr nachmittags bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission, wo sich die Bewerber mit der alten Petroleumbezugskarte und einer Erklärung des Hauseigentümers einzufinden haben.

Die Kriegsküche 40 im 14. Bezirk Daldergasse 7 wird Mitte Mai d. J. ihren Betrieb aufnehmen. Anmeldungen zum Speisenbezug nimmt die Küche am 11. und 12. d. M. von 2 bis 5 Uhr nachmittags entgegen.

Wettbewerb-Ausschreibungen für Wiener Architekten. Der Wiener Stadtrat hat die Ausschreibung einer Reihe von allgemeinen und beschränkten Wettbewerben für selbständige Wiener Architekten beschlossen. Die Teilnahme an den allgemeinen Wettbewerben steht jedem in Wien ansässigen, selbständigen Architekten deutscher Volkszugehörigkeit offen. An den beschränkten Wettbewerben können sich nur die hiezu besonders eingeladenen Architekten beteiligen.

Von den allgemeinen Wettbewerben kommen vorläufig zur Ausschreibung:

a) Wettbewerb für eine zweckmäßige und als dekorativer Schmuck wirkende Fahnenbefestigung. (5 Preise zu je 300 Kronen) Einreichungstermin 15. Juni 1917, 12 Uhr mittags.

b) Wettbewerb für ein neues Muster von öffentlichen Ankündigungssäulen. (5 Preise zu je 500 Kronen). Einreichungstermin 15. Juni 1917, 12 Uhr mittags.

c) Wettbewerb für die Umgestaltung der bestehenden Gartenanlage vor dem Gebäude der kgl. ung. Garde im 7. Bezirk. (5 Preise zu je 800 Kronen). Einreichungstermin 2. Juli 12 Uhr mittags.

Die Einreichungsstelle für alle vorangeführten Wettbewerbe ist die Magistrats-Abteilung 22 im Neuen Rathause, woselbst auch die Bestimmungen und Unterlagen für die einzelnen Wettbewerbe während der Amtsstunden erhältlich sind.

Kriegsfürsorge-Abend. Zugunsten der Tuberkulosen-Fürsorge des Patriotischen Hilfsvereines vom Roten Kreuze für Niederösterreich veranstaltet der Wiener Sängerbund Montag den 14. d. M. abends halb 8 Uhr im großen Saale der Urania unter dem Leitmotiv „Mit dem Roten Kreuze von Wien nach Konstantinopel“ einen Vortragsabend mit Lichtbildern und Musik-Einlagen. Der Vortrag, verfaßt und gesprochen von Schriftsteller M. H. Heger schildert Reise-Eindrücke aus Ungarn, Serbien, Bulgarien und der Türkei nach dem Tagebuche des Bundesmitgliedes Anton Dobner, Hilfs-Delegierter der Oesterreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuze. - Mitwirkende Kunstkräfte: Konzertsängerin Lilli Claus-Neuroth, Lauten- und Mandolinenkünstlerin Maria Gabriel-Kaiser mit den Damen H. Abel, L. von Günther, E. von Nitsche, St. Schanza und Herrn L. Schnabl, Konzertsänger Ludwig Godocseo, Konzertmeister Karl Klein und die Musikkapelle der Urania. Die musikalischen Einlagen enthalten auch Lauten-, Zimbal-, Tamburizza- und Bandola-Begleitung. Die Lichtbilder nach Originalaufnahmen des Anton Dobner (Besitzers des Café Stadtpark). Karten von K 1,06 bis K 15,80 nur an der Tageskasse der Urania. - Der wohltätige Zweck des Abends, der zeitgemäße Stoff des Vortrages, der manche interessante Orte und Begebenheiten der „jüngsten Zeit“ schildert, die zahlreichen stimmungsvollen Lichtbilder und die Musik-Vorträge, welche Weisen aus den durchreisten Ländern wiedergeben, sichern der Veranstaltung in weitesten Kreisen das regste Interesse.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Ignaz Pichler und Dr. Viktor Kritscha zu Magistrats-Kommissären, Ernst Wammerl zum Magistrats-Konzipist, Dr. Friedrich Schadauer, Hans Juritsch und August Dziurzynski zu Veterinär-Amts-Inspektoren, Gustav Bongs, Richard Schlerka, Johann Bukwa und Anton Bachmann zu Markt-Amts-Kommissären, Friedrich Bauer zum Markt-Amts-Offizial, Julius Schimtzek zum Markt-Amts-Akzessisten, Anton Haberditz zum Kanzlei-Oberoffizial, Oskar Rehrenböck und Josef Sandler zu Kanzlei-Offizialen, Raimund Rosipal und Otmar Zöhrer zu Kanzlei-Akzessisten, Josef Zechmeister zum Kanzlisten 1. Klasse; Eduard Strauß, Dr. Richard Hiecke, Hermann Schachner und Josef Schlögl zu Oberinspektoren des städtischen Elektrizitätswerkes, Fritz Pathan und Josef Merkl zu Buchhaltern, Gustav Bellendorf zum Materialverwalter, Leopold Marcik zum Hauptkassier und Josef Trilety zum Kontrollor des städt. Elektrizitätswerkes.

Nachtarbeitverbot in den Bäckereien. Die Statthaltereiverordnung vom 16. April verfügt, daß das im allgemeinen für die Stunden von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh vorgesehene Verbot der Nachtarbeit bei der Bereitung von Brot oder sonstigen Backwaren im Gebiete der Stadt Wien und der Gemeinde Schwechat für die Stunden von 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh zu gelten hat. Diese Verordnung tritt am 11. d. M. in Wirksamkeit.

182

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Donnerstag, 10. Mai 1917. Nr. 182.

Feierlichkeiten im Rathause. Bürgermeister Dr. Weiskirchner überreichte heute vormittag dem Volksschullehrer Gottfried Herbe und der Volksschullehrerin Irene Salvini die Ehrenmedaille für 40jährige treue Dienste. Auf die herzliche Ansprache des Bürgermeisters und seine Glückwünsche dankte Herr Herbe, dem auch der Obmann des Ortsschulrates Meidling Ionenghi, Bezirksschulrat Hödl und Bezirksschulinspektor Ludwig die besten Glückwünsche ausdrückten. Der Bürgermeister beeidigte sodann den Obmann-Stellvertreter des Armeninstitutes Hietzing Leopold Blach und Oberlehrer Franz Krispin, denen der Gemeinderat das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen verliehen hatte. Nach der Verlesung der Eidesformel durch Magistratsrat Formanek beglückwünschten die Bezirksvorsteher kais. Rat Karlinger und Dr. Mattis, der Obmann des Ortsschulrates Direktor Kopetzky und der Obmann des Armenrates Zeckl die Ausgezeichneten. Ferner überreichte der Bürgermeister den Bediensteten der Zentralfriedhofverwaltung Josef Stifter und Paul Mazura die Ehrenmedaille für 40jährige treue Dienste, dem städtischen Platzwächter Anton Ott und dem städtischen Straßenarbeiter Anton Pritz Ehrengeschenke und schließlich den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr Währing Karl Borachke und Johann Steininger die Ehrenmedaille für das Feuerwehrwesen. Zum Schlusse nahm der Bürgermeister die Angelobung von vier neuen Feuerwehrkommandanten und zwar Rosendorf (Hetzendorf), Wilsch (Unter-Meidling), Hagen (Rudolfheim-Pfünfhaus) und Nebesar (Turnerfeuerwehr Simmering) sowie die Beeidigung von 83 Bürgern vor. Den Feierlichkeiten wohnten bei: die Gemeinderäte Braun, Brauneiß, Breuer, Dechant, Hötzel, Kerner, Kurz, Josef Müller, Kommerzialrat Partik, Paulitschke, Payer, kais. Rat Poyer, kais. Rat Wessely und Zatzka, Bezirksvorsteher kais. Rat Baumann, die Bezirksvorstener-Stellvertreter Vieröckl und Horak, Bezirksschulrat Lang, Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, die Obermagistratsräte Artzt und Dr. Winkler, die Magistratsräte Schaufler, Dr. Loderer, Dr. Ebermann und Wimmerer, Branddirektor Jenisch, die Magistratssekretäre Dr. Klaus und Paul, Genossenschaftsvorsteher, u.v.a.

Abgabe von Saatkartoffeln. Das Bezirkswirtschaftsamt Wien erläßt folgende Kundmachung: Nach Abschluß der Abgabe von Saatkartoffeln an die städtischen Kriegsgemüseegärtner wird nunmehr mit der Abgabe von Saatkartoffeln an jene Parteien, welche Gründe mit Kartoffeln bebauen wollen und bereits bei der städtischen Lebensmittelversorgung Stelle 6 (jetzt Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 6) um die Abgabe von Saatkartoffeln schriftlich angesucht haben, begonnen. Die abzugebende Menge richtet sich nach der Größe des Grundes. Mit Rücksicht auf die geringen, der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellten Vorräte können jedoch an eine Partei höchstens 20 Kilogramm verabfolgt werden. Der Preis beträgt 24 Heller für 1 kg.

Nach der Lage des Grundes sind die Parteien folgenden drei Abgabestellen zugewiesen: Die Bebauer von Grundflächen des 1. bis 12. Bezirkes dem Kartoffellager im Straßenbahnhofe Simmering, 11. Bezirk Simmeringer Hauptstraße, Zugang durch die Fickeya- und Lorystraße; jene des 13. bis 18. Bezirkes dem Kartoffellager im Hernalser Schlachthause 17. Bezirk Richthausenstraße 2; jene des 19. bis 21. Bezirkes dem Kartoffellager im Kuffnerkeller 19. Bezirk Hardtgasse 24. Die Abgabe findet von Samstag, den 12. bis einschließlich Samstag, den 19. d.M. in der Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags und 2 bis 6 Uhr nachmittags (am Sonntag nur von 8 bis

11 Uhr vormittags) statt. Die Saatkartoffeln werden nur gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte in folgender Ordnung abgegeben: an die Parteien mit dem Anfangsbuchstaben des Zunamens A, B, C am Samstag, den 12. Mai, D, E am Sonntag, F, G, H am Montag, I, J, K am Dienstag, L, M, N am Mittwoch, O bis R am Donnerstag, S am Freitag und T bis Z am Samstag, den 19. Mai.

Sammelansuchen von Schrebergartenvereinen, Fabriken, Bahnen, Spitälern und ähnlichen Anstalten werden abgesondert erledigt und diese Körperschaften erhalten in nächster Zeit Saatkartoffeln zugewiesen.

Parteien, welche als städtische Kriegsgemüseegärtner bereits Saatkartoffeln zugewiesen erhalten haben, können auch wenn sie neuerlich um Saatkartoffeln angesucht haben, nicht mehr berücksichtigt werden.

Parteien, welche bisher noch kein Ansuchen um Zuweisung von Saatkartoffeln eingebracht haben, können die bezüglichen Anmeldeformulare von Montag, den 14. d.M. bis Mittwoch, den 16. bei sämtlichen Bezirksämtern beheben und haben diese Anmeldungen bis längstens Donnerstag den 17. Mai 12 Uhr mittags und zwar ausschließlich bei dem Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 6, 1. Bezirk Rathaus, 5. Stiege, 2. Stock zu überreichen. Die Abgabetermine für diese Nachzügler werden abgesondert bestimmt.

Wirtschaftsbesitzer und Gemüseegärtner, welche größere Grundflächen bereits für den Anbau von Kartoffeln vorbereitet haben, können nach Maßgabe der vorhandenen Vorräte mit Saatkartoffeln beteiligt werden, wenn sie sich bereit erklären, mit der Gemeinde Wien im Sinne der Verordnung des Amtes für Volksernährung vom 13. März 1917 einen Anbau- und Lieferungsvertrag bei dem obgenannten Bezirkswirtschaftsamt abzuschließen.

Zur Frage der Neuordnung des Gemeindevahlrechtes. Montag empfing Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Abordnung des Verbandes deutscher Hochschülerinnen Wiens, die ihn ersuchte eine Entschließung des Verbandes entgegenzunehmen, die es als wünschenswert bezeichnet, daß bei der geplanten Neuordnung des Wiener Gemeindevahlrechtes auch die Frage des Frauenwahlrechtes in der Gemeinde im Sinne seiner Erteilung gelöst werde. Die Führerin der Abordnung wies dabei darauf hin, daß der Verband diese Angelegenheit durchaus nicht als eine parteipolitische auffasse, sondern sich lediglich von dem Gedanken leiten lasse, daß durch die Erteilung des Gemeindevahlrechtes an die Frauen auf Grund einer Wahlordnung, die dem natürlichen Aufbau der Gemeinde entspricht, ein ersprießliches Zusammenwirken von Männern und Frauen auf diesem unpolitischen, darum aber nicht minder wichtigen Arbeitsfelde zum Besten der Allgemeinheit herbeigeführt werden könne. Der Bürgermeister versprach der Abordnung, dem geäußerten Wunsche die teilnahmsvollste Aufmerksamkeit zu widmen, besprach mit ihr die einschlägigen Verhältnisse und forderte den Verband auf, diesbezüglich eine ins Einzelne gehende Denkschrift auszuarbeiten, die er dann dem Wahlreformausschuß vorlegen werde.

Die Bezirksvertretung Wieden hält Dienstag, den 15. d.M. halb 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Vorrückung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola ernannt: Otto Kugler zum Volksschullehrer 1. Klasse, Martha Jüggle, Olga Lackinger und Margarete Knauer zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse.

WIENER STADTRAT.

Sitzung vom 10. Mai.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner, die VB. Hierhammer, Hoß, Rain.

Nach einem Antrage des StR. Tomola werden für die Gleiserneuerung in der Gentsgasse bei der Köhlergasse im 18. Bezirk 33.000 Kronen, in der Ottakringer Straße von der Wattgasse bis zur Wurlitzergasse im 16. Bezirk 52.000 Kronen, in der Nußdorfer Straße bei der Canisiusgasse 38.000 K, in der Hetzendorfer Straße beim Südbahn-Viadukt 23.000 K bewilligt.

Für den Ankauf von 2000 Kiefernschwelen für Kohlengleisanlagen der städtischen Straßenbahnen wird ein Betrag von 20.000 K genehmigt.

Nach einem Antrage des Stadtrates Dr. Haas wird der Seelsorger des Seehospizes San Pelagio P. Sebastian Neidl anlässlich seiner Ernennung zum Pfarrer von Göttesbrunn seines Dienstes enthoben. Der Stadtrat sprach ihm aus diesem Anlasse den Dank und die Anerkennung für seine ersprießliche Tätigkeit aus.

Der Abgabe aller Glocken des Versorgungshauses der Stadt Wien in Ybbs an die Militärverwaltung wird zugestimmt.

Nach einem Antrage des StR. Schmid wird der Zeitschrift „Freie Donau“ ein Betrag von 600 K für einen Artikel über Wien bewilligt.

Nach einem Antrage des StR. Tomola wird allen jenen Armenlernern mittel beziehenden Schulkindern der öffentlichen Volks- und Bürgerschulen, welche im nächsten Schuljahre noch dieselbe Schule besuchen werden, das Gebet- und das Gesangbuch auf die Dauer der Hauptferien überlassen.

Bezug von Freibrot im Wege der Frauen-Arbeitskomitees. Es hat sich erwiesen, daß eine Privataktion unter dem Schlagwort „Freibrot“ einen Ansturm der bedürftigen Bevölkerung hervorgerufen hat, dem sie nicht genügen kann, weshalb sich der Bürgermeister veranlaßt gefunden hat, dem Ersuchen des Zentralsdamenbeirates Folge zu geben und für die nächsten Wochen Gutscheine für den unentgeltlichen Bezug von Brot nach Maßgabe der Brotkarte im Wege der Frauen-Arbeitskomitees auszugeben, wobei in erster Linie die in der öffentlichen unentgeltlichen Ausspeisung stehenden Familien zu berücksichtigen wären. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß es sich nicht um einen Mehrbezug von Brot, sondern lediglich um einen unentgeltlichen Bezug der von der Behörde zugemessenen Brotration auf Grund der ausgegebenen Gutscheine handelt. Die Gutscheine werden im Laufe der nächsten Woche zur Ausgabe gelangen.

6. Kriegsanleihe. Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, des Direktors Hillinger der Stadtbuchhaltung, des Obermagistratsrates Dr. August Mayr und des Magistratsrates Dr. Held fand heute eine Sitzung der Direktoren und Vorstände der Kommunalen Sparkassen und der städt. Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt statt, in welcher Bürgermeister Dr. Weiskirchner in eingehender Weise die Notwendigkeit begründete, alle Kräfte aufzubieten, damit auch die Zeichnung der 6. Kriegsanleihe in einer dem Ansehen des Staates und der Stadt entsprechender Weise erfolge, um damit den Feinden zu bekunden, wie ungeschwächt die finanziellen Kräfte des Reiches sich erweisen. Nach eingehender Wechselrede ergab sich, daß mindestens derselbe Betrag wie bei der Zeichnung der 5. Kriegsanleihe zugewärtigen ist. Der Stadtrat wird sich demnächst mit der Zeichnung der Gemeinde Wien als solcher, der städt. Straßenbahnen und der anderen Unternehmungen der Gemeinde Wien befassen.

Anschließend an diese Sitzung fand eine Besprechung mit den Vorstehern der 21 Gemeindebezirke statt, bei welcher insbesondere die neuerliche Propagierung der Kriegsanleihe-Zeichnungsvereine eingehend erörtert wurden. Der Leiter der städt. Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt besprach das Wesen der Kriegsanleihe-Versicherung, welche auch von dieser Anstalt ins Leben gerufen wurde und bat die Bezirksvorsteher, auch diese Idee in alle Kreise der Bevölkerung zu tragen. Versicherungsanträge werden nicht nur von der städt. Lebensversicherungsanstalt sondern auch von allen kommunalen Sparkassen entgegengenommen. -----

184

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, 11. Mai 1917. Nr. 184.

Abgabe von städtischer Marmelade. Von morgen (Samstag) an wird neuerlich städtische Marmelade (S.W.-Marmelade) mit Goldrübenzusatz gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte und Abtrennung des Abschnittes mit der Ziffer 16 in Verschleißstellen, die entsprechend bezeichnet sein werden, abgegeben. Auf jeden Haushalt entfällt gleichmäßig 1/2 Kilogramm.

Grunderwerb. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des StR. Dr. Haas Baustellen im 3. Bezirk zwischen der Unteren Weißgärberstraße und der Weißgärberlände im Ausmaße von zusammen 682 Quadratmeter um 70.000 K d. i. 102.64 K per m² anzukaufen.

Fleisch für Minderbemittelte. Die Großschlächterei A.G. wird von nächster Woche an in zwei neu errichteten Verkaufsstellen und zwar für den 17. und 18. Bezirk am Johann Nepomuk Voglplatz im 18. Bezirk und im Geschäfte 13. Bezirk Penzingerstraße 51 das billige Fleisch für Minderbemittelte zum Verkaufe bringen, so daß hierfür nunmehr 36 Abgabestellen zur Verfügung stehen.

Betrieb der ersten städtischen Spielwiesen. Am 7. Mai d.J. hat das städtische Jugendamt auf den beiden ersten Spielwiesen im 3. Bezirk, Maria Josefa-Park, den Spielbetrieb eröffnet. Die Jugend hat freudig Besitz ergriffen und die herrlichen Grünflächen finden bereits an den sonnigen Maitagen regen Zuspruch.

Armenlotterie. Der Termin zur Behebung der Gewinnste der städtischen Armenlotterie endet am 21. Mai um 1 Uhr nachmittags. Die bis dahin aus was immer für einem Grunde nicht behobenen Gewinnste verfallen zugunsten des Wiener allgemeinen Versorgungsfonds. Bisher wurden ausgefolgt: Der Haupttreffer mit 20.000 K in Barem, der Kaisertreffer, weiters die Mehlzahl der übrigen Geld- und Effekttreffer. Ziehungslisten sind in der Armenlotteriekanzlei im Neuen Rathaus erhältlich.

Hoher Besuch in einer Kriegsküche. Den dankenswerten Bemühungen Ihrer kaiserlichen Hoheit der Frau Erzherzogin Isabella ist es gelungen, in den Kreisen des Hochadels eine Aktion zur Schaffung von Kriegsküchen in Wien anzubahnen, welche die bisherigen Bestrebungen der Gemeinde Wien unterstützen soll. So entstand über Anregung und auf Kosten der Erzherzogin die erste dieser geplanten Kriegsküchen des Hochadels, die als 38. Kriegsküche im Amtshause für den 15. Bezirk am 23. April d.J. im Beisein der Erzherzogin Isabella, deren Tochter Erzherzogin Gabriele, sowie zahlreicher Vertreter der Aristokratie eröffnet wurde. Das junge Unternehmen war trotz der beschränkten zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel sofort im Stande, 700 bis 1000 Personen wöchentlich mit 3 Mahlzeiten zu verpflegen. Das hohe Interesse der Frau Erzherzogin an der Weiterentwicklung der Kriegsküche bewies dieselbe am gestrigen Tage, indem sie mit ihrer Tochter unangemeldet in der Kriegsküche erschien und sich vom Küchenleiter Magistraterat Dr. Korschann über alles eingehend berichten ließ. Ihre kaiserliche Hoheit kostete alle zubereiteten Speisen direkt aus den Kesseln und befragte sämtliche Gäste nach ihrem Stande und ob sie mit der verabreichten Kost zufrieden seien. Vor ihrem Verlassen gab sie dankenswerte Weisungen über die Verwertung der Küchenabfälle.

Neue Bürger. Der gemeinderätliche Heimats- und Bürgerrechts-Ausschuß hat in seiner letzten Sitzung das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

Innere Stadt: Adolf Reiniger, Zimmermaler (Berichterstatter GR. Heindl).

Leopoldstadt: Karl Eder, Skontist; Robert Wilhelm Menhard, Zackerbäcker; Mathias Franz Schreder, Gemischtwarenverschleiß; Franz Lehner, Gemischtwarenverschleiß; Christof Stamberra, Fleischhauer und Josef Tscherny, Spengler (Berichterstatter Gemeinderat Rotter).

Landstraße: Heinrich Krumpfholtz, Schuhmacher; Julius Steiner, Friseur; Anton Reitinger, Kaufmann, Matthias Fürbeck, Tischler; Heinrich Wilhelm Hartig, Installateur (Berichterstatter Gemeinderat v. Findenigg); Karl Wall, Holz- und Kohlenhändler; Ernst Warnisch, Gemischtwarenverschleiß; Alois Zidek und Ferdinand Trappel, Holz- und Kohlenhändler (Berichterstatter Gemeinderat Heindl).

Wieden: Martin Bubenik, Schuhmacher; Franz Kanovszky, Schneider; (Berichterstatter Gemeinderat Breuer).

Margareten: Johann Machacek, Gemischtwarenverschleißer; Ignaz Schlögl, Holz- und Kohlenhändler; Anton Jost, Kleidermacher (Berichterstatter Gemeinderat Roth); Johann Rocek, Holz- und Kohlenhändler (Berichterstatter Gemeinderat Aichhorn).

Mariahilf: Franz Lindner, Tischler; Augustin Martin, Lithograf; Wilhelm Kuhn, Schneider (Berichterstatter Gemeinderat Paulitschke).

Neubau: Johann Venzhöfer, Gemischtwarenverschleißer; Ruppert Paar, Taschner; Josef Hacek, Damenkleidermacher; Friedrich August Necas, Geschäftsführer; Anton Inführ, Milchverschleißer; Josef Kontschitzky, Gemischtwarenverschleißer; Wenzel Kankrdlik, Schneider (Berichterstatter Gemeinderat Pichler).

Josefstadt: Josef Franz Klitzpera, Kaufmann; Josef Kubat, Gold- und Silberschmied; (Berichterstatter Gemeinderat Rotter).

Alsergrund: Gustav Wunderer, Inkassant (Berichterstatter Gemeinderat Partik.)

Favoriten: Franz Tucek, Schuhmacher; Gustav Bittner, Schlosser; (Berichterstatter Gemeinderat Höck).

Simmering: Johann Bartl, Fleischhauer (Berichterstatter Gemeinderat Kurz).

Meidling: Mathias Rothhauer, Holz- und Kohlenhändler; Wilhelm Schäfer, Einspanner-Eigentümer (Berichterstatter Gemeinderat Breuer); Heinrich Heidmann, Stukkateur (Berichterstatter Gemeinderat Roth).

Hietzing: Hermann Wild, Hausbesitzer; Johann Hacker, Gemischtwarenverschleißer; Josef Anzenberger, Gemischtwarenverschleißer; Amadio Jakob Amadei, Schleifermeister (Berichterstatter Gemeinderat Partik).

Rudolfsheim: Josef Burghart, Obsthändler (Berichterstatter Gemeinderat Wiesinger).

Ottakring: Johann Patleon, Schleifer; Andreas Partall, Hausbesitzer; Wenzel Cvoyka, Schuhmacher; Edmund Penicka, Schlosser; Julius Saulik, Fabriksteilhaber (Berichterstatter Gemeinderat Heffenmayer).

Hernals: Josef Zimmermann, Schmied (Berichterstatter GR. Rykl).

Währing: Michael Beck, Gemischtwarenverschleißer; Georg Christian Ceohse, Prokurist; Anton Schilhab, Wirkwarenerzeuger; Karl Maglock, Dachdecker; Alfred Hirsch, Zuckerbäcker (Berichterstatter Gemeinderat Brenta); Karl Ruhrhofer, Realitätenbesitzer (Berichterstatter GR. Dechant).

Brigittenau: Johann Lariach, Schneider; Johann Steinkopf, Kaufmann (Berichterstatter Gemeinderat Sadilek).

In derselben Sitzung wurde auch zahlreichen Personen das Heimatrecht bzw. die Zusage der Aufnahme in den Wiener Heimatsverband verliehen.

Gewinnung von Speisefett aus Knochen. Der immer empfindlicher werdende Mangel an Speisefett hat die Gemeinde schon vor längerer Zeit veranlaßt, unter anderem auch der Frage der Gewinnung eines solchen aus Knochen ihr Augenmerk zuzuwenden. Der Verwirklichung hierauf abzielender Projekte im Gemeindehaushalte steht aber bisher die Verordnung des Handelsministeriums vom 11. Mai 1916 im Wege, derzufolge alle Vorräte an Knochen, sobald sie die Menge von 100 kg in Lagern oder Betriebsstätten übersteigen, an die Knochenzentrale („Colla“) bzw. an die Rohprodukten-Handels-Gesellschaft m.b.H. („Rohag“) zum Ein- und Verkaufe für die Knochen verarbeitende Industrie abgeliefert werden müssen. Die von der Gemeinde unternommenen Schritte, eine Ausnahmeverfügung zu ihren Gunsten dahin zu erwirken, daß ihr gewisse Mengen von Knochen zur Gewinnung von Speisefett überlassen werden, waren nun bisher von keinem Erfolge begleitet, da die maßgebenden Faktoren noch immer das Hauptgewicht auf die Gewinnung von Fett für technische Zwecke legen, woran in Oesterreich nach wie vor der größte Bedarf herrscht. Nichtsdestoweniger wird es das fortgesetzte Bestehen der Gemeinde bleiben, ihren Plan, für den sie auch schon einen erprobten fachmännischen Berater gewonnen hat, zu verwirklichen.

Die Bezirksvertretung Floridsdorf hält Dienstag, den 15. d.M. um 4 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

6. Kriegsanleihe: Die Gemeinde Wien mit ihren Anstalten und Fonds wird sich an der Zeichnung auf die 6. österreichische Kriegsanleihe wieder mit einem Betrag von 50 Millionen Kronen beteiligen. Die bisherigen Kriegsanleihe-Zeichnungen der Gemeinde erreichen damit die Summe von 267 Millionen Kronen.

185

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
Wien, Freitag 11. Mai 1917 abends N^o 185.

Gemeinderatsausschuss zur Beratung einer Neuordnung der Gemeindeverfassung und des Gemeindewahlrechtes. Heute fand die konstituierende Sitzung des Gemeinderatsausschusses zur Beratung einer Neuordnung der Gemeindeverfassung und des Gemeindewahlrechtes statt. Nach den einleitenden Worten des Bürgermeisters wurden GR. von Steiner zum Obmann, GR. Dr. Hein zum Obmann-Stellvertreter u.zw. beide einstimmig gewählt, nachdem die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei erklärt hatten, auf die letztere Funktion zu verzichten. Als Vertreter des Magistrates wurden vom Bürgermeister Obermagistratsrat Pawelka und Magistratsrat Gräf und als Schriftführer Magistrats-Oberkommissär Dr. Maly beigezogen. Obermagistratsrat Pawelka skizzierte sodann die Gesichtspunkte, unter welchen der in Frage kommende Stoff vom Magistrate zu behandeln wäre und beantragte seine Teilung in folgende sechs Gruppen: Personen in der Gemeinde; Wirkungskreis der Gemeinde unter besonderer Berücksichtigung des übertragenen Wirkungskreises; Organisation der Gemeindevertretung, Gemeindeämter, Anstalten und Vaternehmungen; Finanzpolitik und Abgaberecht der Gemeinde; Verhältnis der Gemeinde zu Staat und Land; Gemeindewahlordnung. Diesem Vorschlage stimmte der Ausschuss zu.

Richtigstellung. In der Notiz „Fleisch für Minderbemittelte“ in der heutigen Ausgabe der „Rathaus-Korr.“ soll es richtig heißen „Penzingerstraße 42(nicht 51).“

186 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, 1., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Samstag, 12. Mai 1917. Nr. 186.

Abmeldungen für den Besuch von Heilbädern, Kurorten und Sommerfrischen.

Nach der Verordnung der n.-ö. Statthalterei vom 5. Mai 1917 haben Personen, die im Jahre 1917 ein Heilbad oder auf die Dauer von mindestens 4 Wochen einen Kurort oder eine Sommerfrische besuchen wollen, hierüber bis 1. Juni d.J. bei der politischen Bezirksbehörde ihres ständigen Wohnortes eine Meldung zu erstatten.

Aus Zweckmäßigkeitsgründen, insbesondere zur Vereinheitlichung des Abmeldegeschäftes, wurde für Wien mit Zustimmung der n.-ö. Statthalterei im Büro des Landesverbandes für Fremdenverkehr in Wien und Niederösterreich 1. Bezirk Stock im Eisen-Platz 3-4 eine eigene Meldestelle errichtet, bei der die vorgeschriebenen Anzeigen einzubringen sind. Die Meldungen haben daselbst vom 15. Mai an und zwar an Wochentagen in der Zeit von 9 Uhr bis 12 Uhr zu erfolgen. Sie sind von den Parteien mittels der aufliegenden Drucksorten (Anmeldescheine) in zwei Ausfertigungen zu erstatten, deren eine durch das genannte Büro der politischen Bezirksbehörde des gewählten Sommeraufenthaltes zugesendet wird.

Unmittelbar vor der Abreise haben sich die Parteien ferner bei der für sie zuständigen Brot- und Mehlkommission mittels der daselbst erhältlichen Lebensmittelkarten-Abmeldescheine abzumelden und die Mehl-Bezugs-Karten, die Brot-Bezugs-Karten sowie die Milchkarten abzugeben. Ueberdies ist der Bezug jener Lebensmittel, deren Verkauf rayoniert ist (Mehl, Brot, Milch), bei den betreffenden Verschleißstellen gegen Bestätigung auf den Lebensmittelkarten-Abmeldescheinen abzumelden. Die Verschleißstelle hat über die erfolgten Abmeldungen eine Liste zu führen, in welcher Name und Wohnort der sich Abmeldenden, die Zahl der abziehenden Personen, der Tag der Abreise, die Dauer der Abwesenheit und die durch die Uebersiedlung freiwerdende wöchentliche bzw. tägliche Lebensmittelmenge einzutragen ist.

Eine Ehrengabe für Hlavacek. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung nach einem Antrage des Stadtrates Schwer beschlossen, dem Maler Anton Hlavacek, welcher diese Woche sein 75. Lebensjahr vollendet hat, eine jährliche Ehrengabe von 2400 K zu verleihen.

Kriegsfürsorge-Abend. Zugunsten der Tuberkulosenfürsorge des Patriotischen Hilfsvereines vom Roten Kreuze für Niederösterreich veranstaltet der Wiener Sängerbund Montag, den 14. d.M. abends halb 8 Uhr im großen Saale der Urania unter dem Leitmotiv „Mit dem Roten Kreuze von Wien nach Konstantinopel“ einen Vortrags-Abend mit Lichtbildern und Musik-Einlagen. Karten von K 1,06 bis K 15,80 nur an der Tageskasse der Urania.

Zentralverein zur Beköstigung armer Schulkinder. Unter dem Vorsitze des Weihbischofs Dr. Pfluger fand am 10. d.M. die 29. Generalversammlung des Zentralvereines zur Beköstigung armer Schulkinder in Wien statt. Bei den vorgenommenen Wahlen wurde Bürgermeister Dr. Weiskirchner zum Präsidenten und Stadtrat Tomola zum zweiten Vizepräsidenten wiedergewählt. Der Jahresbericht und der Rechnungsabschluß für das abgelaufene Verwaltungsjahr wurden genehmigt.

Abgabe von Kaffee durch die Gemeinde Wien.

Am 15. April d.J. wurde eine neue Kaffeekarte für die nächsten 8 Wochen, lautend auf 1/8 kg Bohnenkaffee oder 1/4 kg Kaffeemischung pro Kopf ausgegeben. Bohnenkaffee ist nur mehr bei wenigen Händlern vorrätig, die Vorarbeiten für die vom k.k. Amt für Volksernährung in Aussicht genommene Einführung eines Surrogatkaffees unter vollständiger Einstellung des Verkaufes von Bohnenkaffee sind noch nicht abgeschlossen. Mit Zustimmung des k.k. Amtes für Volksernährung bringt die Gemeinde Wien zum ausschließlichen Konsum für die Wiener Bevölkerung neuerlich ein entsprechendes Quantum Kaffee aus ihren Vorräten im Wege der Kriegskaffee-Zentrale in den Handel, so daß die laufenden Wiener Kaffeekarten demnach eingelöst werden können. Der Kaffee wird nur gebrannt in 1/8 kg Päckchen zum Preise von 1 K pro Paket zum Verkaufe gelangen. Wer gelbe Mehlbezugskarten hat, erhält den Kaffee in den Wiener Kaffeegeschäften, Besitzer blauer Mehlbezugskarten haben den Kaffee in der Verkaufsstelle jener Konsumentenorganisation zu beziehen, der sie angehören. Zum Bezuge des Kaffees hat der Käufer die Mehlbezugskarte und die jetzt gültigen Kaffeekarten beizubringen. Es werden nur sovielen 1/8 kg Päckchen verabfolgt als bezugsberechtigte Personen auf der Mehlbezugskarte ausgewiesen sind und gültige Kaffeekarten vorgewiesen werden. Der Verkäufer hat die Kaffeekartenabschnitte vom Stamm der Kaffeekarte abzutrennen und einzuziehen und auf der Mehlbezugskarte den Buchstaben „Z“ des am unteren Rande der Karte aufgedruckten Alphabetes zu durchlochen. Auf Mehlbezugskarten, bei welchen der Buchstabe „Z“ bereits durchlocht ist, darf selbst wenn der Käufer gültige Kaffeekarten vorweist, kein Kaffee abgegeben werden. Die Verteilung des Kaffees an die Händler bzw. Konsumentenorganisationen besorgt in der bisher geübten Weise die Kriegskaffee-Zentrale. Kaffeebezugscheine für kaffeeverarbeitende Gewerbe (Kaffeessieder, Kaffeeschänker, Gastwirte, etc.) können durch den von der Gemeinde abgegebenen Kaffee nicht realisiert werden. Die übrigen Kaffeebezugscheine (Spitäler, Anstalten, etc.) werden von der Kaffeezentrale eingelöst.

Die Eierversorgung Wiens. Aus dem Rathause wird gemeldet: Dank der Fürsorge der beteiligten Stellen war die Versorgung des Wiener Marktes mit Eiern in den letzten Wochen verhältnismäßig sehr günstig. Wenn sich diese guten Zufuhren nicht besonders bemerkbar machen, so liegt dies an dem Umstand, daß alle Vorräte in kürzester Zeit vergriffen sind, weil der Eierkonsum infolge der Knappheit aller sonstigen Bedarfsartikel außerordentlich groß ist. Die Gemeindeverwaltung ist über alle Eiersendungen, die in Wien einlangen, genau informiert und die städtischen Aufsichtsorgane wachen darüber, daß nicht größere Mengen der Wiener Bevölkerung entzogen werden. Die Gemeindeverwaltung hältes auch für ihre Pflicht, jetzt in der produktionsreichsten Zeit für den Winter vorzusorgen und hat bis heute rund 9 Millionen Stück Eier einkalken lassen, um sie zur gegebenen Zeit der Bevölkerung zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung zu stellen.

Abgabe von Ersatznahrungsmitteln anstatt Kartoffeln. Da eine Aenderung der Verhältnisse nicht eingetreten ist, kann auch die kommende Woche eine Abgabe von Kartoffeln nicht erfolgen. Die Gemeinde Wien wird dafür Sauerkraut zum Preise von 70 Heller für 1 kg, Dörrkraut zum Preise von 36 h für 10 dkg, ferner in der ersten Wochenhälfte Pflaumenmus zum Preise von K 2,40 für 1 kg und Rüben (nach Maßgabe des Anrollens) zum Preise von 13 h per kg zum Verkaufe bringen. Statt Pflaumenmus werden von Mitte nächster Woche an Dörrpflaumen abgegeben werden.

+ + +
In der kommenden Woche wird von Dienstag bis Freitag in den städtischen Mehlabgabestellen Mehl abgegeben.

187
Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Montag, 14. Mai 1917. Nr. 187.

6. Kriegsanneihe. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat folgenden Aufruf erlassen:

Drei Jahre schon wehren wir uns gegen die Feinde, die uns vernichten wollen! Dürfen wir jetzt, da die Entscheidung bevorsteht, im Widerstande erlahmen? Mitbürger, zeichnet die 6. Kriegsanneihe!

Wien, im Mai 1917.

Abmeldungen für den Besuch von Heilbädern, Kurorten und Sommerfrischen.

Personen, die heuer ein Heilbad oder auf die Dauer von mindestens 4 Wochen einen Kurort oder eine Sommerfrische besuchen wollen, haben die Meldung hierüber bis 1. Juni d.J. bei der politischen Bezirksbehörde ihres ständigen Wohnortes zu erstatten. In Wien erfolgt die Meldung im Büro des Landesverbandes für Fremdenverkehr 1. Bezirk Stock im Eisenplatz 3-4 vom 15. Mai angefangen an Wochentagen in der Zeit von 9 bis 5 Uhr, an Sonn- und Feiertagen in der Zeit von 9 bis 12 Uhr.

Zur Jugendpflege. Der Zentraldirektor der Wiener städtischen Knabenhorte kaiserlicher Rat Aichhorn gibt eine eigenartig ausgestattete Druckschrift „Mitteilungen“ heraus, welche dazu dienen sollen, eine Sammlung von Beschäftigungsmöglichkeiten für die Hortknaben zu geben und den Lehrern den Weg zu weisen, welchen die praktische staatsbürgerliche Erziehung zu gehen hat. Wie aus dem Inhalt des vorliegenden ersten Heftes hervorgeht, soll das Leitmotiv aller Arbeiten die erzieherische Auswertung des im Kindesalter so vorherrschenden Spiel- und Nachahmungstriebes sein, die Beschäftigung soll durch das wechselvolle Spiel der Phantasie anregend erhalten werden. Es wird gezeigt, wie die Hortbuben Feuerwehr spielen, u. verschiedene andere Spiele, Knabenhandarbeiten, Reigen, Exerzieren sollen in bunter Abwechslung Betätigungen schaffen, um die Knaben in ihrer harmonischen Entwicklung zu fördern.

Dienstjubiläum. Morgen (Dienstag) feiert der Direktor des Steueramtes der Stadt Wien Emil Mock die Vollendung seines 35. Dienstjahres. Mock ist seit 1914 Steueramts-Direktor und hat sich um das städtische Steuerwesen anerkannte Verdienste erworben. Die Umgestaltung des veralteten Steuerverrechnungssystems auf moderner Grundlage ist sein Werk und sein Einfluß war auf diesem Gebiete richtunggebend. Für seine Verdienste um die Einhebung der neuen Kriegsteuern wurde ihm das Kriegskreuz 2. Klasse für Zivilverdienste verliehen.

Volksbibliothek-Verein. Am 10. d.M. fand die Jahresversammlung des I. Wiener Volksbibliotheks-Vereines statt. Der Vorsitzende Bezirksvorsteher und Landtagsabgeordneter Ohrfandl begrüßte die Anwesenden auf das herzlichste und hielt den während des abgelaufenen Vereinsjahres dahingeshiedenen verdienten Mitgliedern des Verwaltungsausschusses Matthäus Marschall, Medizinalrat Dr. Johann Kuhn und Kanzleileiter Hans Heger für ihr langjähriges und erfolgreiches Wirken im Dienste des Vereines in Worten ehrender Anerkennung einen tiefempfundenen Nachruf. Nach dem Berichte des Bücherwartes Direktor Prem zählt die Neubauer Volksbücherei, die erste Bücherei dieser Art, welche eine Schöpfung von Bürgern dieses Bezirkes ist und nun 39 Jahre besteht, heute mehr als 12.000 Bände (Jahresbeitrag 2 Kronen. Entlehnungstage: Mittwoch und Samstag von 5 bis 7 Uhr abends.) In den

Verwaltungsausschuß wurden gewählt: Bezirksvorsteher Ohrfandl zum Präsident, Direktor Wild und Gemeinderat Daberkow zu Vizepräsidenten, Inspektor Siebert zum Schriftführer, Direktor Prem zum Bibliothekar, die Bezirksräte Zuleger, Kiesel, v. Schrank und Köck, Oberoffizial Weiß, Oberoffizial Unger, Ober-Revident Maurer und Lehrer Wallner sowie Bezirksvorsteher-Stellvertreter Ebeling zu Ausschußmitgliedern.

Stadtratssitzung. Der Stadtrat tritt am kommenden Mittwoch vormittags zu einer Sitzung zusammen.

Ankauf von Bildern. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des StR. Schwer nachstehende im Künstlerhause derzeit ausgestellte Werke anzukaufen: „Pratermotiv“ Gemälde von Stefan Simony, „Das Lavendelweib“, Bronzestatue von Friedrich Gornik und „Frühling im Prater“, Gemälde von Georg Holub. Außerdem wurden zwei Oelgemälde von Otto Frey, darstellend Seine Majestät Kaiser Karl I. und Bürgermeister Dr. Weiskirchner angekauft.

Auszeichnung. Der Kontrollor der städt. Stellwagenunternehmung Josef Kriechbaum (Feldwebel der Kraftwagenkolonne) wurde durch Verleihung des silbernen Verdienstkreuzes mit der Krone am Bande der Tapferkeitsmedaille und der Kutscher der Stellwagen Anton Podhoreky (Kanonier des Feldhaubitzen-Regimentes Nr. 4) mit der bronzenen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet.

Neue Gassenbezeichnungen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Dechant die von der Wilhelminenstraße zwischen den Häusern Nr. 156 und 158 nördlich führende Gasse nach dem verstorbenen Pfarrer von Ottakring Johann Rohrer, welcher ein wertvolles Gedankbuch von Ottakring verfaßte, mit „Rohrergasse“ und nach einem Antrage des StR. Knoll die beim Nordwestbahndurchlaß nordöstlich von der Jedleseeerstraße abzweigende und westlich der Nordwestbahn bis zur Pragerstraße verlaufende Gasse nach dem 1905 verstorbenen um die technische Materialprüfung verdienten Hofrat Ludwig Tetmayer mit „Tetmayergasse“ benannt.

Die Bezirksvertretung Brigittenau hält Freitag, den 25. Mai 6 Uhr abends eine Sitzung ab.

Jungklee als Spinatersatz. Vom k.k. Amte für Volksernährung wurde am Samstag auf den Naschmarkt und heute auf den Markt am Yppenplatz Jungklee zum Verkaufe zugewiesen. Der Preis betrug 25 h per kg. Von der Menge von zirka 5.000 kg ist ein geringfügiger Teil an Verbraucher abgesetzt, ein Teil während der Lagerung heiß geworden und verderben und der bedeutende Rest mußte, um ein weiteres Verderben zu verhindern, als Viehfutter rasch verkauft werden. Die Direktion des Marktamtes sah sich zu dieser Maßregel veranlagt, weil das Publikum schon vorvorneherein eine ablehnende Haltung eingenommen hatte und ein Absatz des Mees ausgeschlossen erschien.

Zur Frage der Verlegung der Schulferien. Am Samstag hatte Bürgermeister Dr. Weiskirchner in einer Audienz beim Unterrichtsminister Freiherrn v. Hussarek Gelegenheit, den einstimmigen Beschluß des k.k. Bezirksschulrates Wien zu vertreten, dem auch der Wiener Stadtrat zugestimmt hatte, wonach die Hauptferien der Volks- und Bürger schulen auf die Zeit vom 1. Juli bis 31. August verlegt werden und daß dieselbe Maßnahme auch an Mittelschulen und anderen ähnlichen Lehranstalten eintrete. Die Forderung nach Verlegung der Hauptferien beschäftigt schon seit einer Reihe von Jahren sowohl die Fachkreise als auch die breite Öffentlichkeit. Zweifellos sind die Monate Juli und August die heißesten des Jahres, daher einem geregelten Unterrichte und einem günstigen Unterrichtserfolge am abträglichsten. Die Frage, ob die Zeit vom 1. bis 15. Juli oder die vom 1. bis 15. September für den Unterricht wertvoller sei, kann ohnweiters zugunsten der letzteren Zeit entschieden werden. Dabei hat in vielen Haushaltungen auch der Umstand Schwierigkeiten hervorgeufen, daß die Mittelschüler vielfach infolge zeitlicher Maturitäts-Prüfungen bereits anfangs Juli vom Unterrichte frei waren, während Volks- und Bürgerschüler erst am 15. Juli in Feriengehen konnten. Die k.k. Bezirksschulinspektoren haben sich für die Verlegung der Hauptferien, nicht aber für eine Verlängerung derselben auf 10 Wochen ausgesprochen, da es kaum denkbar sei, eine solche Verlängerung durch Einschränkung der Ferialtage im Laufe des Schuljahres hereinzubringen.

Der Unterrichts-Minister nahm die Bitte des Bürgermeisters wohlwollend entgegen und versprach deren Behandlung, wobei^{er} diese allerdings für den nächsten Schulschluß als kaum schon durchführbar erklärte.

189

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michien.
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 15. Mai 1917. Nr. 189.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner über Tagesfragen.

In einer Versammlung des Neubauer Wählervereines unter dem Vorsitz des Bezirksvorstehers Ohrfandl sprach gestern Bürgermeister Dr. Weiskirchner über Tagesfragen. Nach einleitenden Worten über das Parteeleben im Bezirke Neubau und herzlicher Begrüßung der Versammlung wendete sich der Redner der Ernährungsfrage zu. Nach Erklärungen der obersten Stellen sowohl in Deutschland wie in Oesterreich-Ungarn sind Lebensmittel bei den Zentralmächten bis zur kommenden Ernte ausreichend vorhanden. Ich habe keinen Grund, sagte der Bürgermeister, an dieser autoritativen Erklärung zu zweifeln, es wirft sich aber doch sofort die Frage auf, wenn wir ausreichend versorgt sind, warum ergeben sich örtlich und zeitlich fühlbare Notstände und zwar nicht nur in unserer Zweimillionenstadt, sondern auch in Industriezentren, ja sogar auf dem Lande, denn es haben genug Gemeinden verlaublich, daß sie heuer keine Sommergäste aufnehmen. Wir hören, daß in Galizien und in Ungarn noch immer Kartoffelvorräte aus der Ernte 1916 vorhanden sind und wir in Wien haben die dritte kartoffellose Woche. Wir hören, daß mehr als genügend Vieh vorhanden ist, und bei uns in Wien herrscht Fleischmangel und

auch Teuerung des Fleisches. In Ungarn soll es reichlich Schweine geben und wir in Wien haben einen Fettmangel, der von Woche zu Woche ärger wird. Die Milchversorgung wird von Tag zu Tag schwieriger und dabei kommen jetzt schon die warmen Tage, an denen leider so und so viele tausend Liter Milch in saurem Zustande hier einlangen und eine weitere Reduktion der verfügbaren Milchmenge herbeiführen. Ein erfreuliches Zeichen dagegen ist, daß die Gemüsezufuhren von Tag zu Tag zunehmen und ich habe auch gar keinen Zweifel daran, daß wir alle die vorübergehenden Mängel überwinden und durchhalten werden, aber es muß doch besprochen werden, wozu die Schwierigkeiten des Approvisionierungsproblems liegen.

Es ist müßig im 34. Kriegesmonate darüber zu sprechen, ob es von unserer Regierung zu Beginn des Krieges zweckmäßig war, den soliden und legitimen Handel mehr und mehr auszuschalten und im Wege staatlicher Bewirtschaftung die wichtigsten Nahrungsmittel zu erfassen und zu verteilen. Darüber läßt sich heute nicht mehr sprechen und es bleibt nichts anderes übrig, als die Konsequenzen aus diesem staatlichen System zu ziehen. Wiederholt wurde der Vergleich der Zentralmächte mit der belagerten Festung gezogen. Wie in dieser soll keiner prassen, keiner soll darben, und durch Rayonierung und Portionierung soll jedem Einwohner das Nötige zum Lebensunterhalte geboten werden. Der Vergleich hinkt aber doch, denn die Einwohnerzahl einer belagerten Festung beläuft sich auf tausende und das belagerte Zentraleuropa hat ebensovielen Millionen. In der belagerten Festung ist eine ziemlich homogene Einwohnerschaft, in dem belagerten Zentraleuropa sind die einen auch Produzenten, die anderen aber nur Konsumenten, die einen wohnen in den Großstädten, andere im der fruchtbaren Ebene, wiederum andere in unwirtlichen Gebirgsgegenden. In der Festung entscheidet der Wille eines Kommandanten, bei uns gibt es eine Reihe von Kommandanten militärischer und ziviler Natur und dazu haben wir in unserer Monarchie noch zwei Staaten, von denen der eine dem anderen nicht immer das gibt, was er geben könnte und was wir brauchen würden. Bei Brot und Mehl hat sich ja die staatliche Bewirtschaftung im großen und ganzen bewährt, aber bei nicht haltbaren Artikeln, wie z.B. bei Milch und Fett, die außerdem nicht in genügender Menge vor-

handen sind, was nützen Fettkarten, was Milchkarten, wenn ihr Inhaber das Nahrungsmittel nicht erhält. Nachdem auch die Zufuhren aus den neutralen Ländern stark abgenommen haben, bleibt nichts anderes übrig, als die Produktion im eigenen Land so intensiv als möglich zu gestalten und hier setzt nach meiner Meinung die vorzüglichste Pflicht der Regierung ein: Alles aufzubieten, um der Landwirtschaft die nötigen Kräfte zur Verfügung zu stellen, da auf die Dauer von Greisen, Frauen und Kindern allein die landwirtschaftliche Arbeit nicht geleistet werden kann.

Was ergeben sich nun für Aufgaben der Gemeindeverwaltung? Die Gemeinden haben die nötigen Lagerräume und Speicher zur Verfügung zu stellen, die nötigen Schlachthanlagen und Kühlräume, sie haben auch für die Konservierung der im Sommer überschüssigen Lebensmittel durch Kartoffeltrocknungsanlagen, Dörrvorrichtungen, Marmeladefabriken u. dgl. zu sorgen und vor allem soll der Versuch unternommen werden, ob es nicht möglich ist, schon jetzt durch umfassende Lieferungsverträge mit Produzenten die nötigen Mengen von unentbehrlichen Lebensmitteln für den kommenden Herbst und Winter sicherzustellen. Die Gemeinde Wien bemüht sich jetzt insbesondere was Kartoffel, Obst und Gemüse anbelangt, im Wege solcher Lieferungsverträge vorzusorgen. Dabei wollen wir uns des legitimen Handels bedienen, dessen fachmännische Tüchtigkeit und Rührigkeit nicht nur seine alten Bezugsquellen wieder dienstbar machen, sondern auch neue finden und erschließen kann. Ich halte dieses Vorgehen für den allein richtigen Weg, der auch bestimmend für die Zukunft sein soll, da es nur auf diese Weise möglich sein wird, den Abbau der Zentralstellen zu erreichen, deren Schwerfälligkeit und teure Regie erwiesen sind.

Der Redner geht sodann auf die Verhältnisse des Gewerbestandes insbesondere für die Zeit der Uebergangswirtschaft näher ein, bespricht in großen Zügen die personelle und sachliche Demobilisierung und dankt der Regierung, für die Schaffung eines Generalkommissariates für die Uebergangswirtschaft, an dessen Spitze der bewährte Sektionschef Riedl gestellt wurde, dem die Bevölkerung volles Vertrauen entgegenbringt. Im Zusammenhange mit den Vorsorgen für die Friedenswirtschaft besprach der Bürgermeister die finanzielle Bereitstellung, wies auf den glänzenden Erfolg der letzten Anleihe der Gemeinde Wien hin und appellierte in nachdrücklichen Worten an die Versammlung, alles aufzubieten, damit die österreichische Kriegsanleihe im Auslande die ungeschwächte finanzielle Kraft des Reiches zeige.

Der Bürgermeister fuhr sodann fort: Ueber die Gegenwart hinweg richten wir den Blick auf die Zukunft. Heldenmütig kämpfen unsere Söhne und Brüder um den Bestand des Reiches und auch wir im Hinterlande, Frauen und Männer bringen die größten Opfer und leisten die schwersten Kriegsdienste in der Erwartung, daß ein neues Oesterreich entstehe. Dieses neue Oesterreich gehört unserer Jugend, für deren Ertüchtigung wir daher sorgen müssen. Der Gemeinderat der Stadt Wien hat in einer seiner letzten Sitzungen ein weitaußergreifendes Programm der städtischen Jugendfürsorge einstimmig beschlossen und auch der sozialdemokratische Redner mußte diese Sitzung als einen Ehrentag des Wiener Gemeinderates bezeichnen. Aus eiserner Zeit soll ein neues Geschlecht zur eisernen Pflichterfüllung heranwachsen, getragen von Liebe zum Reiche und zur Stadt. Unser erster und letzter Gedanke am Tage soll den Kindern gelten, und wer seine Stadt liebt, sorgt für die Größe und den Ruhm ihrer Zukunft. Diese aber sind unserer deutschen Jugend anvertraut.

Kohlenverkauf im April. Auf den sieben städtischen Kohlenlagerplätzen wurden im April d.J. insgesamt 267.973 Meterzentner Braunkohle gegen 290.573 Meterzentner im März d.J. und gegen 74.445 Meterzentner im April des Vorjahres verkauft. Die Anzahl der Parteien betrug im April d.J. 25.049 pro Tag, im März 28.984 und im April des Vorjahres 5292. An Steinkohlen wurden im Berichtmonate 120.412 Meterzentner gegenüber 124.875 Meterzentner im Vormonate abgesetzt. Aus dieser Zusammenstellung ist ein kleiner Rückgang im Absatze zu verzeichnen. Während der Kleinverkauf der Braunkohle im Vorjahre im April gegenüber dem März sich fast um 40 % verminderte, betrug heuer der Rückgang nur 17.6 %. Der Umsatz an Braunkohle betrug sowohl im Kleinverkauf wie im fuhrweisen Verkauf ein Vielfaches des Absatzes im Vorjahre und war im Gesamtverkaufe rund 3.6 mal so stark. Der Verkauf an Steinkohle hielt sich annähernd auf gleicher Höhe.

Vorrückung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Tomola den Bezirksaushilfslehrer Leopold Rada zum Bürgerschullehrer, den Volksschullehrer 2. Klasse Eugen Kolenda zum Volksschullehrer 1. Klasse und die Volksschullehrerin 2. Klasse Berta Pleyer zur Volksschullehrerin 1. Klasse ernannt.

Platzkonzerte. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des StR. Wippel, dem Musikverein der Südbahnbediensteten bis auf weiteres die Bewilligung zu erteilen, auf dem Kinderpielplatz des Maria Josepha-Parkes Platzkonzerte an Sonntagvormittagen abzuhalten.

Aufnahme von weiblichen Hilfskräften bei der städtischen Feuerwehr. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des StR. Scher die Aufnahme von weiblichen Hilfskräften bei der städtischen Feuerwehr z.B. zu Diensten als Aufwärter in den Kanzleien, im Telegraphen- und Marodenzimmer, als Köche in den Mannschaftsküchen u.s.w.

Sandalenverkauf. Der Verkauf von Sandalen in der Volkshalle findet an allen Werktagen u.zw. von 8 bis 11 Uhr vormittags, Montag Mittwoch und Freitag außerdem noch von 2 bis 5 Uhr nachmittags statt. Infolge der lebhaften Nachfrage werden die Sandalen ausnahmsweise auch diesen Sonntag (Feiertag) in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags abgegeben.

190

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 16. Mai 1917. Nr. 190.

Arbeits- und Dienstvermittlungsamt der Stadt Wien.

Dem vorliegenden Geschäftsberichte des Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes der Stadt Wien ist zu entnehmen, daß der lang andauernde Weltkrieg seinen nachhaltigen und tiefgehenden Einfluß auch auf die Tätigkeit dieses Amtes ausgeübt hat. Hinsichtlich der gewerblichen Männerarbeit war die Lage des Arbeitsmarktes für die Arbeitssuchenden eine sehr günstige. Die zu Anfang des Krieges einsetzende Arbeitslosigkeit hat allmählich einem immer fühlbarer werdenden Mangel an vollwertigen und ausgebildeten männlichen Arbeitskräften Platz gemacht. Der männliche Arbeitslose ist fast gänzlich vom Arbeitsmarkte verschwunden. Bei der gewerblichen Frauenarbeit hat die Vermittlungstätigkeit eine namhafte Steigerung erfahren. Hier machte sich aber schon ein Ueberangebot von Arbeitskräften und eine größere Arbeitslosigkeit geltend.

Die Dienstvermittlung hat im Vergleiche zu den Vorjahren merklich abgenommen, da sowohl die Zahl der freien Dienstplätze als auch noch mehr die der Dienstsuchenden zurückgegangen ist, so daß sich ein Mangel an weiblichem Dienstpersonale fühlbar machte.

Auch die Lehrstellenvermittlung weist eine Abnahme auf. Es betrug die Gesamtzahl der neuangemeldeten Stellenangebote 135.568 im Jahre 1915 gegen 53.953 im ^{ersten Halb-} Jahre 1916, Stellengesuche 149.897 im Jahre 1915 gegen 61.303 im ersten Halbjahre 1916 und der Vermittlungen 122.030 im Jahre 1915 gegen 46.874 im ersten Halbjahr 1916.

Das Amt hat seit seinem Bestand 1.999.741 Vermittlungen durchgeführt; seine Auslagen betragen im Verwaltungsjahre 1914/15 K 222.843, denen Einnahmen im Betrage von K 42.942 gegenüberstanden.

Am Schlusse des ersten Halbjahres 1916 waren 14 Abteilungen und 22 Dienstvermittlungstellen in Tätigkeit.

Pensionierungen. Der Stadtrat hat dem Ansuchen des Oberbaurates Ing. Alfred Greil um Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben. Im Jahre 1855 geboren, trat Greil im Jahre 1879 nach Vollendung der technischen Hochschulstudien in den städtischen Dienst und wurde im Jahre 1903 zum Baurate ernannt. Erwar längere Zeit in der Abteilung für Hochbau tätig und führte in dieser Stellung auch mehrere Schulbauten durch. Er übernahm später die ^{Bau} polizeiabteilung für den 1., 2., 4., 8., 9. und 20. Bezirk und als Leiter dieser Abteilung wurde ihm der Titel Oberbaurat verliehen. Er war Mitglied der Theater-Landeskommission und Obmann der Theater-Lokalkommission. - Ferner hat der Stadtrat auch dem Ansuchen des Baurates Johann Podstata um Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben.

Dienstjubiläum. Rechnungsrat Ludwig Krifter, Vorstand der Buchhaltungsabteilung 2 (Personengebühren), der durch seine umfassende Kenntnis aller Verwaltungsangelegenheiten allgemeine Anerkennung im Rathause genießt, vollendete heute sein 25. Dienstjahr bei der Gemeinde Wien. Aus diesem Anlasse fand in seiner Abteilung eine kleine Feier statt, bei welcher Rechnungsoberrevident Eder dem beliebten und verehrten Vorstände die herzlichsten Glückwünsche der Beamtenschaft zum Ausdruck brachte.

WIENER STADTRAT.

Sitzung vom 16. Mai.

Vorsitz: Bgm. Dr. Weiskirchner, die VB. Hierhammer, Hoß, Rain.

VB. Rain beantragt den Ankauf von Grundparzellen am linken Ufer des Frauenbaches im Ausmaße von 4201 m² um den Pauschalpreis von K 1000. von der Gemeinde Schweschat. (Ang.)

StR. Dr. Haas beantragt die Abteilung der Liegenschaft E.Z. 908 im 3. Bezirk nächst der Landstraßer Hauptstraße und Pfarrhofgasse auf 3 Baustellenteile, der Liegenschaft E.Z. 906 im 3. Bezirk ebendort auf 2 Baustellen und der Liegenschaft E.Z. 1407 und 1441 im 18. Bezirk nächst der Haizinger- und Lazaristengasse auf 2 Baugruppen. (Ang.)

Nach einem Antrage des StR. Schneider wird die Erneuerung der Gleise in der Radetzkystraße zwischen der Hinteren Zollamtsstraße und Pfefferhofgasse im 3. Bezirk mit den Kosten von 31.000 K und in der Spitalgasse zwischen Sensengasse und Tendlergasse im 9. Bezirk mit den Kosten von 60.000 K genehmigt.

Der vom Stadtbauamte ausgearbeitete Vorentwurf für den Umbau der Brücke über die Vorortelinie der Wiener Stadtbahn im Zuge der Krottenbachstraße wird genehmigt. Der Magistrat wird beauftragt, wegen Leistung eines Betrages zu den Baukosten und wegen der Ausführung der Arbeiten mit der k.k. Staatsbahndirektion Wien Verhandlungen einzuleiten.

Das für den Straßenbau in der Stromstraße von der Dresdnerstraße bis zur Vorgartenstraße und in der Vorgartenstraße entlang dem Schulbau im 20. Bezirk sich ergebende Gesamterfordernis von 103.629 K wird genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Dechant werden Liegenschaften in Grinzing aus der Verlassenschaft nach Eduard Hauser im Ausmaße von 30.970 m² um K 1,50 per m² für die bodenpolitischen Zwecke der Gemeinde Wien angekauft.

Kriegsanleihe. Der Stadtrat beschloß nach einem Berichte des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner für die 6. Oesterreichische Kriegsanleihe einen Betrag von 50 Millionen Kronen aus den eigenen Geldern der Gemeinde, aus den städtischen Anstalten und Fonds zu zeichnen.

Wiener Kinder aufs Land. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hoß dem Vereine „Wiener Kinder aufs Land“ eine Subvention von 150.000 K bewilligt.

Der 60. Geburtstag des Vizebürgermeisters Hierhammer. In der heutigen Stadtrats-Sitzung beglückwünschte der Vorsitzende Vizebürgermeister Hoß den ersten Vizebürgermeister Heinrich Hierhammer, welcher dieser Tage seinen 60. Geburtstag feierte namens des Stadtrates in herzlichen Worten.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg, Wien, Freitag, 18. Mai 1917. Nr. 191.

Höchstpreise für ausländische Butter. Die Höchstpreise für ausländische Butter stellen sich vom 15. Mai bis auf weiteres auf K 12,60 per kg für ausgeschnittene Ware und K 12,36 per kg für pakettierte Ware. Es dürfen demnach für 12 dkg ausgeschnittene Ware nicht mehr als K 1,46, für pakettierte Ware K 1,48 berechnet werden.

Das Vermächtnis des Bezirksvorstehers Hofinger. Der am 16. August 1915 verstorbene Bezirksvorsteher von Ottakring Johann Hofinger hat letztwillig das ihm gehörige Haus 16. Bezirk Reinhartsgasse 38 und die Hälfte des Hauses 15. Bezirk Goldschlagstraße 26 der Stadt Wien unter der Bedingung vermacht, daß das Ertragnis des ersteren zur Verbesserung des Loses armer christlicher Wiener Bürger und ihrer Witwen und jenes der Haushälfte in Fünfhaus zur Förderung der Zwecke des Vereines Maria Josefium im 16. Bezirk verwendet werde. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des Stadtrates Dr. Mataja, das Vermächtnis mit der verfügbaren Widmung anzunehmen und den Magistrat zu beauftragen, die Einverleibung des Eigentumsrechtes zu erwirken.

Kreditverein der Zentralsparkassa. In Anwesenheit des Vizebürgermeisters Rain und des landesfürstlichen Kommissärs Bezirkshauptmanns Dr. Lieger fand Mittwoch, den 16. d.M. die Plenarversammlung des Kreditvereines der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien statt. Obmann Kainz eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in welcher er ausführte, daß der Verein bereits die dritte Vollversammlung während des Krieges abhalte und den Wunsch aussprach, daß die nächste Versammlung in die Friedens- bzw. Uebergangszeit fallen werde. Trotz der schwierigen Zeiten habe der Verein auch im letzten Jahre ruhig weiter gearbeitet und war bestrebt, seinen Zwecken, an Kleingewerbetreibende und Geschäftsleute Kredit zu gewähren, zu entsprechen. In der Erwartung, daß die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine Steigerung der Kreditbedürfnisse des Wiener Handels- und Gewerbestandes mit sich bringen werde, wurde mit Zustimmung des Wiener Gemeinderates der zulässige Höchstkredit von 30.000 Kronen auf 60.000 Kronen erhöht. Hiefür gebühre dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner und dem Referenten des Kreditvereines im Gemeinderate Vizebürgermeister Rain der vollste Dank. Der Verein werde sich bestreben, den Bewerbern auch in den kommenden Zeiten billigen Kredit rasch zugänglich zu machen. - Der Vorstand Pilz erstattete sodann den Tätigkeitsbericht des Vereines, dem wir folgendes entnehmen: Die bei Ausbruch des Krieges in der Güterproduktion und dem Handel eingetretene Umwälzung hat mit dem Fortschreiten und der weiteren Ausbreitung der kriegerischen Verwicklungen im Vorjahre an Umfang und Bedeutung noch wesentlich zugenommen. Die Wirkungen dieser einschneidenden Veränderungen in der Struktur unseres Wirtschaftslebens finden naturgemäß auch in der Entwicklung der Kreditverhältnisse und der Kredit gewährenden Institute ihren sinnfälligen Ausdruck. Die weiteren Einberufungen zum Kriegsdienste, der immer heftiger auftretende Mangel an Rohmaterial und Arbeitskräften verursachte in vielen Fällen auch bei unseren Mitgliedern die Einschränkungen, oft aber auch die gänzliche Stilllegung ihrer Betriebe. Auf der anderen Seite führen die gesteigerten Bedürfnisse der Heeresverwaltung bei gewissen Gruppen des Handels- und Gewerbestandes zu einer mit wesentlich vermehrtem Umsatze verbundenen Ausgestaltung ihrer Betriebe. Unter

diesen Verhältnissen ist es begreiflich, daß das schon im früheren Verlaufe des Krieges verminderte Kreditbedürfnis eine weitere Rückbildung erfuhr und daß die herrschende Geldfülle auch bei unserem Vereine, wie bei anderen, der Kreditvermittlung dienenden Organisationen, bedeutende Rückzahlungen und die Anhäufung größerer Guthaben in laufender Rechnung zur Folge hatte. Mit Rücksicht auf den Zinsfuß, den wir unter den herrschenden Verhältnissen für diese Guthaben gewähren konnten, sah sich der Ausschuß, entsprechend den Zwecken unseres Vereines, veranlaßt, auch den Darlehenszinsfuß für unsere Mitglieder tunlichst zu ermäßigen und reduzierte den Zinsfuß für Belehnung mündelsicherer Wertpapiere von 6 auf 5 %, für Kredite gegen grundbücherliche Sicherstellung von 6 auf 5 ½ % pro anno. Einen breiten Raum in unserer Wirksamkeit beanspruchte im abgelaufenen Jahre die Funktion des Kreditvereines als Zahlstelle für die seitens der Gemeinde Wien an den Verein der am Kolonialwarenhandel beteiligten Firmen abgegebenen Konsumartikel, zumal der Kreis der bezüglichen Geschäfte dadurch eine Erweiterung erfuhr, daß auch die von Zentralstellen dem Vereine der am Kolonialwarenhandel beteiligten Firmen zum Vertriebe überlassenen Waren hierin einbezogen wurden.

Ueber Antrag des Mitgliedes Mayer wurde dem Ausschuß des Vereines insbesondere dem Obmann Kainz und dem Obmann-Stellvertreter Bezirksvorsteher Wienerer und dem Ausschußmitglied Haackl der Dank der Mitglieder ausgesprochen. Nach der Erteilung der Entlastung und der Vornahme der Wahlen überbrachte Vizebürgermeister Rain die besten Grüße des Bürgermeisters und versprach, daß die Gemeinde nach wie vor die Bestrebungen des Vereines auf das nachdrücklichste unterstützen werde. Er sprach ebenfalls dem Ausschusse den besten Dank aus, ebenso dem landesfürstlichen Kommissär Dr. Lieger, welcher allen Fragen des Gewerbestandes sein besonderes Augenmerk zuwende und dankte schließlich dem Direktor der Zentralsparkassa Dr. Meller, dem Direktionssekretär Dr. Pokorny, dem Vorstände Pilz und allen übrigen Beamten für ihre wertvolle Mitarbeit. Er betonte die Wichtigkeit einer weitausgreifenden Organisation des Gewerbestandes und gab bekannt, daß im Jahre 1916 in Oesterreich mehr als 208.000 Gewerbetreibende ihren Betrieb eingestellt haben. Es werde die Aufgabe der Regierung, des Landes und der Gemeinde sein, die zugrunde gegangenen Existenzen wieder aufzurichten und der Staat, welcher 45 Milliarden für Kriegszwecke aufbrauchte, hat die Pflicht, mehrere Millionen für das Gewerbe zu widmen. Daß die Gemeindeverwaltung keine Opfer scheuen werde, soweit als möglich dem Gewerbe zu helfen, könne er mit Sicherheit versprechen. Nach dem Schlußworte des Obmannes Kainz, welcher zur Beteiligung an der Zeichnung der Kriegsanleihe aufforderte, und an die Gewerbetreibenden den Appell richtete, daß sie im eigenen Interesse sich dem Kreditvereine anschließen mögen, wurde die Sitzung geschlossen.

Verteilung von Lebensmitteln zu Ostern. Die Kriegsfürsorge-Zentrale in Wien I. Bezirk Neues Rathaus, stellte anlässlich der Osterfeiertage zur Verteilung an bedürftige, insbesondere kinderreiche oder durch Krankheiten heimgesuchte Familien 5880 kg Suppenmehlspeisen, 3600 kg getrocknete Speiserüben, 2600 kg Suppenkonserven, 49.650 kg Hirsebrein und 12.000 Liter Kondensmilch im Gesamtwerte von 151.966 K zur Verfügung. Die Ostergaben wurden durch die Frauenarbeitskomitees in den 21 Bezirken in der Woche vor den Feiertagen zur Verteilung gebracht.

Die Theater-Lokal-Kommission für Wien hat an Stelle des in den Ruhestand getretenen Oberbaurates Greil den Magistratsrat Dr. Wolfgang Madjera zum Obmann gewählt.

27. Jahrg. Wien, Samstag, 19. Mai 1917. Nr. 192.

Kriegsanleihezeichnungs-Versicherung. Die zur Subskription aufgelegte 6. österreichische Kriegsanleihe bedarf in dem gegenwärtigen Augenblicke, in welchem der Weltkrieg seiner Entscheidung entgegenreife soll, einer besonders nachdrücklichen Förderung durch alle Kreise der Bevölkerung. In dem Bestreben, alle Möglichkeiten, welche bestehen auszunützen, hat sich die städtische Versicherungsanstalt entschlossen, durch Verbindung zwischen Kriegsanleihezeichnung und Versicherung auch solchen Personen, die Möglichkeit zur Betätigung ihrer patriotischen Absichten durch Erwerbung von Kriegsanleihe zu eröffnen, welchen die hierzu erforderlichen größeren einmaligen Zahlungen nicht zur Verfügung stehen. Die Zeichnung der Kriegsanleihe wird hierbei mit der Beantragung einer Versicherung auf den Ab- und Erlebensfall mit 10jähriger Dauer gegen eine 1/4jährliche Prämie von K 2,40 verbunden. Der Zeichner erwirbt hiedurch das Anrecht auf die Ausfolgung der Kriegsanleihe längstens nach Ablauf von 10 Jahren; seine Hinterbliebenen erhalten sie jedoch vollkommen abzugsfrei schon früher, wenn der Tod des Zeichners wann immer erfolgt, vorausgesetzt, daß er seinen Prämienzahlungen nachgekommen ist. Aus den Bedingungen der Kriegsanleihezeichnungs-Versicherung kann noch besonders hervorgehoben werden, daß die Aufnahme ohne ärztliche Untersuchung erfolgt, die Versicherung vom ersten Tage an unanfechtbar ist und der kleinste zur Zeichnung zulässige Betrag mit K 100 bestimmt ist. Das Recht auf die gezeichnete Kriegsanleihe ist insofern unverfallbar, als es dem Zeichner zusteht, bereits nach Ablauf von 2 Jahren gegen Einstellung der Prämienzahlung die Verrechnung der gezeichneten Kriegsanleihe und der Versicherung zu fordern. Die Anstalt ist bereit, allen Interessenten für diese von ihr eingeführte außerordentlich vorteilhafte Kombination Auskunft zu erteilen. Anfragen werden entgegengenommen und Anträge aufgenommen in der Direktion Wien I. Bezirk Tuchlauben 8, in den Kanzleien der Bezirksvertretungen und in der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien und deren Zweigstellen.

Städtische Bäder. Die städtischen Bäder stehen bis auf weiteres an folgenden Tagen für den allgemeinen Besuch offen und zwar:

Volksbäder: Montag bis Freitag von 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends, Samstag von 8 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags und von 2 bis 8 Uhr abends, Sonn- und Feiertags von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags.

Dampf- und Wannengebäude: Das Theresienbad im 12. Bezirk, das Kaiser Franz Josef-Bad im 17. Bezirk und das Bad im 21. Bezirk Kretzgasse sind Montag bis Freitag von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends, Samstag von 7 Uhr früh bis 8 Uhr abends und an Sonn- und Feiertagen von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags geöffnet.

Die Schwimmhalle des Kaiser Franz Josef-Bades ist Montag bis Freitag von 8 Uhr früh bis halb 7 Uhr abends, Samstag von 7 Uhr früh bis 8 Uhr abends und an Sonn- und Feiertagen von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags für den allgemeinen Besuch geöffnet.

Die städtischen Strombäder bei der Augarten-, Sophien- und Kaiser Josefbrücke und im Kuchelauerhafen (Kahlenbergerdorf) sind von halb 7 Uhr morgens bis zum Einbruche der Dunkelheit geöffnet.

Das Schwimmbecken des Theresienbades wird am 2. Juni, die Herren- und Frauen-Abteilung des Hütteldorfer Voll- und Schwimmbades 13. Bezirk Utendorfgasse 3 am Sonntag, den 20. d.M. und das

(alte) Hernalser Voll- und Schwimmbad im Pezsl-Park 17. Bezirk Jürgerstraße 46-48 am Pfingstsonntag der allgemeinen Benützung übergeben. Die Eröffnung der Strandbäder „Gänsehüfel“ und „Stadlau“ ist gegen Ende dieses Monats in Aussicht genommen und wird rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Abgabe von Saatkartoffeln durch die Gemeinde Wien. Die Gemeinde Wien gibt den Rest ihrer Saatkartoffelbestände an jene Bewerber, welche bis zum 17. d.M. ihre Ansuchen um Saatkartoffeln eingebracht haben, von Dienstag den 22. bis Donnerstag, den 24. ab. Der Bezug erfolgt gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte in den bisherigen drei Kartoffelabgabestellen und zwar in der Abgabestelle 11. Bezirk Straßenbahnhof Simmering (Eingang von der Fickeys- und Lorystraße) für die in den Bezirken 1 bis 12 gelegenen Anbaugründe, im 17. Bezirk Hernalser Schladthaus in der Richthausenstraße 2 für die Bezirke 13 bis 18 und im 19. Bezirk Kuffnerkeller, Hardtgasse 24 für die Bezirke 19 bis 21. Der Preis beträgt 24 h fürein Kilogramm. Die Abgabe findet nach den Anfangsbuchstaben der Namen statt und zwar für die Buchstaben A bis H am 22., I bis R am 23. und S bis Z am 24. Mai. Die Abgabestunden sind von 8 bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags. Neue Ansuchen um Saatkartoffeln werden nicht mehr angenommen.

Sandalenverkauf in der Volkshalle. Von Montag angefangen werden in der Volkshalle 1. Bezirk Rathaus außer Holzandalen mit Stoffbesatz auch solche mit Lederbesatz verkauft werden. Der Preis bewegt sich je nach der Größe zwischen 3.10 K und 5.10 K. Der Verkauf findet täglich von 8 bis 11 Uhr, Montag, Mittwoch und Freitag auch von 2 bis 5 Uhr nachmittags statt. - Als Verkaufszeit für Schuhe wurden Dienstag, Donnerstag und Samstag von 1 bis 5 Uhr nachmittags festgesetzt.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat hält in der kommenden Woche am Donnerstag und Freitag 10 Uhr vormittags Sitzungen ab. Freitag halb 4 Uhr nachmittags findet im Stadtrats-Sitzungssaale eine Sitzung statt, in welcher die Auflösung der städtischen Zentrale für Tuberkulosenfürsorge ausgesprochen und die Bezirkszentrale der Tuberkulosenfürsorge im Sinne des Erlasses des Ministeriums vom 2. Jänner 1917 gebildet werden soll.

Mehlabbgabe. In der kommenden Woche wird bei den städtischen Mehlabbgabestellen von Dienstag bis Freitag Mehl abgegeben.

NB. Eine Notiz „Eine großzügige Fürsorgeaktion für unsere Schulkinder“ liegt bei.

Löbliche Schriftleitung! Der Bericht über die morgen stattfindende Friedenskundgebung im Rathause wird Sonntag am späten Nachmittag im Telegraphen-Korrespondenz-Büro zwecks Abholung hinterlegt.

Abgabe von Ersatznahrungsmitteln anstatt Kartoffeln. Infolge der unveränderten Verhältnisse kann auch kommende Woche eine Abgabe von Kartoffeln nicht stattfinden. Die Gemeinde Wien wird dafür Sauerkraut zum Preise von 70 h per Kilogramm, Dörrkraut und getrocknete Rüben zum Preise von 36 h für 10 dkg, getrocknete Karotten und getrocknete gelbe Möhren zum Preise von 60 h für 10 dkg und Burgunderrüben zum Preise von 13 h per Kilogramm zum Verkaufe bringen. Vom kommenden Dienstag an werden auch bosnische Dörrpflaumen zum Preise von 2 K 92 h für 1 kg auf den Märkten und in den Markthallen abgegeben.

Eine Friedenskundgebung.

Die Leitung der Wiener christlichsozialen Partei hatte für heute die Parteimitglieder ins Rathaus zu einer Kundgebung über Kriegsziele und Friedensschluss eingeladen. Schon lange vor Beginn der für 10 Uhr vormittags anberaumten Versammlung war der große Festsaal einschließlich der Galerien bis auf das letzte Plätzchen dicht gefüllt und viele der Nachzügler konnten keinen Platz mehr finden. Auf der mit Blumen und Blattpflanzen geschmückten Estrade, woselbst die Büste Kaiser Karls und der drei verbündeten Herrscher aufgestellt waren, hatten die Mitglieder der Parteileitung, die Gemahlin des Bürgermeisters, die ehemalige Ministerin Dr. Ritter v. Wittke und Freiherr v. Nagel, die drei Vizebürgermeister, die Abgeordneten und fast alle Stadt- und Gemeinderäte Platz genommen. Als Regierungsvertreter war Polizeioberkommissär Dr. Leinweber erschienen.

Landmarschall Prinz Liechtenstein und Bürgermeister Dr. Weiskirchner wurden beim Erscheinen im Saale mit jubelnden Hochrufen und lauten Beifallskundgebungen empfangen und die begeisterte Stimmung zeigte sich auch durch die wiederholte stürmische Zustimmung, welche den markantesten Stellen der beiden Reden folgte.

Nach Eröffnung der Versammlung ergriff Landmarschall Prinz Liechtenstein zu nachstehenden Ausführungen das Wort:

Wir sind eine Partei, die auf das innigste mit allen Schichten des christlichen Volkes in Oesterreich verbunden ist. Wir teilen in dieser schweren Kriegszeit, welche der Menschheit des ganzen Erdenrundes unausprechliche Not gebracht hat, die Leiden und die Sorgen unseres Volkes, seine Entbehrungen, Verluste und Kummernisse. Wir teilen daher vom Herzen den schmerzlichen Wunsch unseres Volkes und sein heißes Gebet, daß Gott, der unser Vaterland nie verlassen hat, ihm bald die Segnungen des Friedens verleibe.

Wir sind aber auch, ich will nicht wegen aus diplomatischer Vorsicht, sondern einfach als verantwortliche ruhige überlegende Politiker verpflichtet, unserer aufrichtigen, christlichen Friedenssehnsucht nur einen solchen Ausdruck zu geben, der der Würde und Kraft, den bisherigen unübertroffenen Erfolgen Oesterreichs und seiner treuen Verbündeten entspricht. Wir müssen insbesondere die tatsächlichen Verhältnisse, welche bei unseren Gegnern herrschen, die Stimmungen und Ansprüche, welche in den maßgebenden Kreisen der Entente laut werden, in Rechnung stellen. Statt nach Frieden zu rufen, begehrt man

in Frankreich, in England, in Italien, ja selbst in den offiziellen Kreisen Rußlands, soweit sie noch Geltung haben, die Teilung Oesterreichs, die Vernichtung und Vertilgung des Deutschen Reiches, die Verelendung und Verarmung Mitteleuropas und die Sklaverei, die Schuldknechtschaft seiner Völker.

Es hat daher der deutsche Reichskanzler in seiner jüngsten Rede, die seiner staatsmännischen Begabung ein glänzendes Zeugnis ausstellt, mit vollen Rechten erklärt, daß angesichts der kriegerischen leidenschaftlichen Forderungen der Ententemächte wir durch ein Programm des Verzichtes und der Entagung uns geradezu in den taktischen Nachteil setzen, daß wir bezüglich der künftigen Friedensverhandlung in schädlicher Weise vorgreifen würden. Es ziemt dies die Entente einzuladen, den Krieg solange fortzusetzen, als sie will und kann, während wir im vorhinein alles preisgeben, was wir durch ungeheure Blut- und Goldopfer errungen haben. Das wäre wohl ein schlechter Handel und ein unverantwortlicher Undank gegen die Helden, die für unser Vaterland gekämpft, gegen unsere Völker, die im Hinterlande mannhaft gelitten, standhaft entbehrt haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Solche Transaktionen überlassen wir der Sozialdemokratie, und jenen, die in romantischer Unerfahrenheit sich von dem Stockholmer Kongresse Erfolg erwarten; dort wird die internationale teils durch Abwesenheit, teils durch Uneinigkeit ihre Ohnmacht als Friedensstifterin unkundlich erweisen. Diese Taten werden ohne Gelaweis, und mit gestraubten Fittichen heimzuführen. Die englischen, französischen, belgischen Sozialisten sind nationale Chauvinisten, die russischen treten in die provisorische Regierung, lehnen jeden Sonderfrieden ab und begehren sich für die Millionenleben, die die Entente ihnen anbietet. Der Zustand Rußlands ist ein solcher, über welchen sich die schmerzhaftesten Propheten kaum mit Sicherheit aussprechen könnten. Das einzig Wahrscheinliche ist eine viele Monate andauernde Anarchie. Mit wem in Rußland soll so lange sie währt, ein Frieden geschlossen oder auch nur unterschaltet werden? Wer wird ihn halten können, wenn ein Friedensvertrag geschlossen wird?

Der deutsche Reichskanzler hat darüber getroffen, wenn er erklärte, daß er mit Oesterreichin vollster Einmütigkeit und Ideengemeinschaft vorgeht, daß die Kriegslage noch nie so günstig war als jetzt und daß die Staatsmänner bezüglich der Kriegsziele mit der Heeresleitung in genauester Übereinstimmung sich befinden. (Lebhafte Beifall.)

Wir wollen also Kriegsziele und Friedensbedingungen heute nicht erörtern; wir begehren einen Frieden, der Oesterreich und seinen Verbündeten Sicherheit des Bestandes und der Macht, alle Bedingungen freier Entwicklung verbürgt, einen ehrenvollen und vorteilhaften Frieden. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Bürgermeister Dr. Weiskirchner, mit stürmischen Zurufen begrüßt, hielt folgende Ansprache:

Uns Wienern war es eine Liebe, von den Vätern übernommene Sitte, zur Maienszeit zu froher Fahrt in Au und Flur zu rüsten, die wiedererwachte Natur zu feiern und uns zu vermählen mit dem jungen Lenx. Auch in diesem Jahre prangt unsere gartenreiche, grünwallende Stadt in Leuchtherrlichkeit und buntem Blütenpracht - aber es fehlt uns in diesem Rahmen der köstlichste Schmuck: die Jugend unseres Volkes! Sie ist draußen in den Steppen des Ostens, auf den karatigen Höhen und in den Niefgebirgen der Alpen und mit ihr so viele andere Kämpfer, deren Maienszeit im Leben schon längst verstrichen ist und die sehnsüchtig an Frau und Kinder denken. So wollen wir mit unserer Maifahrt warten, bis sie wieder in unserer Mitte sind, die Brüder und Helden, die für den Schutz der Heimat im ruhmvollen Kampfe ausbarren; aber unsere Sehnsucht nach dem Maienglück pocht weiter in unseren Herzen und erfüllt mit immer größerer Dränge die Seele des Volkes und löst sich los von allem Eigenem. (Beifall.)

Unsere Maisehnsucht gilt dem Volke, dem so lange entehrten Frieden, dem Wiedererwachen friedlicher Arbeit und idealen Kulturstrebens. Diese Sehnsucht führte Sie heute zur Maienszeit den Weg ins Rathaus, um feierlich zu bekunden, daß sich Bürger und Arbeiter, alle Stände Wiens eins fühlen mit den Wünschen und Hoffnungen, die in diesem Hause der Bürgerschaft vor Kurzem durch den Mund Ihres Bürgermeisters Ausdruck gefunden haben. (Beifall.) In der Gemeinderats-Sitzung vom 12. April wurde in einstimmiger Zustimmung unseren Minister des Außen Grafen Czernin der Dank ausgesprochen, weil er erklärte, daß wir nur einen Verteidigungskrieg führen, nur für unseren Bestand, unsere Entwicklungsmöglichkeit und Entwicklungsfreiheit kämpfen. Es hatte sich in Rußland eine große Umwälzung vollzogen und es war notwendig geworden, unter diesen Verhältnissen dem russischen Volke ebenfalls zu bekunden, daß unsere Monarchie keine Pläne auf die Eroberung russischer Staatsgebiete hegt und bereit ist, mit Rußland einen Frieden ohne Annexionen zu schließen. Wir befinden uns auch in dieser Beziehung in voller Übereinstimmung mit unseren Bundesgenossen und die bedeutungsvolle Erklärung, die der deutsche Reichskanzler zu Anfang dieser Woche über die Kriegsziele Deutschlands gegenüber Rußland im Deutschen Reichstage abgegeben hat, offenbart aller Welt, auch jener, die so gerne Differenzen zwischen unseren Bundesgenossen sehen möchte, daß die Einheit der Mittelmächte überwunden und geschlossen ist. Der deutsche Reichskanzler erklärt, daß es den Absichten habe, als ob das neue Rußland für sich gewaltsame Eroberungspläne ablehne und daß sich in diesem Falle eine auf gegenseitige Verständigung begründete Einigung finden

ließe, die jeden Gedanken an Vergewaltigung ausschließt und die keinen Stachel, keine Verstimmung zurückläßt. Das ist unser gemeinsames Programm für die Anbahnung eines Friedens mit dem russischen Volke, für ein dauerndes, friedliches Verhältnis mit dem östlichen Nachbarn. Ich zweifle nicht an der Verwirklichung, wenn sich die Bestrebungen nach wahrer Freiheit und echter Demokratie (lebhafte Beifall) in diesem Lande durchsetzen. Wie steht es aber mit unseren anderen Feinden, deren Zahl sich noch immer mehrt? Was sprechen die leitenden Staatsmänner der Weststaaten? Sie waren es, welche den Friedensgedanken bisher schroff abgelehnt und unser Friedensangebot als das Eingeständnis unserer Schwäche ausgelegt haben. Sie wollen es nicht verstehen, daß derjenige, der den Erfolg für sich hat, auch das Recht und die Pflicht besitzt, die Hand zum Frieden zu bieten. Sie wollen es nicht verstehen, daß gerade der Starke die Pflicht hat, ein Anwalt der Menschlichkeit und Menschenswürde zu sein, um diesen unseligen Völkermorden ein Ende zu bereiten. (Stürmischer Beifall.)

Ungehörte Menschenopfer wirft der Engländer und Franzose weiter seiner Herrschgier und seines Verachtungswillens hin, unerbittlich stürzt die Eroberungslust des wahren Feindes, um an unseren Verteidigungswerke zu verbluten. Wird es das Königshaus von Savoyen vor der Geschichte und der gesitteten Menschheit verantworten können, welche Heerzuchtensopfer einem Kampfe der Halbier und des Hasses gebracht zu haben. Wie hat doch unser vereinigter Kaiser, dessen entsagungsvoller Friedenswille, allenthalben anerkannt war, dieses Beginnen gekennzeichnet? „Ein Esaubruch, dergleichen die Geschichte nicht kennt, ist von dem Königreiche Italien begangen worden. Italiens Begehrlichkeit, das den Moment nutzen zu sollen glaubte, war nicht zu stillen.“ Und ein neutrales Kopenhagener Blatt hat im vorigen Jahre das Urteil allger gesitteten Neutralen über Italien gefällt, als es erklärte: „Als der Krieg ausbrach, war Italien noch Mitglied des Erblandes, und wenn es nach langem Schwanken Oesterreich-Ungarn den Krieg erklärte, war dies so ein eklatanter Bruch von Treue, Gerechtigkeit, Ehrlichkeit und Gewissen, wie ihn die Welt noch nie erlebt hat und der überall, wo Sinn für Moral besteht, die peinlichsten Gefühle erwecken mußte.“ Der Sinn für Moral ist bis zur Stunde in Italien nicht wiedergekehrt und damit auch nicht der Friedenswille. Das Haus Savoyen hat der Menschenschlächterei noch nicht genug, seine Eroberungsgier ist durch die unerbürten Klutopfer noch nicht gestillt worden. So wird er denn weiter seine Sturmskolonnen verschicken und die Hügel des Karstes und der Tiroler Berge barren lassen. Wir aber - wir reden von Frieden und kommenden Tagen. Wir sind der Grenze sicher! Unsere Erben be-

decken sich in diesen beispiellosen Kämpfen mit unvergänglichen Ruhm, wie wir es erst unlängst wieder vom Wiener Landsturm erfahren haben. Sie wissen, wofür sie kämpfen: Nicht um andere zu unterjochen, sondern für den Schutz der Heimat, für den Bestand des Vaterlandes. (Stürmischer Beifall)

Zu Beginn des italienischen Krieges schrieb mir Freund Dobernig das Kärntnerprogramm im folgenden Spruch:

Wir stehen wie unserer Berge Wand
Und werden nicht wanken und weichen.
Es führt nur ein Weg ins Kärntnerland,
Der Weg über unsere Leichen!

(Lebhafter Beifall.)

Und dieses Wort wurde zum Programm der Front von Triest bis nach Trient!

Aus der ganzen Entwicklung des unseligen Weltkrieges erhellt die Wahrheit dessen, was wir immer und immer wieder betonen wollen, daß wir nicht um einer Eroberung willen, sondern um die Existenz und die Sicherung des Lebens unserer Kinder kämpfen. Kein rechtlich denkender Mensch kann eine andere Absicht unterschreiben. Und was wir begehren nach so blutigem Opfer, ist, daß unsere Entwicklungsmöglichkeit und unser Leben im kommenden Frieden in ehrenvoller Weise sichergestellt wird. Weitergehende Wünsche bestanden nur oder bestehen noch zum Teile auf Seite unserer Feinde, die es auf Teile unseres Landes abgesehen haben. Um dieser unberechtigten Wünsche zu erwehren, galt unser Kampf, niemals hätte die Aufopferung so beispiellos sein können, niemals unser Widerstand so heldenhaft, wenn wir nicht die Überzeugung gewonnen hätten, daß man uns nach unserem Leben trachtet. Für unsere Freiheit aber und um er Leben im geliebten Vaterlande geben wir unser Letztes; es sind die Grundrechte jedes einzelnen Menschen und jeder Gemeinschaft, die wohl eine Zeitlang mitschreit, aber niemals beseitigt werden können, solange auf dieser Erde Menschen zu Menschen sich gesellen. Wir wollen auf unserer Scholle weiterleben und arbeiten, daher können wir nicht an einen Frieden denken, der uns zum Dasein eines Bettlerstaates verdammt! (Lebhafte Zustimmung.) Sobald unsere Feinde diese unantastbaren Rechte auch für uns und unser Land anerkennen, ist der Weg zu einem für alle Teile ehrenvollen Frieden offen.

Ich habe das empfunden, daß sich diese Auffassung von der Unantastbarkeit der Lebensinteressen bei unseren Feinden umso mehr Bahn bricht, je mehr sie erkennen, daß das Gefüge unseres Staates unerschütterlich ist, aber auch je mehr der in der Erfassung der Wahrheit überaus empfängliche Volkswille bei ihnen zum Durchbruch kommt. Wahre Demokratie hat

mit Eroberungsgelüsten nichts zu tun; sie ist gerichtet auf höhere Ziele, auf die Schaffung hoher Kulturgemeinschaften, auf die Erhebung und Veredelung der Menschen. Wir empfinden diesen Drang idealer Betätigung in uns, darum sehen wir das Kriegsende herbei, daher wünschen wir den Frieden. (Lebhafte Zustimmung)

Im Frieden wollen wir die schlummernden Kräfte in unserem Volke wecken. Bis noch nicht zur Arbeit für das allgemeine Wohl berufen worden sind, die wollen wir rufen! Wir wissen, daß eine Fülle kultureller und wirtschaftlicher Arbeit unser harzt, die der Mühe der Beaten in unserem Vaterlande wert ist. Wir fühlen uns aber auch stark und entschlossen, diese Arbeit zum Segen unseres Vaterlandes, zur Ehre und zum Heile der gesamten menschlichen Kultur zu leisten. Als Teil der großen deutschen Volksfamilie ist sich die Wiener Bevölkerung bewusst, daß die Menschheit die Kulturfülle, die deutscher Geist und deutsche Tatkraft bieten, nimmer missen kann und daß das deutsche Volk nach diesem schweren Ringen seiner hohen Sendung auf dieser Welt weiter nachkommen wird und muß. Deutlich sein heißt sinnen, ringen, schaffen, Gedanken sinnen, nach Sternen spähen, doch stets in Waffen für das bedrohte Gigantum stehen. (Stürmische Heilrufe.)

In unsererbarem Bündnisse mit dem Deutschen Reiche, mit dem wir politisch und wirtschaftlich zusammengehen wollen, wird unser Vaterland mitarbeiten, das Los der Menschen zu bessern und seiner Würde zu dienen.

Mit der Verfolgung dieser Ziele wollen wir nicht warten, bis der Krieg beendet ist. Die Lösung hochwichtiger sozialer Probleme hat die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien bereits eingeleitet; die Fürsorge für die heimkehrenden Krieger durch Kriegerheimstätten und andere soziale Maßnahmen wurde in die Wege geleitet, ein großzügiges Arbeitsprogramm für die Verjüngung und Neuangestaltung der Stadt ist vollendet, der Kampf gegen die verheerende Volkskrankheit, die Tuberkulose, ist aufgenommen, ein neues Arbeits- und Wohnungsamt dient weittragenden Interessen der Bevölkerung und die schützende Fürsorge für unsere heranwachsende Jugend wurde in umfassender Weise organisiert und als Teil der öffentlichen Verwaltung übernommen. (Lebhafte Beifall.)

So harren wir, für große Kulturaufgaben des Friedens gerüstet des Tages, an dem die Chöre ertönen werden: „Friede den Menschen auf Erden!“ Wann wird dieser Tag kommen? Glauben denn unsere Feinde wirklich, uns durch Hunger bezwingen und die Kraft nehmen zu können, unsere Zukunft frei zu stellen. Mit unseren Ministern des Äußeren verbünden wir uns vor der Größe und Kraft der Millionen, die drängen im Schlitzengraben oder dahinein auf dem Schlachtfelde vor-

genvoller Arbeit die täglichen Entbehrungen ertragen und noch weiter tragen werden. Diese Millionen haben sich den Lohn für ihr Heldentum redlich verdient, und er soll und muß ihnen in dem neuerblühenden Vaterlande werden. Und wie das furchtbare Ringen uns einzig gefunden hat in glänzender Abwehr, so wird die Zeit der friedlichen Erhebung uns einzig finden in zielbewußter Arbeit. Mit dieser Zuversicht grüßt Wiens Bürgerschaft am heutigen Tage ihre Brüder an der Front, die Männer und Frauen im Hinterlande und gibt dem heißen Wunsche Ausdruck, daß es unserem Kaiser gelingen möge, für unsere Völker und unser Vaterland den ehrenvollen Frieden zu erzielen, der uns die Sicherheit unserer Grenzen, unserer kulturellen Entwicklung zu sichern vermag. Ich hoffe, daß das wiederberufene Parlament in hoher Einsicht seiner historischen Aufgabe die innere Kraft finden und gefestigte Stärke zur Äußerung des unbezwingbaren Volkswillens nach fruchtbarer Betätigung bewahren wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Möge der Allmächtige die Mühe jener segnen, die am Werke sind, den erhabenen Gedanken der Menschenliebe und Menschenwürde zum Siege zu verhelfen.

Mit inniger Freude haben wir die Botschaft unseres Kaisers vernommen, mit welcher er bekundet, wie sehr ihm die Mühsale seiner Völker zu Herzen gehen und wie dankbar er seinen Völkern für alle Opferfreudigkeit und Geduld ist, mit welcher sie alle Lasten des Krieges und der Kriegesarbeit auf sich nehmen. Wir dürfen unserem geliebten Kaiser sagen, daß wir niemals wanken werden in der Pflichttreue für unser Vaterland und unser Volkstum und daß wir auch weiterhin ausstehen werden, bis uns unser Recht und unsere Freiheit gesichert ist. Die zuversichtliche Hoffnung auf baldige bessere Tage, wie sie die kaiserliche Botschaft uns verheißt, wird unsere Arbeit weiterbegleiten; und weil Kaiser und Volk alles getan haben, diese Tage vorzubereiten, fühlen wir die sittliche Kraft und Ruhe in uns, die uns befähigen, bis zum guten Ende für unsere Ehre und unsere Zukunft durchzuhalten. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

So wollen wir, getragen von dem erhebenden Bewußtsein der innigen Herzengemeinschaft zwischen Kaiser und Volk in dieser erhabenen Stunde, da wir uns versammelt haben, um dem Wunsche nach einem ehrenvollen Frieden als der Grundlage für unsere weitere kulturelle Entwicklung Ausdruck zu geben und in inniger Verehrung, die wir unserem geliebten Kaiser entgegenbringen, ausrufen: Unser allgerühmtester Kaiser und Herr Karl I. lebe hoch! hoch! hoch!

Stürmische Hochrufe durchbrausten den Saal und mit Begeisterung wurde der Vorschlag des Bürgermeisters angenommen, nachstehendes Telegramm an die Kabinettskanzlei Sr. Majestät zu senden:

Die im Festsaale des Wiener Rathauses zu Tausenden versammelten Wiener aller Stände huldigen in denkwürdiger Stunde ihrem geliebten Kaiser. Sie haben in Einmütigkeit ihren Wunsch nach einem ehrenvollen Frieden bekundet und mit Befriedigung und mit Genugtuung festgestellt, daß sich die von der Regierung Eurer Majestät kundgegebenen Ziele in der Friedensfrage mit den Wünschen der Bevölkerung im vollsten Einklange befinden und in der ersuchten ehrenvollen Frieden die Grundlage für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unseres Vaterlandes gesichert werden müsse. In diesem feierlichen Augenblicke gedenkt die Wiener Bevölkerung in tiefster Ehrfurcht ihres innigsten geliebten Landesvaters und gelobt in angelegentlichster Treue mit ihrem Kaiser auszuhalten, bis diese opferreiche Zeit ehrenvoll überwunden ist.

Nach fast dreiviertelstündiger Dauer wurde die Sitzung geschlossen.

Begrüßungstelegramme sind eingelaufen:

Von den Ortgruppen des Christlichen Wiener Frauenbundes Atgersdorf, Eggenburg, Gumpoldskirchen, Klosterneuburg, Mödling, Neudorf, Platt, St. Pölten und Wr. Neustadt, von der Gauleitung des Bundes deutscher Oesterreicher „Ostmark“, von den christlichsozialen Arbeiterorganisationen Batsch, Fürstenfeld, Hainburg, Linz, Neutitschein, Sternberg, Zittau, von den Ortgruppen des deutschösterreichischen Gewerbetundes Hernalis, Erlau, Königstetten, Land-Enzersdorf, Schladming, St. Veit a. d. Sill, und Tulln.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

194 Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Montag, 21. Mai 1917. Nr. 194.

Umräyonierung anlässlich der Ausstellung der neuen Mehlbezugs-karte.

Diejenigen Haushalte oder Einzelpersonen, welche nach Ablauf der gegenwärtig gültigen Mehlbezugs-karte von der zuständigen städtischen Mehl-abgabestelle (gelbe Karte) zu einer Konsumentenorganisation (blaue Karte) übertreten und diejenigen Mitglieder von Konsumentenorganisa-tionen, welche der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle zugewiesen werden wollen, müssen den beabsichtigten Uebertritt bis längstens 26. Mai 1917 der zuständigen Brot- und Mehlkommission zur Vormerkung anzeigen. Die dem Uebertritte entsprechende Mehlbezugs-karte wird sodann zugleich mit den Lebensmittelkarten am 9. Juni 1917 zur Ausgabe gelangen. Der Uebertritt von einer städtischen Mehlabgabestelle zu einer anderen städtischen Mehlabgabestelle kann nur im Falle der Uebersiedlung in den Sprengel einer anderen Brot- und Mehlkommission erfolgen. Nach dem 26. Mai erstattete Uebertrittsanzeigen können, wenn sie nicht mit Uebersiedlungen im Zusammenhange sind, erst mit 30. September d.J. Berücksichtigung fin-den.

Angelobung von Lehrpersonen. Vizebürgermeister Hoß nahm im Beisein der beiden administrativen Referenten des k.k. Bezirksschulrates Wien Obermagistratsrat Artzt und Magistrats-Sekretär Paul gestern im Gemein-deratssitzungssaale die Angelobung von 135 provisorischen Lehrern und Lehrerinnen 2. Klasse und von 25 Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten vor. Er richtete an die erschienenen Lehrpersonen folgende Ansprache:

Sie sind heute eingeladen worden, um im Sinne der Bestimmungen der Schul- und Unterrichtsordnung das Gelöbnis abzulegen, daß Sie Ihre Pflichten als Lehrer und Erzieher in gewissenhafter Weise erfüllen werden. Sie alle sind bereits seit Jahren im Schuldienste tätig; Sie haben schon seinerzeit, als Sie das erstemal im Wiener Schulbezirke in Verwendung kamen, die Erfüllung dieser Pflichten gelobt und, wie Ihre Ernennung zu provisorischen Lehrern und Lehrerinnen 2. Klasse bzw. zu Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten bezeugt, diesen Vorschriften gemäß gewirkt. Sie sind sich dessen wohl bewußt, daß das Amt des Lehrers ein überaus wich-tiges ist. Ist doch dem Lehrer das edelste Gut des Volkes, die Jugend, anvertraut und Ihre Aufgabe ist es, die Kinder zu tüchtigen Menschen und brauchbaren Mitgliedern der Gesellschaft heranzubilden. Ihnen obliegt es, die Kinder mit den nötigen Kenntnissen und Fertigkeiten auszustatten, welche sie brauchen, um im Lebenskampfe bestehen zu können. Damit ist aber Ihre Tätigkeit nicht erschöpft. Denn gleich wichtig ist es, die Kinder sittlich-religiös zu erziehen, ihren Charakter zu stärken und die in ihnen ruhenden guten Anlagen und Fähigkeiten zu beleben und auf das Kräftigste zu fördern. Sie haben aber auch die Pflicht, alles daran zu setzen, daß in den jungen Herzen die Liebe zu unserem ange-stammten Kaiserhause und unserem teuren Vaterlande geweckt, genährt und erhalten wird, daß die Kinder zu wahren Patrioten erzogen werden und daß in ihnen niemals das Bewußtsein erlischt, daß sie Kinder der deutschen Stadt Wien sind. Die große Zeit aber, die wir durchleben, hat die Not-wendigkeit gezeitigt, daß die Lehrerschaft über den Rahmen ihrer sonsti-gen amtlichen Tätigkeit hinaus zum Wohle der Bevölkerung und zur Obsorge für die Kinder herangezogen werde. Seit vielen Monaten stehen so die Lehrer und Lehrerinnen Wiens Tag für Tag im Dienste der Allgemeinheit.

Wenn ich nur kurz Ihrer Tätigkeit bei dem Lebensmittelbezuge, ihres vorbildlichen opferwilligen Patriotismus bei den Kriegsanleihe-zeichnungen und bei der Sammlung von Geld- und Liebesgabenspenden für unsere gesunden und kranken Helden, ihrer Fürsorge um die Jugend, außer dem Unterrichte und der Erziehung in den Schulstunden, gedenke, soll es mir auch erlaubt sein, von dieser Stelle aus zu betonen, daß die Lehrerschaft das Vertrauen, das in allen diesen Belangen in sie gesetzt wurde, voll und ganz gerechtfertigt hat, davon Zeugnis gebend, daß sie in dem gewaltigen Kampfe, das die ganze Welt in Atem hält, mehr als ihre Pflicht erfüllt. Möge ein gütiges Geschick uns und allen, die eines guten Willens sind, bald einen gerechten, dauernden Frieden schicken, in welchem es uns gegönnt ist, zur Ehre und zum Ruhme unseres Vaterlandes alle jene Werke des Friedens auszubauen, welche gegenüber den Anforderungen des Krieges zurückstehen mußten. Auch an die Lehrerschaft werden nach dem Kriege weitere verantwortungsvolle, aber auch beglückende Aufgaben herantreten, die auf sich zu nehmen und mit der ganzen Kraft des Wissens und Könnens zu erfüllen, ihre heilige Pflicht sein wird. Darum arbeiten Sie meine jungen Damen und Herren an der Seite Ihrer älteren Kollegen und Kolleginnen mit, unentwegt und unver-drossen, insoweit und insoweit Vaterland und Vaterstadt Ihre Kräfte in so außerordentlicher Weise in Anspruch zu nehmen bemüssigt sein wer-den. - Hierauf verlas Oberkommissär Hanisch die Angelobungsformel, worauf die Lehrpersonen das vorgeschriebene Gelöbnis ablegten.

Bezirksvertretungssitzungen. Die Bezirksvertretung Innere Stadt hält Mittwoch, den 23. d.M. 5 Uhr nachmittags, die Bezirksvertretung Maria-hilf am Donnerstag, den 24. d.M. 5 Uhr nachmittags und die Bezirksver-tretung Währing am Freitag, den 25. d.M. 5 Uhr nachmittags Sitzungen ab.

Die Tätigkeit des Tierarztes im Felde. Der städtische Obertierarzt Franz Hnolik, derzeit Cheftierarzt im Feld-Pferdespital in Hruszow wird am 23. Mai 5 Uhr nachmittags im physiologischen Hörsaale der Tierärztlichen Hochschule im 3. Bezirk Linke Bahngasse 11 einen Vortrag über „Die Tätigkeit des Tierarztes im Felde“ mit der Vorführung von Lichtbildern halten.

Berufsberatung. Am 24. Mai 7 Uhr abends findet in der Bürgerschule 8. Bezirk Josefstädter Straße 95 eine Elternversammlung statt, in welcher Ratschläge zur Berufswahl der heuer aus der Schule austretenden Kinder erteilt werden. Die Berichte werden Frau Direktorin Walter und Direktor Hödl erstatten.

195 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,

Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 22. Mai 1917. Nr. 195.

Dienst der Brot- und Mehlkommissionen an den Pfingstfeiertagen. Am Samstag, den 26. Mai nachmittags und am Sonntag, den 27. Mai entfällt der Dienst in den Brot- und Mehlkommissionen und sind daher die Kommissionen geschlossen. Montag, den 28. Mai halten die Kommissionen bloß für unaufschiebbare Amtshandlungen vormittags Feiertagsjournaldienst. Die nächste Abgabe der Brot- und Mehlkartenabschnitte durch die Bäcker und Gastwirte findet nicht Montag, den 28., sondern erst Dienstag, den 29. Mai in der Konskriptionsamts-Abteilung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes statt.

Neue Kriegsküche. Die Kriegsküche 40 wird am Samstag, den 26. Mai eine zweite Speisenausgabestelle 14. Bezirk Sturzgasse 40 dem Betriebe übergeben. Anmeldungen zum Speisenbezug werden am 23. und 24. Mai nachmittags an Ort und Stelle (Gasthaus Hartweger) entgegengenommen.

Die Kriegsküche 41 im 10. Bezirk Columbusplatz 3 (Eingang Favoritenstraße 86) wird ihren Betrieb am 26. Mai aufnehmen. Anmeldungen zum Speisenbezug nimmt diese Küche vom 23. bis 25. Mai zwischen 10 und 12 Uhr vormittags und 2 bis 4 Uhr nachmittags entgegen.

Die Kriegsküche 42 im 11. Bezirk Enkplatz (Amtshaus) wird ihren Betrieb am 29. Mai aufnehmen. Anmeldungen nimmt die Kanzlei der Bezirksvertretung am 25. und 26. Mai von 8 bis 2 Uhr entgegen.

Aspernfeier. Wie alljährlich seit ^{der} Einverleibung der linksseitigen Donaugemeinden wurde auch heuer der Gedenktag der Schlacht bei Aspern gefeiert. Am Siegesplatz in Aspern hatten sich eingefunden: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Vizebürgermeister Hoß, der Kommandant des Invalidenhauses FML. Edler von Trexler, als Vertreter des Militärkommandanten Generalmajor v. Theodorowitsch, Bankdirektor Edler v. Mansfeld, Stadtrat Knoll, die Gemeinderäte Gussenbauer, Oberleuthner und Richter, Bezirksvorsteher Anderer, Vertreter des Militärinvalidenhauses, Präsidialvorstand Magistratsrat Formanek, Magistrats-Sekretär Jiresch, vom k.k. österreichischen Kriegarkorps Kommandant Weichberger und Schriftführer Ratzka u.v.a.

Die Feier wurde eingeleitet mit einer Festmesse unter freiem Himmel nächst dem Denkmale des „Löwen von Aspern“, welche ein Feldkurat unter Assistenz des Pfarrers Jeglinger von Aspern zelebrierte. Zwei Schulkinder brachten den Gruß der Jugend zum Ausdruck, erinnerten an den Heldenmut der Voreltern und überreichten dem Bürgermeister und den Ehrengästen Blumensträuße. Feldmarschallleutnant Edler v. Trexler führte dann aus, daß die Schlacht von Aspern insbesondere dadurch ewig ein Ruhmesblatt in der Geschichte Oesterreichs bilden werde, weil der bis damals unbesiegte Meister der Kriegskunst Napoleon trotz des Einsatzes aller seiner Kräfte von einer an Anzahl schwächeren militärischen Macht gezwungen wurde, das Schlachtfeld zu räumen und ihm der Nimbus der Unbesiegbarkeit entrissen wurde. Die Schlacht war aber auch von großer moralischer Bedeutung für die Befreiungskriege im Jahre 1813. Uebergehend auf den derzeitigen Krieg pries er den Heldenmut unserer Soldaten und das standhafte Ausharren der Bevölkerung im Hinterlande und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Kaiser Karl, worauf die Volkshymne gesungen wurde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner sagte, daß die Vertreter der Gemeinde mit Freuden am 21. Mai eines jeden Jahres nach Aspern kommen, um an dieser heiligen Weihestätte pietätvoll und dankbar sich jener Männer zu erinnern,

welche im Jahre 1809 für Freiheit und Recht und für die deutsche Scholle gekämpft haben. Auch in dem jetzigen Weltkriege habe sich der Heldenmut der österreichischen Armee bewährt. Den vielen Tausenden, welche auf den verschiedenen Schlachtfeldern ihr Leben lassen mußten, welche für die heimatliche Scholle, für die Zukunft, für die Freiheit und Unabhängigkeit unserer Kinder, für den Schutz des Staates gekämpft haben, gebühre unsere immerwährende Dankbarkeit und die Kinder können diese Dankbarkeit dadurch beweisen, daß sie zu tüchtigen Männern und Frauen heranwachsen, um so die Lücken auszufüllen, welche der männermordende Krieg in die Reihen des deutschen Volkes gerissen hat. Der Bürgermeister richtete einen warmen Appell an die Kinder und schloß mit dem Rufe: ein Heil unserer Jugend!

Die Kinder trugen sodann das Lied „Mein Vaterland“, welches Hans Wagner anlässlich des hundertjährigen Gedenktages der Schlacht von Aspern im Jahre 1909 vertont hatte, vor und mit der Niederlegung von Kränzen schloß die schlichte, aber erhebende Feier.

Die Friedenskundgebung im Rathause. In Erwiderung des Telegrammes, welches Bürgermeister Dr. Weiskirchner namens der im Festsalle des Rathauses am 20. Mai Versammelten an den Kaiser abgesendet hatte, richtete Kabinettdirektor Ritter von Polzer auf Allerhöchsten Befehl nachstehendes Telegramm an den Bürgermeister: „Seine k.u.k. Apostolische Majestät danken auf das wärmste für die im Namen der gestrigen Versammlung dargebrachte Huldigung und für die erneuerte Versicherung der in dieser schweren Zeit mit besonderer Hingebung bewährten Treue der Wiener Bevölkerung und wünschen vom Herzen, daß Allerhöchstihre geliebte Reichshaupt- und Residenzstadt Wien in einem ehrenvollen Frieden die sicherste Grundlage für den blühenden Aufschwung und die segensreiche Fortentwicklung finden möge.“

Lebensmittelstelle des Vereines der Beamten der Stadt Wien. Das Warenlager des Vereines der Beamten der Stadt Wien im 1. Bezirk Bartensteingasse 13 bleibt wegen Umbaues am Donnerstag, den 24. d.M. geschlossen. Samstag, den 26. Mai wird der Verkauf um 12 Uhr mittags eingestellt.

Auszeichnungen. Erzherzog Franz Salvator hat im Namen des Kaisers das Ehrenzeichen 2. Klasse vom Roten Kreuz mit der Kriegsdekoration für Verdienste um das Rote Kreuz verliehen: dem Gemeinderate Heinrich Roth sowie folgenden Mitgliedern des k.k. Bezirksschulrates Wien: dem administrativen Referenten Obermagistratsrat Artzt, dem Bezirksschulinspektoren Fellner, Habernal, Holzner, Jahne, Kundi, Ludwig, Dr. Richter, Schwalm, Smital, Tremml, Winkler, Wohlbach und Zickero, ^{ferner} dem Stellvertreter des administrativen Referenten des Bezirksschulrates Paul, Magistratssekretär Dr. Sigmund und dem Magistrats-Oberkommissär Sickinger.

Ehrenpreis. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Schwer dem Oesterreichischen Künstlerbund für seine im April-Mai stattfindende Jahres-Ausstellung einen Ehrenpreis von 200 K bewilligt.

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 23. Mai 1917. Nr. 196.

Kinderspielplätze. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des Stadtrates Angermayer den am Margaretengürtel beziehungsweise Gaudenzdorfer Gürtel gelegenen bekiesten Spielplatz, welcher von der Flurschütz- und Siebenbrunnengasse einerseits, der Brandmayer- und Herthergasse anderseits begrenzt wird, samt den angrenzenden Rasenflächen dem Verbands der Wiener Tagesheimstätten zu überlassen. Der Magistrat wurde beauftragt, wegen Umwandlung der beiden bekiesten Spielflächen in diesen Gartenanlagen Bericht zu erstatten. Der Verband der Wiener Tagesheimstätten wird den Platz seinen Vereinen zuweisen und insbesondere den Arbeiterverein Kinderfreunde, welcher bereits um Ueberlassung desselben angesucht hat, besonders berücksichtigen.

Deutscher Verein für Buchwesen und Schrifttum in Leipzig. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hierhammer, daß die Stadt Wien dem „Deutschen Vereine für Buchwesen und Schrifttum“ in Leipzig mit einem Stifterbetrage von 1000 Mark beitrete.

Subvention. Nach einem Antrage des VB. Hierhammer beschloß der Stadtrat, für das Soldatenheim des St. Pöltner Marschbataillons des Schützenregimentes 13 eine Subvention von 300 K zu bewilligen.

Vorrückung von Lehrpersonen. Nach einem Antrage des Stadtrates Tomola hat der Stadtrat ernannt: Ludwig Bartl zum Bürgerschullehrer, Arthur Sandler zum Volksschullehrer 1. Klasse, Josefine Cernohous und Hilda Becher zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse, Friedrich Hunger, Theodor Hawranek und Bruno Springschitz zu Volksschullehrern 2. Klasse, Margarethe Pfeiler, Hermine Becker, Hilda Wüstinger, Marie Schneider und Auguste Wolff zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse.

Bezirksschulinspektor Fellner. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola dem Bezirksschulinspektor kais. Rat Alois Fellner aus Anlaß seines Scheidens aus dem Wiener Schulaufsichtsdienste für sein ausgezeichnetes undersprießliches Wirken den vollsten Dank und die Anerkennung ausgesprochen.

Militärische Jugendvorbereitung. Vor einigen Tagen fand der erste Elternabend der Militärischen Jugendvorbereitungsgruppe der städtischen Straßenbahnen im Festsale des Amtshauses Landstraße statt. Es waren erschienen: Der militärische Berater für Jugendfürsorge Oberst Neumann, Zentraldirektor kaiserlicher Rat Aichhorn, Hauptmann Kleinert, u. v. a. Der vom Übungsleiter Kellner geleitete Abend erfüllte vollkommen seinen Zweck, indem die Fühlung mit der allgemeinen Oeffentlichkeit hergestellt und eine schätzbare Werbearbeit für die Jugendvorbereitung geleistet wurde.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Dr. Robert Linke, Dr. Karl Figl und Dr. Robert Schwetz zu Magistrate-Konzipisten, Dr. Eduard Lalak zum städt. Oberarzt, im Status des Exekutionsamtes: Rudolf Mayerwieser, Rudolf Küsseldorfer, Franz Prager, Karl Unterkircher, Rudolf Berger, Karl Gergasevics, Josef Völkl, Maximilian Holzer, Franz Peyrl und Leopold Zimmerl zu Oberoffizialen, im Konskriptionsamt: Rudolf Nikolaus Tittel und Johann Santol zu Kommissären, im Steueramt: Stanislaus Boda zum Kontrollor, Alexander Lutzenberger und Theodor La Roche zu Offizialen, im Zentral Wahl- und Steuer-Kataster: Josef Gigeringer zum Offizial, im Marktamt: Richard Vaupotitsch zum Akzessisten; ferner Friedrich Seiler und Josef Strommer zu Maschinenmeistern, Blasius Balasko zum Amtsdieners 1. Klasse und Georg Helmreich, Franz Würzelberger, Otto Partsch, Anton Großberger, Franz Schwarzl, Andreas Keilholz, Anton Huber, Josef Pardon, Josef Hlafka und Josef Kammerer zu Schuldienern 1. Klasse.

Die Bezirksvertretung Wieden hält am 29. Mai halb 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Aufnahme in die Militärschulen. Mit Beginn des kommenden Schuljahres werden in die Militär-Unterrealschule derzeit prov. in Bruck an der Leitha, in die Militär-Oberrealschule und in die Militär-Akademie im 3. Bezirk und in die Technische Militärakademie in Mödling Zöglinge aufgenommen. Gesuche sind bis spätestens 31. Mai beim Kommando jener Anstalt einzubringen, in welche die Aufnahme angestrebt wird. Nähere Bestimmungen sind aus dem Bewerbungsausschreiben zu entnehmen, welches von der Hof- und Staatsdruckerei oder von der Hof-buchhandlung Seidel & Sohn bezogen werden kann.

197

Fett- und Fleischabgabe aus den Vorräten der Gemeinde

Wien. Zur Milderung der herrschenden Fett- und Fleischknappheit werden anlässlich der bevorstehenden Pfingstfeiertage aus den Vorräten der Gemeinde Wien nachfolgende Lebensmittel in den nächsten Tagen abgegeben: An sämtlichen Verschleißständen der 1. Wiener Großschlächtereifabrik A.G. werden am Freitag größere Mengen von Margarine verkauft. Ueberdies bleibt die Abgabe von Butter und Kriegsmargarine in der Großmarkthalle in der bisher üblichen Weise an allen Tagen der Woche aufrecht. In der Großmarkthalle werden 10.000 kg geräucherter und gesalzener Speck am Donnerstag, Freitag und Samstag bei mehreren Verschleißstellen gegen Abgabe der entsprechenden Fettkarten durch das Marktamt verkauft. Außerdem werden am Donnerstag und Samstag 15.000 kg Rauchfleisch aus Russisch-Polen in der Großmarkthalle abgegeben werden. Am Samstag findet der Verkauf von 15.000 kg Schweinefleisch (Gefrierfleisch) im Kleinverkehr in der Großmarkthalle statt. Ueberdies werden für Samstag den Selchern in den Bezirken 10.000 kg und der 1. Wr. Großschlächtereifabrik A.G. 5.000 kg Schweinefleisch zur Verfügung gestellt.

Anbei eine Kundmachung betreffend die Ueberprüfung des
Anspruches auf Schwerarbeiter-Brotzusatzkarten.

198

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Donnerstag, 24. Mai 1917. Nr. 198.

Das Strandbad Gänsehüfel als Jubilar. Samstag, den 26. d.M. um 9 Uhr vormittags wird dieses in allen Kreisen der Bevölkerung so beliebte Strandbad seine gastlichen Pforten dem allgemeinen Besuche öffnen und mit dieser Eröffnung der heurigen Badezeit feiert es zugleich - in aller Stille, entsprechend den schweren Zeiten - die Vollendung des 10. Jahres seines Bestandes. Aus bescheidenen Anfängen im Jahre 1907 hat sich das „Gänsehüfel“ zu einer wirklich großartigen Badeanlage entwickelt, die ihresgleichen auf dem Kontinente sucht. Die Gegenüberstellung einiger diesbezüglicher statistischen Daten dürfte nicht ohne Interesse sein:

Für die eigentlichen Badeanlagen in Anspruch genommenen Grundflächen im Jahre 1907 46.000 m², im Jahre 1917 200.000 m², Strandlänge im Jahre 1907 280 m, im Jahre 1917 1200 m, Auskleidestellen (Kabinen, Zeitplätze, Kleiderkästchen und Kleiderhaken) zusammen 1280 im Jahre 1907 und 8.536 im Jahre 1917.

Der Gesamtbesuch betrug im Jahre 1907 31.168 Personen, stieg im besonders heißen Sommer 1911 auf 424.879 Personen und betrug selbst im ersten Kriegsjahre 1914 noch 341.000 Personen; die folgenden 2 Jahre zeigen begreiflicherweise eine merkliche Verminderung des Besuches und zwar betrug der Besuch 1915 143.012 und 1916 jedoch schon wieder 220.400 Personen.

Das Strandbad „Gänsehüfel“, das sich auch heuer wieder in reichem Blumenflor und im Schmuck seiner Aubbäume und seiner wohlgepflegten Grasflächen den Besuchern repräsentieren wird, ist vollkommen gerüstet, Massenanstürmen zu begegnen, obwohl natürlich infolge des Krieges zahlreiche Schwierigkeiten, namentlich in personeller Hinsicht, bewältigt werden mußten. Viele Wiener Familien dürften wie in den Vorjahren auch heuer einen oftmaligen Besuch des Strandbades an Stelle des sonst üblichen Landaufenthaltes setzen und es wäre nur zu wünschen, daß namentlich die Jugend, vor allem die Schüler der öffentlichen Volks- und Bürgerschulen, der Mittelschulen usw., denen durch die Gemeinde bekanntlich weitgehende Begünstigungen beim Badebesuch eingeräumt worden sind, von der willkommenen Gelegenheit, auf den ausgedehnten Strandflächen herrlichen Sandes, im Lichte der strahlenden Sonne, in reiner Luft und im klaren Wasser der seeartigen alten Donau sich erfrischen und erholen zu können, recht reichlich Gebrauch machen mögen. Besonders sei auf die sorgfältig gepflegten Sandbadeabteilungen hingewiesen, welche sich schon bisher größter Beliebtheit beim Publikum erfreuten: gar mancher arme Kranke, der seit Jahren an Gicht oder Rheumatismus litt, hat hier in Gottes freier Natur und Dank der so überaus günstigen Badebehelfe die ersehnte Heilung gefunden.

Die Gastwirthschaften im Familienbade und im Herrenbade 2. Klasse werden, wie im Vorjahre die Gebrüder Diglas als städtische Pächter betreiben.

Die städtische Bäderverwaltung bittet übrigens die Besucher, womöglich Badekleidung, bezw. Badewäsche mitzubringen, da eben infolge der allgemeinen Lage auch die Besorgung der Wäschereinigung in großem Umfange, Schwierigkeiten begegnet.

Gemüse- und Grünwarenabfälle zur Tierfütterung. Auf den Märkten und in den Markthallen sowie in den vielen Geschäften sind nun, bei den reichlicher werdenden Zufuhren an frischen Gemüsen und Grünwaren Abfälle zu haben, die ausnahmslos der Tierfütterung zugeführt werden sollen. Solche Abfälle, frisch oder getrocknet, roh oder zubereitet, sollen vor Verunreinigung bewahrt und an Viehbesitzer abgegeben werden. Kühe, Schweine, Hiegen, Kaninchen und Hausgeflügel füttere man damit und nicht ein Blatt soll verloren gehen. Die Marktamts-Direktion der Stadt Wien richtet die eindringliche Bitte an die Verkäufer und an die Verbraucher, solche Abfälle den Viehbesitzern zukommen zu lassen und fordert die Viehbesitzer auf, täglich auf den Märkten und in den Markthallen zu erscheinen, zur unentgeltlichen Entgegennahme dieser kostbaren Reste. Die Leiter der Marktamts-Abteilungen wurden bereits angewiesen, Vorsorge zu treffen, daß diese Abfälle gesammelt und ihrer Bestimmung zugeführt werden. Auf allen Märkten und in allen Markthallen wurde durch Anschlag auf diese nützliche Aktion bereits aufmerksam gemacht.

Beglückwünschung des Bürgermeisters durch den Stadtrat. Vizebürgermeister Hierhammer hat in der heutigen Stadtratsitzung dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner anlässlich seiner Ernennung zum Herrenhausmitgliede die Glückwünsche des Stadtrates ausgesprochen.

Zu den Brandkatastrophen. Der Stadtrat beschloß in seiner heutigen Sitzung nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hob^f für die vom Brande heimgesuchten Städte und zwar für Gyöngyös 10.000 K und für Wischau 5000 K zu bewilligen.

Sommeraufenthalt in Spitz. Die Gemeindevorsteherung des Marktes Spitz a. d. Donau sieht sich infolge der immer schwieriger werdenden Versorgung mit Lebensmitteln veranlaßt, die Besucher und Ausflügler aufmerksam zu machen, daß für eine Verpflegung in den Gasthöfen nicht garantiert werden kann. Was die Sommerfrische anbelangt, so muß auch ganz offenherzig gesagt werden, daß insbesondere infolge Mangel an Fleisch, Milch und Fett es nicht möglich ist, für die Verpflegung zu sorgen.

Zum Hauptvoranschlag für das kommende Verwaltungsjahr

In den heutigen Sitzungen des Stadtrates und der Obmänner-Konferenz fanden über Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß nach der vorläufigen Aufstellung der städtischen Aemter im Hauptvoranschlage 1917/18 ein Gebahrungsabgang zu gewärtigen sei, informative Besprechungen darüber statt, wie dieser Abgang zu bedecken sei.

Der Beratung wohnten die Budgetreferenten des Magistrates, der Buchhaltungsdirektor und die Direktoren der städtischen Unternehmungen bei. Die von den letzteren erstatteten Vorschläge über die Erhöhung der Betriebseinnahmen der drei großen städtischen Unternehmungen wurden zur Kenntnis genommen und es behielten sich die Parteien des Gemeinderates die Stellungnahme zu diesen Vorschlägen vor.

Freitag
Abgabe von städtischer Marmelade. Von morgen angefangen wird neuerlich städtische Marmelade (G.W. Marmelade) mit Gohrübenezusatz gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte und Abtrennung des Abschnittes mit der Ziffer 15 in Verschleißstellen, die entsprechend bezeichnet sein werden, abgegeben. Auf jeden Haushalt entfällt gleichmäßig ein halbes Kilogramm.

200 Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Freitag, 25. Mai 1917. Nr. 200.

WIENER STADTRAT.

Sitzungen vom 24. und 25. Mai 1917.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner, die V^B. Hierhammer, Hoß und Rain.

StR. Brauneiß beantragt die Erwerbung von Anteilen des Hauses

14. Bezirk Storchgasse 4 um den Betrag von 1460 Kronen. (Ang.)

Nach einem Antrage des StR. Zatzka wird die Liegenschaft 12. Bezirk Schönbrunner Straße 263 um 28.000 K angekauft.

Nach einem Antrage des StR. Poyer wird die Spielwiese und die Gartenanlage am Johann Hoffmannplatz der Allgemeinheit und Jugendspielvereinigungen zur Benützung übergeben.

StR. Brauneiß beantragt den Ankauf der Liegenschaft 14. Bezirk Ilekasse 9 im Ausmaße von 391 m² um den Pauschalpreis von 30.000 K für die Erweiterung des Kindergartens in der Wurmberggasse. (Ang.)

Nach einem Antrage des StR. Zatzka wird die Erwerbung der Liegenschaft E.Z. 176 in Ober St. Veit 13. Bezirk Auhoferstraße 133 um den Pauschalbetrag von 13.000 K genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Schneider wird für eine Gleiserneuerung in der Gatzgasse bei der Abzweigung zur Herbeckstraße ein Betrag von 39.000 K bewilligt.

Nach einem Antrage des StR. Schneider wird ferner die Vermehrung der Luftkühler im Kühlagerhaus der Stadt Wien mit den Kosten von 165.814 Kronen genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Schmid werden verschiedene Herstellungen für die Erweiterung des Ueberlandnetzes genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Dr. Haas wird die Einrichtung der Gasbeleuchtung im Wiener städtischen Versorgungshause in Liesing mit dem Kostenerfordernisse von 14.300 Kronen und den jährlichen Betriebskosten von 4800 K genehmigt.

Das Wirtschaftliche Hilfsbüro der Gemeinde Wien für Privatangelegenheiten der Fingerhaken bleibt morgen Samstag und an den beiden Pfingstfeiertagen geschlossen.

Die freiheitlich bürgerlichen Gemeinderäte und die Abänderung des Gemeindestatutes. Ueber Einladung des Verbandes der freiheitlich bürgerlichen Gemeinderäte fanden in den letzten Tagen zwei Versammlungen von freiheitlichen Reichsratsabgeordneten, Gemeinderäten, Bezirksräten und Vertretern der freiheitlichen politischen Vereine statt, in welcher die Stellungnahme der Partei in der Gemeindevahlreform festgestellt wurde. An einleitendes Referat des Vorsitzenden Gemeinderat Dr. Hein knüpfte sich eine lebhafte Diskussion, an welcher sich die Reichsratsabgeordneten Baron Hook, Dr. Neumann, Dr. Ofner, die Gemeinderäte Lohner, Dr. Mittler, Dr. v. Dorn, Dr. Granitech, Neustadtl, die Bezirksräte Lotties, Dr. Stieglitz, Dr. Brady und Hoffmann beteiligten. Es ergab sich volle Uebereinstimmung darüber, daß die Partei für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eintreten solle, wobei jedoch den jeweiligen Minderheiten durch Einführung des Verhältniswahlrechtes eine entsprechende Vertretung gewährleistet werden müsse. Von sämtlichen Rednern wurde auch die Notwendigkeit der Einführung der Wahlpflicht betont. Ebenso sprach sich die Versammlung zugunsten des Frauenwahlrechtes aus.

Verkauf des Wohlfahrts-Fleisches. Ueber Forderung der Angestellten der I. Wiener Großschlachtereier- A. G., welche durch den Verkauf des Wohlfahrtsfleisches zu K 3,60 per kg sehr angestrengt beschäftigt sind, wurde der Beginn der Verkaufes auf die Zeit zwischen 1/4 und 1/2 7 Uhr früh festgesetzt.

Auszeichnung. Der Fähnrich des Infanterie-Regimentes Nr. 41 Alfred Weiskamp, der in den Juni-Kämpfen 1916 schwer verwundet wurde, ist durch die Verleihung der Tapferkeitsmedaille 1. Klasse ausgezeichnet worden.

Der Voranschlag für das Jahr 1917/18. Der Stadtrat beschloß in seiner letzten Sitzung nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hoß, die Gemeindegzuschläge zur Grund-, Erwerb-, Renten- und Bepölungsteuer im kommenden Verwaltungsjahre im gleichen Ausmaße einzuheben wie bisher.

Ferner wurde der Magistrat beauftragt, 1. die erforderlichen Schritte zur Erlangung der legislativen Verlängerung der Wirksamkeit nachfolgender gesetzlicher Bestimmungen einzuleiten: a) Landesgesetz vom 27. Juni 1910, womit die Gemeinde Wien zur Einhebung einer kommunalen Abgabe von gebrannten geistigen Flüssigkeiten ermächtigt wurde; b) Landesauschußbeschuß vom 23. Mai 1916, womit eine Gemeindeabgabe vom Wertzuwachs von Liegenschaften im Gebiete der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien eingeführt wurde; c) Landesauschußbeschuß vom 23. Mai 1916, womit die Erhöhung der Gemeindeaufgabe auf den Besitz von Hunden für das Steuerjahr 1917 auf 20 K bewilligt wurde; 2.) den n.-ö. Landesauschuß zu ersuchen, der Zuschlagsfreiheit der Einkommensteuer auch für die Zeit vom 1. Jänner 1918 an zuzustimmen und der Gemeinde Wien den gleichen Anteil an den Ueberweisungen aus dem Ertrage der Realsteuern, der Bier- und Branntweinsteuer zuzugestehen, der bis Ende 1917 vereinbart war; 3.) die Erledigung des Ansuchens um Erhöhung des Totalisateursteuerszuschlags von 40 auf 80 % bei der Regierung zu betreiben.

Unterführung der Erzherzog Karl-Straße im 21. Bezirk. Der Stadtrat genehmigte nach einem Antrage des Stadtrates Knoll die Unterführung der Erzherzog Karl-Straße im 21. Bezirk bei der Kreuzung der Ostbahn (Brünner und Marchegger Linie) und die Herstellung eines Notsteges auf die Dauer der Arbeiten. Die Kosten für die Unterbauarbeiten und für den eisernen Ueberbau sind mit 1,285.000 K veranschlagt.

Strandbad Stadlau. Das städtische Strandbad Stadlau wird morgen (Samstag) für den allgemeinen Besuch geöffnet.

201 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Samstag, 26. Mai 1917. Nr. 201.

Tagung der Waffenbrüderlichen Verbände. Am 30. d.M. tagen in Berlin die Waffenbrüderlichen Verbände von Deutschland, Oesterreich und Ungarn. Da Bürgermeister Dr. Weiskirchner infolge der Einberufung des Reichsrates an der Teilnahme verhindert ist, hat er Stadtrat Tomola mit der Vertretung betraut, welcher über das Thema „Die Wiener Stadtverwaltung während des Krieges“ einen Vortrag halten wird. Ueber denselben Gegenstand wird Stadtrat Tomola auch auf seiner Rückreise in Breslau in einer öffentlichen, vom dortigen Bürgermeister einberufenen Versammlung sprechen.

Mehlumrayonierung anlässlich der Ausstellung der neuen Mehlbezugskarten. Die Frist für die Anzeigen des Uebertrittes von der zuständigen Mehlabgabestelle zu einer Konsumentenorganisation oder von einer solchen zur zuständigen städtischen Mehlabgabestelle wird bis einschließlich Freitag, den 1. Juni d.J. erstreckt. Es können derlei Anzeigen daher noch bis zu diesem Tage bei den Brot- und Mehlkommissionen erstattet werden. Später erstattete Anzeigen können erst bei der Mehlbezugskarten-Ausgabe am 29. September d.J. berücksichtigt werden.

Die Tuberkulosenfürsorge der Gemeinde Wien. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat für gestern eine Sitzung der städtischen Zentralstelle für Tuberkulosenfürsorge einberufen, um im Sinne des Erlasses des Ministeriums des Innern die bisherige Zentralstelle in eine Bezirkszentrale umzuwandeln. Der Bürgermeister hob hervor, daß die in die Zentralstelle berufenen Mitglieder sich der ihnen gestellten Aufgabe mit größter Bereitwilligkeit und Arbeitsfreudigkeit unterzogen, ein Programm zur Bekämpfung der Tuberkulose in Wien aufgestellt und insbesondere die Fürsorgetätigkeit in den Wohnungen der Tuberkulosen, in ihren Arbeitsplan aufgenommen haben. Er machte auch Mitteilung von dem Beschlusse des Gemeinderates, einen Kredit von 50.000 Kronen zu bewilligen, aus welchem Geldeaushilfen an Tuberkulose gegeben werden und betonte, daß diese Aushilfen als Akte sozialer Fürsorge und nicht als Armenunterstützung zu betrachten sind. Der Bürgermeister erklärte schließlich, daß die Organisation der Zentralstelle, die sich bewährt habe, auch weiterhin beibehalten werden soll und daß es sich empfehle, wieder einen Vollzugsausschuß und Unterausschüsse einzusetzen. Er gab endlich seiner Freude darüber Ausdruck, daß Wien die erste Stadt gewesen ist, welche vorausahnend eine so wichtige Institution im Interesse der Volksgesundheit geschaffen habe.

Einem ausführlichen Referate, welches Oberstadtphysikus Dr. Böhm erstattete ist zu entnehmen, daß die Sterblichkeitsziffer an Tuberkulose in Wien von 6223 im Jahre 1914 auf 7810 im Jahre 1915 und auf 9651 im Jahre 1916 angewachsen ist. Die ersten drei Monate des Jahres 1917 weisen bereits 3076 Todesfälle an Tuberkulose auf, so daß die Sterblichkeitszahl im laufenden Jahr auf mehr als 10.000 ansteigen dürfte. Dies bedeutet, daß bei einer Gesamtsterblichkeit von rund 30.000 pro Jahr, jeder dritte Todesfall durch die Tuberkulose erfolgt. Der Redner stellte sodann ein umfassendes Programm für die Bekämpfung der Tuberkulose auf und bemerkte, daß die Bestrebungen der Fürsorgetätigkeit fast das gesamte Gebiet der Volkswohlfahrt betreffen. In gleicher Weise müssen die Bemühungen dahin gehen, die Tuberkulose zu heilen, die

Ausbreitung zu verhindern und durch die Fürsorge für die heranwachsende Jugend, den Schutz der Arbeiter in gewerblichen Betrieben, die Sorge für eine zweckmäßige Ernährung und gesundheitsgemäße Lebensführung sowie durch die Regelung des Wohnungswesens den Nährboden für die Tuberkulose zu beseitigen.

Medizinalrat Dr. Ast berichtete über die Tätigkeit des Unterausschusses für Fürsorgestellen und Professor Dr. Hermann Schlesinger über die Beistellung von Spitalsbetten. Letzterer legt ein Memorandum vor, in welchem folgende Forderungen aufgestellt werden: Sofortige Bereitstellung von mindestens 2000 Betten für tuberkulose Kranke der Zivilbevölkerung; jeder tuberkulose, spitalsbedürftige Kranke muß in einem Krankenhaus sofortige Aufnahme finden; tuberkulose Kranke, welche von Fürsorgestellen als spitalsbedürftig erklärt wurden, sind absolut unabweisbar, eine weitere Prüfung der Spitalsbedürftigkeit hat in diesen Fällen nicht stattzufinden; Abteilungen für chirurgisch-tuberkulose spitalsbedürftige Kranke sind zu errichten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner empfahl, dieses Memorandum sowohl dem Abgeordnetenhaus wie auch dem Herrenhaus zu überreichen; es dürfte sich sicherlich ein Ausschuß für Volkswohlfahrt bilden und dann wäre es wichtig, daß die Petition sofort diesem neuen Ausschuß beschäftigt würde. Im Abgeordnetenhaus wäre die Petition durch den Abgeordneten Reumann zu überreichen, dem Herrenhaus werde er sie selbst vorlegen und damit seine Tätigkeit als Herrenhausmitglied beginnen.

Ueber diesen Gegenstand entspann sich eine kurze Debatte, an welcher sich die Gemeinderäte Reumann und Dr. Haas beteiligten. Die Herren forderten, daß vom Staate die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden und daß insbesondere der Fonds, welcher für die Bekämpfung der Tuberkulose vom Ministerium des Innern gesammelt wurde, herangezogen werde.

Chefarzt Dr. Tennenbaum berichtete sodann über die Arbeiten des Unterausschusses für allgemeine soziale Fürsorge und zum Schlusse gab Medizinalrat Dr. Loewenstein die Anregung, es möge im Rahmen des Stadtphysikates eine eigene Abteilung für Tuberkulosenfürsorge errichtet werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwiderte, daß er sobald die Arbeiten einen größeren Umfang annehmen werden gewiß eine eigene Abteilung im Physikate errichten werde, er bitte, daß ihm der Zeitpunkt überlassen werde wann er dies für notwendig halte.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ
Wien, Samstag 26. Mai 1917 abends Nr 202.

=====

Abgabe von Ersatznahrungsmitteln anstatt Kartoffeln. Da sich die Verhältnisse nicht geändert haben, kann auch kommende Woche eine Abgabe von Kartoffeln nicht stattfinden. Die Gemeinde Wien wird dafür Sauerkraut zum Preise von 70 h per kg und vom Dienstag kommender Woche an böhmische Dörpflaumen zum Preise von K 1,60 für 1 kg auf den Märkten und in den Markthallen zum Verkaufe bringen.

+ ----- +

In der kommenden Woche wird bei den städtischen Mehlabgabestellen von Dienstag bis Freitag Mehl abgegeben.

=====

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche keine Sitzung ab. Die nächste Sitzung findet am Dienstag, den 5. Juni statt. In derselben wird die Wahl der drei Vizebürgermeister, deren Mandat abgelaufen ist, vorgenommen werden. In derselben Sitzung werden auch laufende Geschäftsstücke zur Erledigung gelangen. Der Stadtrat beginnt am Donnerstag, den 31. d.M. die Budgetberatungen und wird sie am Freitag, Montag und Dienstag fortsetzen. Donnerstag 4 Uhr nachmittags tritt der Bezirkswirtschaftsrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Freitag nachmittags wird der gemeinderätliche Ausschuss zur Beratung einer Neuordnung der Gemeindeverfassung und des Gemeindevahlrechtes zu einer Sitzung zusammentreten.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 29. Mai 1917. Nr. 203.

Die Kohlenversorgung Wiens. Einem von der Stelle 5 des Bezirkswirtschaftsamtes Wien (Leiter Magistratsrat Dr. Pastenbauer) vorgelegten Bericht ist folgendes zu entnehmen: Die vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner Ende des Jahres 1914 eingeleitete Aktion zur Versorgung Wiens mit Kohle wurde im Jahre 1916 fortgesetzt. Es ergaben sich auch in diesem Jahre bedeutende Schwierigkeiten, da die oberschlesischen Kohlengruben durch ihre anderweitige Inanspruchnahme weniger Kohlen nach Oesterreich lieferten, andererseits der außerordentliche Wagenmangel die Liefermöglichkeit der Gruben immer mehr beschränkte. Infolgedessen war auch der Verkauf von Steinkohle ein wesentlich geringerer, indem im ganzen nur 455.304 q gegenüber 626.687 q im Vorjahre bezogen und in den Verkehr gebracht wurden. Die Bekämpfung der ungünstigen Verhältnisse lag außerhalb des Machtbereiches der Gemeindevverwaltung, weshalb der Bürgermeister bei den verschiedensten Stellen insbesondere beim Ministerium für öffentliche Arbeiten und beim deutschen Botschafter intervenierte. Von großer Bedeutung für die Kohlenversorgung war der von der Gemeinde Wien betretene Weg der Deckung des Kohlenbedarfes im Anforderungswege und der direkte Verkauf der Kohle an die Bevölkerung. Während im Jahre 1915 auf den Lagerplätzen 576.111 q verkauft wurden, sind im Berichtsjahre 788.056 q abgesetzt worden, was einer Steigerung des Absatzes um rund 36 % entspricht. Diese Steigerung machte sich hauptsächlich geltend beim Verkaufe in Fuhrn (hieszu gehört auch die Abfuhr mit Handwagen) und betrug rund 172%. Die Anzahl der Parteien, die auf den einzelnen Kohlenlagerplätzen abgefertigt wurden, betrug 2.097.409 und hat demnach um mehr als eine halbe Million zugenommen. Aus dem Resultate des Kleinverkaufes ist zu ersehen, daß die von der Gemeinde eingeleitete Versorgung der Bevölkerung mit Kohle auch im abgelaufenen Berichtsjahre von großer Bedeutung gewesen ist und einen vollen Erfolg aufzuweisen hat.

Die Tuberkulosen-Fürsorgestelle im Bahnhof Favoriten. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Schneider für die Vergrößerung der Tuberkulosen-Fürsorgestelle im Bahnhofs Favoriten und die Vermehrung des Röntgeninstrumentariums zum Zwecke der therapeutischen Behandlung von Knochen- und Lymphdrüsenerkrankungen einen Betrag von 20.000 Kronen bewilligt.

Der Inspektionsarzt des Strandbades Gänsehäufel. An Stelle des verstorbenen Dr. Udutsch wurde vom Stadtrate nach einem Antrage des Stadtrates Dr. Haas zum Inspektionsarzt des Strandbades Gänsehäufel Dr. Gottfried Huber auf drei Jahre bestellt.

Tagesheimstätte für Kriegerkinder und Kriegerwaisen. Die Ortsgruppe für Jugendfürsorge im 8. Bezirk hat eine Tagesheimstätte für Kriegerkinder und Kriegerwaisen in der Laudongasse 33 errichtet, in welcher täglich gegen 100 Kinder beaufsichtigt, beschäftigt und unentgeltlich ausgespeist werden. Der Vorstand der Tagesheimstätte, welchem Vizebürgermeister Rain, Stadtrat Schwer, Gemeinderat Rotter, Bezirksvorsteher Bergauer, Bezirksrat Germ, und Waisenrat Futschig angehören, richtet an alle Freunde der Jugend die Bitte, durch Zuwendung einer Spende die Erhaltung der Heimstätte zu fördern. Zuschriften sind zu richten an die

Kanzlei der Tagesheimstätte im 8. Bezirk Zeltgasse 7.

Zum Brandunglück in Gyöngyös. Der Stadtrat hat wie bereits berichtet, 10.000 Kronen für die durch die Brandkatastrophe in Gyöngyös Betroffenen gewidmet. Ministerpräsident Graf Tisza hat nunmehr nachstehendes Telegramm an den Bürgermeister Dr. Weiskirchner gerichtet: „Tiefgerührt über die so warme Teilnahme des Stadtrates der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien anlässlich des Brandunglückes in Gyöngyös beehre ich mich im Namen der ungarischen Regierung sowie der schwerbetroffenen Bevölkerung der Stadt für die hochherzige Spende meinen innigsten Dankbarkeitsgefühlen Ausdruck zu verleihen.“

27. Jahrg. Wien, 30. Mai 1917. Nr. 204.

Kohlenverkaufsplatz. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hierhammer die Kosten der Herstellung des Kohlenverkaufsplatzes am Aspangbahnhof im Betrage von 10.765 K genehmigt.

Vorrückung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Tomola ernannt: die provisorischen Lehrer Gustav Greiner und Friedrich Kury zu Volksschullehrern 2. Klasse, die provisorischen Lehrerinnen Anna Ganger, Hildegarde Tham und Leopoldine Doujak zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse.

Gemeindevermittlungsämter. Bei den Gemeindevermittlungsämtern Neubau und Josefstadt finden im kommenden Monate an jedem Mittwoch, d. i. am 6., 13., 20. und 27. Juni vormittags Verhandlungen statt.

Goldene Hochzeit. Am 2. Juni d. J. feiert der Obmann des Armeninstitutes für den 5. Bezirk Leopold Aimeth mit seiner Gattin Pauline das seltene Fest der goldenen Hochzeit. Aimeth, der seit 27 Jahren das Ehrenamt eines Armenrates bekleidet und sich auch sonst im öffentlichen Leben erfolgreich betätigt hat, erfreut sich allgemeiner Achtung und Wertschätzung bei seinen Mitbürgern. Er versieht in dieser sturmbewegten Zeit, trotz seines hohen Alters von 74 Jahren, das schwierige Ehrenamt eines Armen-Instituts-Obmannes mit seltener Hingebung und ist unentwegt bemüht, Not und Elend der Armen nach Möglichkeit zu lindern.

Verlegung der Sommerferien an den Schulen. Auf Grund eines Erlasses des Ministeriums für Kultus und Unterricht hat der Landesschulrat verfügt, daß die Hauptferien an den Wiener Volks- und Bürgerschulen im heurigen Jahre auf die Zeit vom 1. Juli bis 31. August verlegt werden. Diese Verfügung ist auf den Anfangs dieses Monats vom Stadtrate gefaßten Beschluß zurückzuführen, in dessen Ausführung Bürgermeister Dr. Weiskirchner am 14. Mai zum Unterrichtsminister Freiherr v. Hussarek sich begab und unter Darlegung der mannigfachen Zweckmäßigkeitgründe im Interesse der Schuljugend um Verlegung der Hauptferien ersuchte.

Die nächste Hauslistenabgabe und Ausgabe der Lebensmittelkarten. Die nächste Hauslistenabgabe findet Samstag, den 2. Juni statt. Auf Grund dieser Hauslisten werden Samstag, den 9. Juni die Brot- und Mehlkarten für die 114. bis 121. Woche, die Fett- und Butterkarten für die 39. bis 46. Woche, die Zuckerkarten für die Monate Juli und August, ferner die Brotbezugskarten für die 114. bis 129. Woche, die Mehlbezugskarten für die 114. bis 129. Woche und die Milchkarten für die 17. bis 24. Woche ausgegeben werden. Da die ordnungsmäßige Kartenausgabe von der rechtzeitigen Ueberreichung der Hauslisten abhängt, ist der hiefür angesetzte Termin genau einzuhalten und es wird sich empfehlen, daß die Leser dieser Mitteilung die Hausverwaltungen darauf aufmerksam machen.

Ernennungen. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des Vizebürgermeisters HoB ernannt: die Kanzleioffiziale Franz Uhl und Ignaz Brandstetter zu Oberoffizialen, Kanzlei-Akzessist Otto Baumwolf zum Offizial, Friedhofs-Oberoffizial Ferdinand Aigner zum Kontrollor.

27. Jahrg. Wien. Donnerstag, 31. Mai 1917. Nr. 205.

Pferde für land- und forstwirtschaftliche Arbeiten. Ueber Anordnung des Kriegsministeriums werden für die Durchführung der notwendigen land- und forstwirtschaftlichen Arbeiten im Jahre 1917 zum Zwecke der Felderbestellung, der Flachs-, Hanf-, Hopfen-, Tabak-, Rüben-, Gemüse- und Weinbauarbeiten, der Heumahd, der Ernte- und Druscharbeiten, sowie der Holzgewinnung und Lieferung und sonstiger landwirtschaftlicher Arbeiten Pferde bereit gestellt werden. Die Anforderung an Pferden ist seitens der betreffenden Bewerber (Gemeinde, Einzelbesitzer, etc.) im Wege der politischen Bezirksbehörden oder direkt an die zuständige Landesarbeitsnachweisstelle zu richten (in Wien durch die magistratischen Bezirksämter oder direkt an die Landesarbeitsnachweisstelle I. Bezirk Schauflegasse 6.)

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt hält Montag, den 4. und Freitag, den 8. Juni um 5 Uhr nachmittags Sitzungen ab.

Beim Gemeindevermittlungsamt Mariahilf finden am 6., 13., 20. und 27. Juni 10 Uhr vormittags Verhandlungen statt.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der vor einigen Tagen abgehaltenen Sitzung der städtischen Amtsärzte erstattete Oberstadtphysikus Dr. Böhm den Sanitäts-Hauptrapport für den Monat April d.J. Der Monat brachte wohl eine ziemlich starke Abnahme des Krankenstandes und der Sterblichkeit im Vergleiche zum Vormonate, immerhin waren jedoch die Gesundheitsverhältnisse der Stadt nicht so günstig, wie es sonst um diese Jahreszeit der Fall zu sein pflegt. In die armenärztliche Behandlung sind 11.318 Fälle gegen 11.882 im Vormonate und 10.854 im April des Vorjahres zugewachsen. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 3160 Fälle, auf jene der Verdauungsorgane 1485, auf Lungentuberkulose und Skrophulose 928 Fälle. Die Infektionskrankheiten sind seit Monaten im Rückgang begriffen. Im Berichtmonat sank die Gesamtziffer der gemeldeten Fälle auf die Hälfte der vorjährigen Ziffer herab. Insgesamt wurden aus der Zivilbevölkerung 599, bei Militärpersonen 81 Anzeigen über Infektionskrankheiten erstattet. Die Sterblichkeit war noch immer hoch und bezifferte sich mit 4494 Fällen (3899 Zivil- und 595 Militärpersonen). Im Berichtmonate wurden 26 gerichtliche und 150 sanitätspolizeiliche Obduktionen vorgenommen.

Lohnerhöhungen für die Bediensteten der städtischen Unternehmungen.

Der Stadtrat beschäftigte sich heute in eingehender Weise mit den Forderungen der Bediensteten der städtischen Straßenbahnen und unterzog gleichzeitig die Memoranden und Wünsche der übrigen städtischen Industrieunternehmungen einer längeren Beratung. Die Verhandlungen werden in der morgigen Sitzung zum Abschlusse kommen, so daß die Vorlagen in der nächsten, am 5. Juni stattfindenden Gemeinderatssitzung erledigt werden können.

Sitzung vom 31. Mai.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die VB. Hierhammer, Hoß, Rain.

Nach einem Antrage des Stadtrates Braun erwirbt die Gemeinde Wien zur Anlage eines Ersatzweges längs des Schlepplgleises zum Kontumazmarkte Grundstücke in Simmering im Ausmaße von 200 und 100 Quadratmetern um den Einheitspreis von 16 K 66 h per Quadratmeter. Nach einem Antrage des StR. Wippel werden Gründe in Oberlaa-Stadt E.Z. 323, 324 und 332 im Ausmaße von 13.416 Quadratmetern um 2 K 40 h per Quadratmeter angekauft.

StR. Hermann beantragt die Umpflasterung der Fuchsthallergasse zwischen der Nußdorfer Straße und Fluchtgasse im 9. Bezirk mit den Kosten von 9048 K. (Ang.)

StR. Schneider beantragt für den Kanalneubau in der Wehlstraße einen Betrag von 17.000 K zu bewilligen. (Ang.)

Nach einem Antrage des StR. Braun wird von der Ausschmückung der an den Masten der elektrischen Beleuchtung angebrachten Blumenkörbe auch im Jahre 1917 aus Ersparungsrücksichten abgesehen. Die Ausschmückung der Balkone und Fenster der städtischen Häuser hat jedoch auch in diesem Jahre stattzufinden.

Stadtrat Schneider beantragt für die Aufstellung eines weiteren Naphtalinwäschers im Gaswerke Leopoldau 40.400 K zu bewilligen. (Ang.)

Für die Lieferung von 900 Zahnrädern für die Motoren der Straßenbahnwagen werden 209.500 K bewilligt.

Der Herstellung von Putzgruben in der Montagehalle der Hauptwerkstätte der Straßenbahnen wird mit den Kosten von 93.000 K zugestimmt.

Für den zweigleisigen Ausbau der Straßenbahnlinie in der Wagramer Straße bei der alten Donau im 2. und 21. Bezirk anlässlich des Umbaues der alten Brücke werden 120.000 K genehmigt.

Nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hoß wird dem Entwurfe der Donau Dampfschiffahrts-Gesellschaft für die Ausgestaltung des Landungsplatzes Zwischenbrücken zu einem Kohlenumschlagplatz zugestimmt.